



40. Sitzung

Mittwoch, 3. März 1999

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Berndt Röder

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung
der **Tagesordnung**

1877 A

Ortwin Runde, Erster Bürgermeister

1889 B

Werner Dobritz SPD

1890 B

Bernd Reinert CDU

1890 B

Aktuelle Stunde

1877 A

Fraktion der CDU:

Krawalle der PKK

1877 A

sowie

Fraktion der GAL:

Suche nach einem Beitrag für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes

1877 A

Heino Vahldieck CDU

1877 A, 1883 B

Heide Simon GAL

1877 D, 1886 A

Ingo Kleist SPD

1878 D

Hartmuth Wrocklage, Senator

1879 C, 1884 C

Ole von Beust CDU

1881 A, 1886 A

Manfred Mahr GAL

1882 A

Erhard Pumm SPD

1882 D

Dr. Martin Schmidt GAL

1884 A

Dr. Ulrich Karpen CDU

1886 D

Fraktion der SPD:

Die Flughafen-S-Bahn:

Eine Entscheidung für Hamburgs Zukunft

1887 C

Barbara Duden SPD

1887 C

Berndt Röder CDU

1888 A

Dr. Martin Schmidt GAL

1888 D, 1890 D

Antrag der Fraktion der CDU:

Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen

– Drs 16/2056 –

1891 B

Bettina Pawlowski CDU

1891 B

Karin Rogalski-Beeck SPD

1892 A

Sabine Steffen GAL

1892 D

Beschluß

1893 A

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Energiebilanz für den Bereich Heizenergie und Strom

– Drs 16/2022 –

1893 A

Dr. Monika Schaal SPD

1893 A

Hartmut Engels CDU

1893 D, 1899 B

Lutz Jobs GAL

1895 D, 1900 A

Alexander Porschke, Senator

1897 B

Renate Vogel SPD

1897 D

Große Anfrage der Fraktion der GAL:

Status des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Hamburg

– Drs 16/1932 –

1900 C

Peter Zamory GAL

1900 C

Lutz Kretschmann SPD	1901 D	Manfred Mahr GAL	1910 D
Michael Fuchs CDU	1902 D	Dr. Andrea Hilgers SPD	1912 B
Karin Roth, Senatorin	1903 B	Carsten Lüdemann CDU	1913 A
Beschluß	1904 A	Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin	1914 A
Wahl von 13 Mitgliedern und von Vertreterinnen oder Vertretern zur Bundesversammlung	1904 A	Beschluß	1915 B
Ergebnis	1904 B, 1922	Antrag der Fraktion der CDU:	
Antrag der Fraktion der CDU:		Erhebung von Unterrichtsausfall	
Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen		– Drs 16/2057 –	1915 C
– Drs 16/2055 –	1904 C	und	
Wolfhard Ploog CDU	1904 C	Antrag der Fraktion der SPD:	
Dietrich Ellger SPD	1905 D	Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur Organisation von Vertretungsunterricht	
Bettina Kähler GAL	1906 C	– Drs 16/2183 –	1915 C
Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin	1907 B	Wolfgang Beuß CDU	1915 C, 1918 A
Beschluß	1908 B	Günter Frank SPD	1917 A
Bericht des Schulausschusses:		Dr. Hans-Peter de Lorent GAL	1918 B
Öffentliches Schulwesen und private Geldgeber		Beschlüsse	1919 C
– Drs 16/2085 –	1908 C	Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:	
Erika Woisin SPD	1908 C	Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung	
Wolfgang Drews CDU	1909 A	– Drs 16/2147 (Neufassung) –	1919 D
Christa Goetsch GAL	1910 A	Dr. Mathias Petersen SPD	1919 D
Beschluß	1910 C	Dietrich Wersich CDU	1920 A
Große Anfrage der Fraktion der GAL:		Peter Zamory GAL	1920 D
Schulische und berufliche Qualifizierung für Gefangene, Wirtschaftlichkeit der Betriebe, Auftragslage		Beschluß	1921 A
– Drs 16/1946 –	1910 C		

A **Beginn: 15.01 Uhr**

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Punkt 3 unserer heutigen Tagesordnung sieht eine Wahl vor. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, daß dieser Punkt erst gegen 18 Uhr aufgerufen werden soll.

Zur

Aktuellen Stunde

sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

Krawalle der PKK

von der GAL-Fraktion

Suche nach einem Beitrag für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes

sowie von der SPD-Fraktion

Die Flughafen S-Bahn: Eine Entscheidung für Hamburgs Zukunft

Im Ältestenrat haben wir darüber Einvernehmen erzielt, daß die beiden ersten angemeldeten Themen zusammengefaßt und in einer Debatte behandelt werden sollen. Ich frage nun, wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Anfang der vorletzten Woche waren Millionen Deutsche schockiert, als sie feststellen mußten, daß es in Deutschland eine vieltausendköpfige Gruppe von Menschen gibt, hierarchisch strukturiert wie eine Armee, die bereit ist, hemmungslos Gewalt anzuwenden und in selten erlebter Brutalität mit Menschen und Sachen in unserem Land umzugehen. Es wurde bundesweit quasi auf Knopfdruck eine Gewaltorgie begonnen, und die PKK hat bewiesen, daß sie auch in der Lage ist, die Gewalt auf Knopfdruck abzustellen; das ist ganz bemerkenswert. Sie ist im übrigen eine Organisation, die nicht nur Terror auf deutschen Straßen verbreitet, sondern auch gegenüber ihren eigenen Landsleuten; das Stichwort Schutzgelderpressung wird immer wieder genannt.

Wie sah es im einzelnen in Hamburg aus? Am 16. Februar 1999, nachts ab 3 Uhr, begann die Gewalt rund um das griechische Generalkonsulat, und während des gesamten Tages gab es immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen auf der Westseite der Alster. Die Anhänger der PKK haben geradezu eine Schneise der Gewalt durch diesen Stadtteil Harvestehude geschlagen.

Am Tag darauf, am 17. Februar 1999, gab es parallel zu dieser Bürgerschaftssitzung noch eine Steigerung dieser Ereignisse, als nämlich PKK-Anhänger die SPD-Zentrale in der Kurt-Schumacher-Allee stürmten und eine Geisel nahmen. Dies ist sicher ein Akt von Schwerstkriminalität. Das hat alles mit Politik überhaupt nichts mehr zu tun.

Wir müssen feststellen, daß Deutschland zum Austragungsort von kurdisch-türkischen Konflikten geworden ist. Auf deutschem Boden werden diese Konflikte ausgetragen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Auf deutschem Stockwerk!)

Einerseits gibt es das Interesse der Türkei, die Philosophie dieses Staates, die auf einer Groß-Türkei-Idee basiert. In dem Vielvölkerstaat Türkei soll es nur eine Nation geben, das ist die Position Ankaras, die laizistische Politik Atatürks,

die auch heute noch Geltung hat. Andererseits besteht das Streben der Kurden nach Identität, zum Teil nach Autonomie. Das ist ein nachvollziehbares Streben, das bei uns Deutschen zuweilen sehr viel Sympathie genießt beziehungsweise nunmehr häufig auch nur genoß. Denn diese PKK-Anhänger haben ihrer Sache einen schlechten Dienst erwiesen, und sie haben sehr viel Sympathien für die kurdische Sache zerstört.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Man muß ganz klar feststellen: Kurdistan und Kurden heißt nicht PKK, das ist etwas anderes. Aber sehr vielen Deutschen ist dafür inzwischen etwas der Blick verstellt. Die Deutschen haben einen verständlichen Wunsch, sie wollen, daß die Täter ermittelt und schnell verurteilt werden und daß Gewalttäter nach Möglichkeit aus diesem Lande verschwinden. Wenn jemand sagt: Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins, raus, aber schnell, dann hat er den Beifall verdient. In diesem Fall war es Gerhard Schröder. Recht hat der Mann.

(Beifall bei *Rüdiger Schulz SPD* und *Heike Sudmann GAL*)

In Hamburg hat das, was Schröder sagt, allerdings nur teilweise geklappt. Wir hatten nur 60 Festnahmen, neun Haftbefehle, die alle im Zusammenhang mit der Besetzung der SPD-Zentrale standen, davon fünf Haftbefehle bezogen auf Leute, die der Polizei quasi auf dem Tablett serviert wurden, weil sie nämlich Jugendliche sind und nicht unter das Erwachsenenstrafrecht fallen. Fünfzehnmal wurde freier Abzug gewährt, das erfolgte im Zuge dieses Deals und mußte wohl so geschehen. Gleichwohl bleibt ein schaler Nachgeschmack, das Ganze ist höchst unbefriedigend.

Es geht im übrigen auch anders. Wir konnten heute lesen, daß es gestern in Stuttgart bereits 21 Verurteilungen gegeben hat; 21 Verurteilungen von PKK-Gewalttätern, und das, meine Damen und Herren, ist nicht kurzer Prozeß, sondern schnelle Justiz, also etwas Gutes; daran könnten wir uns ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Der gesamte Polizeieinsatz in Hamburg hat große Mängel aufgezeigt. Die Polizei war schlecht vorbereitet, zum Teil schlecht ausgerüstet. Man hat sie im wahrsten Sinne des Wortes neun Stunden frierend, zwar nicht im Regen, aber im Schnee stehenlassen. Man hat ihnen kein warmes Essen und Trinken und keine Ablösung zukommen lassen. Die Polizei hat unseren Dank verdient, sie wurde hier sehr schlecht behandelt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Mathias Petersen SPD*)

Ich glaube, das zeigt uns auf, daß die Politik der gnadenlosen Personaleinsparung im Bereich der Polizei spätestens jetzt ihr Ende haben muß. Die Polizei war nur bedingt in der Lage, dieser Probleme Herr zu werden.

Ich muß leider zum Ende kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Simon.

Heide Simon GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen, auch meine Fraktion ist gegen die gewaltsame Auseinandersetzung hier auf Hamburgs Straßen, aber im Gegensatz zu dem, was Herr Vahldieck vorgetragen hat,

C

D

(Heide Simon GAL)

A (Dr. Roland Salchow CDU: Nicht ganz so doll!)

ist unser Ansatz mit Sicherheit nicht ausschließlich ein innenpolitischer Ansatz. Der Lösungsansatz hier in Hamburg kann angesichts der Probleme in Kurdistan und in der Türkei sicher nicht lauten: Polizei, Verhaftung, Abschiebung und damit Ruhe hier in Hamburg.

Ich hätte in Ihrer Rede, Herr Vahldieck, wirklich einen anderen, einen weitergreifenden Lösungsansatz erwartet. Denn Abschiebung – auch das kann ich für unsere Fraktion sagen – bei drohender Folter oder Todesgefahr geht nicht.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Wir wehren uns dagegen, so zu tun, als sei dieses Problem hausgemacht und hätte etwas mit polizeitaktischen Erwägungen zu tun. Die Gefahr, die wir hier erlebt haben, hat ganz eindeutig etwas mit dem Konflikt in Kurdistan zu tun, das heißt, hier ist Ursachenbekämpfung als Lösungsstrategie angesagt.

Eine Minderheit hat hier zu gewaltsamen Mitteln gegriffen. Wir haben bereits deutlich gemacht, daß wir das gemeinsam verurteilen; das ist keine Frage. Aber wir können vielleicht auch nachvollziehen, daß durch Öcalans Verschleppung und Verhaftung in der Tat Emotionen hochkochen können. Ich will noch einmal deutlich machen, daß die Mehrheit der hier lebenden Kurdinnen Gewalt ganz eindeutig ablehnt. Die innenpolitischen Scharmützel um Polizeitaktik hin oder her nützen in der Sache wenig.

(Ole von Beust CDU: Doch!)

B Wir haben es in der EU in der Tat versäumt, den Kurdistankonflikt auf die politische Agenda zu setzen. Er war immer nur dann auf der Tagesordnung, wenn tatsächlich Gewalt in Europa – und auch hier in Hamburg – stattgefunden hat; und das, obwohl wir sehr genau wissen, daß das kurdische Volk seit sehr vielen Jahren von der Türkei unterdrückt wird und daß Menschenrechtsverletzungen, Mord, Verschleppung, Tod, Folter und Vergewaltigungen an der Tagesordnung sind.

Wirklich dramatisch ist aber – das wissen auch Sie, meine Damen und Herren –, daß Deutschland auf Platz zwei bei den Rüstungsexporten in die Türkei steht und daß mit deutschen Waffen ein Krieg gegen Kurdistan

(Dr. Rolf Lange SPD: Die sind in der NATO!)

und die kurdische Zivilbevölkerung tagtäglich erst möglich geworden ist. Das ist skandalös, heuchlerisch und auch doppelbödig.

(Beifall bei der GAL)

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Waffenlieferungen von Deutschland in die Türkei nicht weiter fortgesetzt werden.

(Ole von Beust CDU: Das ist ein NATO-Land, Frau Kollegin!)

Es geht doch in Wahrheit gar nicht um die Kurden in Hamburg oder den oder die kurdischen Flüchtlinge.

Es geht darum, daß wir anlässlich eines Konflikts, verursacht durch die Verhaftung Öcalans, die Problematik Kurdistans plötzlich in Hamburg vor der eigenen Haustür live miterleben müssen; leider. Bedrohung, Angst und auch Unsicherheit machen sich bei uns – natürlich auch bei mir – breit. Aber das kann doch nicht dazu führen, daß wir und Sie nach mehr Staat, nach schärferen Gesetzen und mehr

Polizeieinsatz und so weiter rufen. Das ist doch viel zu kurzfristig gedacht.

C

Ich hätte in diesem Hause auch gern einen anderen Tenor, nämlich eine langfristige Strategie, die zur Kurdistankonfliktlösung beiträgt.

(Ole von Beust CDU: Sie stellen ja den Außenminister, der kann es ja machen!)

Wir leben hier in einer Demokratie, meine Damen und Herren, und Demokratie ist ein hohes Gut. Wir sollten uns alle dafür einsetzen, daß Demokratie und Menschenrechte auch in Kurdistan gelöst werden, und zwar mit der Türkei und den Kurdinnen gemeinsam.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Es kann überhaupt keine Kluft zwischen Menschenrechtsrealität und dem Anspruch und der Forderung nach Demokratie und Menschenrechten geben. Die Chance, die sich uns trotz aller Gewalt bietet, die wir selbstverständlich verurteilen, müssen wir ergreifen. Wir haben zu oft in der Geschichte erlebt, was Unterdrückung ethnischer Minderheiten heißt. Wir erleben es jeden Tag bei der Medienberichterstattung über die Lage im Kosovo.

Meine Fraktion hat sich eingesetzt und wird sich weiterhin dafür einsetzen, daß auf EU-Ebene alles dafür getan wird, um Öcalan einen demokratischen Prozeß zu ermöglichen, mit allem, was dazugehört. Die Sache des kurdischen Volkes muß mit rechtsstaatlichen Mitteln gelöst werden. Das muß im übrigen auch die Eingangsbedingung für die Türkei in die EU sein.

Es ist sehr wichtig, daß die Doppelmoral Deutschlands gegenüber der Türkei aufhört, und zwar am besten durch das sofortige Stoppen jeglicher Waffenlieferungen. Wir konnten es heute wieder in der „taz“ lesen – ich komme sofort zum Ende –, daß wiederum Waffenlieferungen beabsichtigt sind. Wir fordern eine internationale Konferenz zur Lösung des Kurdistankonfliktes und bitten Sie daher um Unterstützung.

D

(Beifall bei der GAL, bei Lutz Kretschmann und Dr. Mathias Petersen, beide SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Kleist.

Ingo Kleist SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, angemeldete Thema „Krawalle der PKK“ wurde bereits – wie vielen hier im Hause bekannt – auf der Innenausschußsitzung am 25. Februar 1999 behandelt. Insofern bleibt die Aktualität etwas auf der Strecke. Das von der GAL angemeldete Thema muß man in der Tat sicherlich langfristig und strategisch behandeln.

Lassen Sie mich zuerst auf die Krawalle eingehen. Die Krawalle der PKK, und nicht nur die der PKK, sondern auch einiger Autonomer sowie einiger SPD-Mitglieder des linken Flügels „Linksruck“, die ebenfalls dabei waren, muß man natürlich anders beurteilen als die Kurden insgesamt. Die Kurden sind nicht nur die PKK, sondern es sind Unterschiede zwischen den Mitgliedern der PKK – die im übrigen hier verboten ist – und den Kurden, die hier seit 30 oder 40 Jahren friedlich mit uns zusammenleben, zu machen.

Die Besetzung der SPD-Zentrale mit Geiselnahme wird von uns scharf verurteilt. Insbesondere zeigt es aber auf, daß wir diese Besetzung mit der Geiselnahme und der

(Ingo Kleist SPD)

- A Gewaltanwendung und -bereitschaft der PKK nicht bereit sind zu dulden. Diese Akte von Terror sind durch nichts zu rechtfertigen und müssen entsprechend unseren Gesetzen geahndet werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Mag es auch bei den Kurden, die wir bei uns aufgenommen haben, ein etwas anderes Verhältnis zur Gewalt geben, sie haben sich dennoch an die deutschen Gesetze zu halten. Denn diese Gesetze sind nach unserem Rechtsgefühl gestaltet worden. Der von Ihnen vorgetragene Litanei – so kann man schon fast sagen, Herr Vahldieck –, warum die Täter nicht bereits verurteilt wurden, wie in Baden-Württemberg, halten wir entgegen, daß für die Strafverfolgung und die Straffestsetzung die deutschen Gerichte zuständig sind, also auch die hamburgischen Gerichte.

(Heino Vahldieck CDU: Für die Anklageerhebung sind die Staatsanwälte zuständig!)

Die Anklageerhebung wird auch gemacht; dazu muß man erst einmal Täter haben. Es mag für Sie unbefriedigend sein,

(Dr. Roland Salchow CDU: Für Sie ist es befriedigend?)

daß die Täter teilweise aus der SPD-Zentrale herausgelassen worden sind. Dies war eine Verhandlung zwischen der Polizei und den Geiselnemern. Dazu sage ich, daß es mir viel lieber ist, daß der Strafanspruch des Staates dann zurücktritt, wenn es sich um das Leben von Geiseln handelt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Insofern hat der Strafanspruch des Staates zurückzutreten.

Es ist Ihnen auch bereits im Innenausschuß mitgeteilt worden, daß gegen vier der freigelassenen Geiselnemmer Haftbefehle beantragt worden sind. Die ausländerrechtlichen Konsequenzen sind nach den Möglichkeiten des Ausländerrechts konsequent zu nutzen. Auch bei Asylbewerbern soll versucht werden, eine Ausweisung aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erreichen, um durch strikte Ausweisungspraxis deutlich zu machen, daß gewalttätige Demonstrationen auch bei Ausländern, die einen besonderen Ausweisungsschutz genießen, grundsätzlich nicht geduldet werden.

Ich glaube, daß es darauf ankommt, daß in Zukunft mit aller Entschlossenheit die Aufenthaltsbeendigungen dann durchgesetzt werden können, wenn die rechtsstaatlichen Grenzen unserer Ausländergesetze eingehalten werden. Da komme ich Ihnen natürlich nahe, bei Tod und Folter kann das nicht geschehen, egal, welche Straftaten hier begangen worden sind.

Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß bereits 1995 durch Herrn Kanther versucht wurde, ein zwischenstaatliches Abkommen zu erreichen. Dies hat bis heute zu nichts geführt. Sie sagen jetzt, Herr Schily muß es machen.

(Rolf Kruse CDU: Das ist wahr!)

– Ja, natürlich, da sind wir bei; wir wollen auch, daß er es macht. Die Frage, ob rechtsstaatliche Verträge zustande kommen, Herr Kruse, liegt nicht nur auf der einen, sondern auch auf der anderen Seite. Internationale Interessenlagen, wie die Amerikaner sie auch in der Türkei haben, spielen dabei eine nicht untergeordnete Rolle.

Im übrigen möchte ich mich abschließend bei den Polizeikräften bedanken und ausdrücklich die Einsatztaktik vor der SPD-Zentrale ...

(Zurufe von der SPD: Loben! – Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

– Vielen Dank für die Hilfe. Wir werden die Polizei nicht für die Logistik loben – Herr Vahldieck hat das schon gesagt. Wer jemanden bei Schnee und Eis über neun Stunden ohne warme Verpflegung und Getränke stehen läßt ...

(Karl-Heinz Warnholz CDU: 17 Stunden!)

– So lange dauerte die Besetzung gar nicht; es waren neun Stunden, ich rede von der SPD-Zentrale.

(Günter Frank SPD: Herr Warnholz konnte noch nie rechnen! – Barbara Duden SPD: So lange kann doch keiner stehen!)

Der Polizeipräsident hat zugesagt, daß er es in seine eigene Verantwortung übernehmen will, daß so etwas zukünftig bei ähnlichen oder längeren Einsätzen nicht mehr vorkommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der erste Punkt jeder Debatte über die Ausschreitungen der Kurden ist die absolute Forderung nach Verzicht auf Gewalt, und zwar Verzicht auf jegliche Gewalt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Alle anderen Punkte müssen dieser Forderung nachstehen. Es kann keine Toleranz für irgendeine Gewalt in unseren Städten geben. Wenn die Kurden den Schutz des deutschen Staates für sich oder ihre Sache suchen, dann sind sie verpflichtet, das Recht ihres Gastlandes einzuhalten, und notfalls müssen wir das Recht gegen sie durchsetzen.

(Antje Blumenthal CDU: Aha!)

Wenn die Kurden die politische und diplomatische Unterstützung für ihren Freiheitskampf wollen beziehungsweise für einen rechtsstaatlichen Prozeß gegen Öcalan, dann dienen sie diesem Anliegen mit Gewalt in keiner Weise. Das hat die öffentliche Empörung gegen die Kurdenkrawalle – wie ich meine – in den letzten Tagen und Wochen deutlich gezeigt.

Gemäßigte Kurden haben diese Botschaft verstanden und plädieren deswegen für gewaltlosen Protest. Dieses haben wir zu begrüßen und müssen darauf setzen, daß sich diese Einsicht durchsetzt. Ich möchte aber an dieser Stelle ausdrücklich betonen – und ich bin dankbar, daß Herr Vahldieck und Herr Kleist das ebenfalls gemacht haben –, daß die weit überwiegende Zahl der bei uns lebenden Kurden in diese gewalttätigen Auseinandersetzungen nicht verwickelt war und den Kurs der Gewalt nicht unterstützt oder fördert. Das erkennen wir an, und wir müssen uns alle davor in acht nehmen, eine ganze Volksgruppe pauschal zu verurteilen.

(Beifall bei Heide Simon GAL)

Noch einige Worte zu dem Einsatz im und am Kurt-Schumacher-Haus. Wer bei diesem Einsatz nicht dabei war, sollte sich mit Bewertungen zurückhalten, und das gilt für

(Senator Hartmuth Wrocklage)

- A Kommentatoren sämtlicher Berufsgruppen. Das gilt zum Beispiel für den bayerischen Innenminister, den ich in der Innenministerkonferenz am letzten Donnerstag zur Rede gestellt habe.

(*Ole von Beust CDU: Oha!*)

Das Ergebnis dieser Diskussion war

(*Ole von Beust CDU: Hat er um Gnade gebeten?*)

– Herr von Beust, das könnten Sie und Ihre Weisen vom Leinpfad sich auch einmal hinter die Ohren schreiben –,

(Unmutsäußerungen der CDU-Abgeordneten)

daß man sich nicht zu Einsätzen äußert, deren Rahmenbedingungen und konkrete Konstellationen man nicht beurteilen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das ist immer vor dem Hintergrund zu sehen, daß man eine besondere exekutive Verantwortung respektieren muß, die niemandem abgenommen werden kann und die zu Entscheidungen führt, die derjenige, der in diesem Augenblick die Verantwortung hat, für sich, und ganz allein für sich, zu treffen hat.

Der Einsatz war angesichts der schwer einzuschätzenden Geiselnnehmer und der gewaltbereiten Gruppen draußen vor der Tür schwierig zu bewältigen. Die Strafverfolgung und der Schutz der Geisel mußten ständig gegeneinander abgewogen werden. Es gab aber eine eindeutige politische und polizeiliche Priorität, nämlich das Leben und die Gesundheit der Geisel.

(Beifall bei *Rüdiger Schulz SPD*)

- B Daß es nur zu wenigen Festnahmen gekommen ist, kann niemanden freuen, es war aber vor dem Hintergrund der konkreten Einsatzbedingungen ohne realistische Alternative.

Selbstverständlich haben wir auf den Strafverfolgungsanspruch des Staates nicht verzichtet; wo kämen wir da hin. Die Polizei ermittelt gegen alle an den Ausschreitungen oder an der Geiselnahme Beteiligten. Es hat vor Ort Festnahmen gegeben. Wir streben weitere Festnahmen an. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich über den Stand der Ermittlungen hier im Parlament nicht berichten kann.

Zusammengefaßt: Ich stehe voll hinter den Entscheidungen der Polizei. Die zentralen Entscheidungen, die zum Verhandlungsergebnis geführt haben, sind in Zusammenarbeit mit den Staatsanwälten vor Ort getroffen worden. Dazu stehe ich.

Ich danke allen Polizeibeamten sowohl in der Einsatzleitung wie im Einsatz vor Ort für ihr besonnenes und professionelles Handeln. Die Geisel ist unverletzt freigekommen, und daran mißt sich im wesentlichen der Erfolg dieses Einsatzes.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Noch eine Anmerkung zur Belastung der Polizei. Die Einsätze in der Woche nach der Entführung von Öcalan haben Kräfte aller Länderpolizeien und des Bundesgrenzschutzes aufs äußerste angespannt. Das galt auch für Hamburg, wo wir neben umfangreichen Objektschutzmaßnahmen, die zur Zeit noch andauern, drei große Einsätze zu verkraften hatten. Der Einsatz am Kurt-Schumacher-Haus hat sich sehr kurzfristig, sehr dynamisch entwickelt. In dieser Situation sind Mängel – und das ist zuzugeben – zum Beispiel im Bereich der Ausrüstung aufgetreten oder

im Bereich der Versorgung der Einsatzkräfte; das ist im Innenausschuß auch erörtert worden. Diese Mängel müssen mit Besonnenheit analysiert und dann abgestellt werden. Die Einsätze werden deshalb sorgfältig nachbereitet mit dem Ziel der Auswertung der Einsatzplanung, der Analyse der Schwachstellen sowie der Beseitigung der festgestellten Mängel bei Ausrüstung, Versorgung und Organisation. Dabei wird auch die Frage der Belastung der geschlossenen Einheiten eine Rolle spielen. Klar ist – darüber sollte sich niemand hier im Raum Illusionen machen –, daß keine Länderpolizei dauerhaft auf Spitzenbelastungssituationen eingerichtet ist. Deshalb gibt es in jedem Fall und in jedem Land besondere Pläne für die Bewältigung außergewöhnlicher Situationen. Im übrigen gibt es die gegenseitige Unterstützung durch Hundertschaften der Bereitschaftspolizei der Länder und des Bundesgrenzschutzes. In der Lagebesprechung auf Bundesebene mit Bundesinnenminister und Länderinnenministern war die Hilfsbereitschaft auch sehr groß, und ich habe mich bei meinen Kollegen für deren Hilfsangebot in kritischer Situation sehr herzlich zu bedanken.

Ich persönlich glaube – das ist das zweite Thema, das die GAL besonders betont hat –, daß man diese Debatte nicht führen kann, ohne auch zu politischen Lösungen der Kurdenfrage beizutragen. Wer die unwürdigen und – wie ich finde – empörenden Fernsehbilder von Öcalan sieht, wer die Berichte über das Vorgehen türkischer Stellen gegen die kurdische Partei HADEP zur Kenntnis nimmt, wer die zweifelhaften Vorbereitungen auf den Prozeß gegen Öcalan beobachtet, weiß, daß die Türkei derzeit ihr internationales Ansehen gefährdet und in jedem Falle durch die symbolische Zurschaustellung von Öcalan zu einer weiteren Eskalation der Situation beiträgt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Türkei muß deshalb jetzt erkennen und akzeptieren: Wer den Beitritt in die Europäische Union anstrebt, wird sich ebenso der kritischen Auseinandersetzung nach westeuropäischen rechtstaatlichen Standards zu richten haben wie derjenige, dessen im eigenen Land ungelöste ethnische Probleme stellvertretend auf unseren Straßen ausgetragen werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Heide Simon GAL*)

Ein deutliches Wort zur PKK: Sie ist in ihrem gegenwärtigen Zustand eine kriminelle Vereinigung; das hat der Generalbundesanwalt in der letzten Woche festgestellt. Ihre Funktionäre müssen erkennen, daß sie auf einem grundsätzlich falschen Weg sind. Dabei fordern maßgebliche Kräfte in der PKK selbst eine politische Lösung der Kurdenfrage. Die PKK muß dann aber klar erkennen, daß sie sich für eine solche politische Lösung selbst demokratisieren muß, sich an die Gesetze halten und endlich Schluß machen muß mit der Gewalt in Europa. Sie muß sich selbst auf die Menschenrechte orientieren, die sie anderenorts fordert. Die PKK muß erkennen, daß diese Menschenrechte für sie selbst maßgebend zu sein haben, und dazu gehört nebenher auch, daß sie auf den Alleinvertretungsanspruch für die kurdische Bevölkerung verzichten muß.

Solange die PKK sich nicht umorientiert, ist klar, daß das Betätigungsverbot bestehenbleibt. Bund und Länder werden den Lebensnerv der PKK zu treffen suchen, Logistik, Kommunikations- und Nachschubwege. Das ist schwierig, aber machbar, allerdings auch nur im europäischen Rahmen. Dazu braucht man einen langen Atem. Die Innenministerkonferenz wird sich auf meinen Antrag in dieser Woche noch erneut mit der Kurdenfrage beschäftigen. Im

C

D

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A Raum stehen unterschiedlichste Maßnahmen, die von einem diplomatischen Druck auf die Türkei in Richtung auf ein rechtstaatliches Verfahren für Öcalan bis hin zur Schließung des kurdischen Senders MED-TV reichen, der in Brüssel und London residierend aufgefallen ist, sofern er weiter zu Gewalt aufrufen sollte. Dies ist in der letzten Zeit allerdings ausdrücklich nicht geschehen. Zur Zeit ist die Lage ruhig. Nach allen Erkenntnissen der Sicherheitsorgane setzen sich derzeit jene Kurden durch, die erkennen, daß der Kurs der Gewalt keine Zukunft und keinen politischen Erfolg bringt.

(Beifall bei *Dr. Martin Schmidt GAL*)

Wir hoffen, daß sich diese Erkenntnis weiter durchsetzt.

Dennoch gibt es unter den Kurden – da dürfen wir nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen – Aktivisten, insbesondere jugendliche Aktivisten, die wenig berechenbar und steuerbar sind. Deshalb beobachten die Sicherheitskräfte nicht nur in Hamburg, sondern in der Bundesrepublik und in Europa weiterhin die Lage sehr intensiv. Die Polizei in Hamburg bereitet sich auf weitere mögliche Aktionen vor.

In der gegenwärtigen Situation, so meine ich, brauchen wir keine verbale Kraftmeierei, sondern in Legislative und Exekutive Nüchternheit in der Lageanalyse und Konsequenz und Besonnenheit im Handeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem bisherigen Gang der Debatte und den Beiträgen der Koalitionsfraktion und vor allen Dingen von Senator Wrocklage habe ich den Eindruck, Sie flüchten in die Außenpolitik, und in Wahrheit ist die Sicherheit bei Ihnen in den schlechtesten Händen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist kein Zufall, weil wir bei den Schwierigkeiten, die wir speziell in Hamburg haben, die Quittung dafür zahlen, daß wir einen ehemaligen Finanzsenator zum Bürgermeister und einen ehemaligen Finanzstaatsrat zum Innensenator gemacht haben. Wer Polizei über Jahre hinweg als Sparschwein der Stadt betrachtet, darf sich nicht wundern, wenn Einsätze schwieriger werden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Zu unseren Warnungen vor Sparmaßnahmen bei der Polizei sowohl im Sach- als auch im Personalbereich

(*Tanja Bestmann SPD:* Haben wir Haushaltsberatungen?)

haben Sie, Herr Wrocklage, gesagt, das sei alles Panikmache der CDU, so schlimm sei das gar nicht. Plötzlich müssen Sie kleinlaut zugeben, daß Sie für wirkliche Ernstfälle nicht gerüstet sind. So ist die Lage in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund zitiere ich aus dem Schreiben eines Einsatzleiters einer Hundertschaft an seine Polizeibeamten:

„Sie haben mit uns einen Einsatz durchgeführt, der unter äußerst widrigen Bedingungen ablief. Ich habe dazu einen Einsatzbericht vorgelegt. Ich stelle in dem Bericht fest, daß wir Glück gehabt haben, den Einsatz ohne Verletzte zu beenden. Ich weise sehr deutlich darauf hin, daß man mit gebastelten Einheiten aus Fortbildungs-

lehrgängen solche Einsätze ohne entsprechende Vorbereitung nicht bestreiten darf. Dieser Einsatz fand am Rande der Verantwortbarkeit statt.“

So sieht die Situation aus, und die Verantwortung tragen Sie, Herr Wrocklage, und niemand anders.

(Beifall bei der CDU)

Wenn bei Polizeieinsätzen festzustellen ist, daß bei der Bereitschaftspolizei keine Transportmöglichkeiten mehr vorhanden sind, soll – das war einer der Sparvorschläge Ihrer Behörde – im Ernstfall auf Mietwagen zurückgegriffen werden. Polizisten, die bei Mietwagenfirmen anfragen, hören dann aber, sie werden einen Deubel tun und ihre Busse für solche Einsätze zur Verfügung stellen. Die Folge ist, daß HVV-Busse, die nicht einmal gesicherte Glasscheiben haben, eingesetzt werden und damit das Leben der Beamten gefährdet wird. So geht das nicht weiter, Herr Senator, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn bei solchen Einsätzen die skurrile Situation auftritt, daß die Fahrer dieser Wagen angewiesen werden, von ihren Sonderrechten Gebrauch zu machen, um schneller zum Einsatzort zu kommen, fragt der Fahrer des HVV-Busses am Handy zu Recht, wie er beim HVV-Bus von Sonderrechten Gebrauch machen soll: Soll er sich aufs Dach setzen und „Blaulicht“ rufen? Meine Damen und Herren, Sie gehen fahrlässig mit der Sicherheit der Stadt und der Polizeibeamten um. Damit muß Schluß sein.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt ansprechen. Ingo Kleist hat vorhin gesagt, man muß die Täter haben, um Gerichtsverfahren einleiten zu können. Da haben Sie recht, Herr Kollege. Ich will über den Mittwochabend und die Besetzung der SPD-Zentrale gar nicht richten. Wer nicht vor Ort war, kann nicht beurteilen, wie man sich selber verhalten hätte.

(*Tanja Bestmann SPD:* Aber hinterher! – *Dr. Holger Christier SPD:* Sie waren ja dabei!)

– Das habe ich nie getan.

Aber was ist am Dienstagabend gewesen, als vagabundierende Banden durch die Stadt liefen und die Polizei 61 Personen in Gewahrsam genommen hat? Was war die Folge? Kein einziger Haftbefehl wurde beantragt, obwohl 61 Personen dingfest gemacht wurden. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Herr Bagger, sagt, ich verstehe das nicht, es ist kein Haftbefehl beantragt worden, nach Meinung der Staatsanwaltschaft war das in vielen Fällen schwerer Landfriedensbruch. Warum werden keine Haftbefehle beantragt? Auch das ist Ihre Verantwortung, Herr Senator.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, warum das nicht geschieht. Die Polizisten sagen, sie haben die Erfahrung mit der Justiz, daß der bürokratische Aufwand so groß ist, daß sie bei den augenblicklichen Ressourcen keine Lust haben, ihr Personal einzusetzen, um aufwendig Haftbefehle zu beantragen, die vermutlich nicht durchkommen. Aber die politische Verantwortung für dieses Zusammenspiel zwischen Polizei und Justiz liegt bei diesem Senat. Da können Sie nicht so tun, als sei das höhere außenpolitische Gewalt, die wie ein Zufall auf diese Stadt eingeschlagen ist. Nein, die Verantwortung für die Mißstände tragen Sie. Bekennen Sie sich dazu, und flüchten Sie nicht in vordergründige Außenpolitik.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr von Beust! Für Ernstfälle nicht gerüstet? Das ist blanker Unsinn.

(Heino Vahldieck CDU: Bedingt abwehrbereit!)

Wir haben in den letzten Jahren, als es größere Demonstrationseinsätze gab, immer Situationen gehabt, in denen außergewöhnliche Lagen außergewöhnliche Antworten erfordert haben. Das ist etwas ganz Normales, kann ich aus eigener Erfahrung sagen. Sie können nicht für den Tag X noch zwei Hundertschaften mehr vorhalten. Wer soll die erstens bezahlen, und zweitens wird das letztlich der allgemeinen Lage in der Bundesrepublik nicht gerecht. Insofern ist das völliger Unsinn.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die politische Debatte in der Bundesrepublik ist zur Zeit vom Ruf nach der ganzen Härte des Gesetzes geprägt – ich weiß nicht, was die halbe Härte des Gesetzes ist –, nach Gesetzesverschärfung und Ausgrenzungsritualen. Hier spielt die CDU leider wieder einmal eine führende Rolle. Wir haben zwei Themen angemeldet, Herr von Beust. Sie haben sich zum zweiten Thema nicht geäußert. Das ist sehr bemerkenswert. Die einen nutzen diese Rituale, um die Polarisierung voranzutreiben, andere glauben immer noch, daß allein mit Repression innenpolitische Konflikte gelöst werden könnten. Wieder anderen wird damit nichts als ihre Hilflosigkeit bescheinigt. Sie mögen selber entscheiden, meine Damen und Herren von der CDU, zu welcher Kategorie Sie sich rechnen wollen.

(Ole von Beust CDU: Gibt's auch 'ne gute dabei?)

B Aber leider neigt auch die Sprache der Innenministerkonferenz eher zur Polarisierung denn zur Deeskalation. Jeder, der sich an Gewaltaktionen beteiligt, muß damit rechnen, daß er sich strafrechtlich zu verantworten hat. Daß Geiselnahmen und Botschaftsbesetzungen nicht akzeptiert werden können, muß nicht extra betont werden. Das gilt für Deutsche wie für Nichtdeutsche gleichermaßen. Wenn aber jetzt Stimmen laut werden, die die unnachgiebige Abschiebung von straffällig gewordenen Kurden einfordern, dann halte ich diesen Menschen entgegen, daß sie damit Tod und Folter billigend in Kauf nehmen. Eine Abschiebung von Kurdinnen und Kurden in die Türkei unter den gegenwärtigen Bedingungen ist in der Tat völlig ausgeschlossen, denn das angesprochene zwischenstaatliche Abkommen können Sie daran messen, daß Herr Ecevit im „Spiegel“ gesagt hat, er habe kein Kurdenproblem, sondern nur ein Terroristenproblem. Daran können Sie ablesen, was davon zu erwarten ist.

Herr Kleist hat es gesagt, das von der CDU angemeldete Thema ist ausführlich im Innenausschuß behandelt worden. Es ist heute nichts Neues gesagt worden. Darum bleibt es Ihr Geheimnis, warum Sie es heute angemeldet haben.

(Dr. Roland Salchow CDU: Na, das ist doch nun wirklich dumm!)

– Das ist nicht dumm, Herr Salchow.

(Dr. Roland Salchow CDU: Da tobt es in der ganzen Stadt, und das Parlament darf nicht darüber diskutieren!)

– Natürlich, Herr Salchow, wir haben es im Ausschuß debattiert.

(Dr. Roland Salchow CDU: Bewerben Sie sich doch als Polizeipräsident in Ankara!)

– Sie können es anmelden und haben es angemeldet. Herr C Salchow, Sie können sich gleich zu Wort melden.

(Dr. Roland Salchow CDU: Nee!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Auch wenn Sie es nicht gerne hören, ich hätte in der Vergangenheit gern ein ähnliches Ausmaß von Empörung Ihrerseits wahrgenommen, als bekannt wurde, daß die Bundesrepublik an den schmutzigen Waffengeschäften mit der Türkei beteiligt ist.

(Beifall bei der GAL)

Zu zögerlich hat sich die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren zum Kurdistanproblem verhalten. Beschämt haben wir wiederholt zur Kenntnis nehmen müssen, daß auch mit deutschen Waffen gegen die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten vorgegangen worden ist. Da habe ich leider Ihren ausgestreckten Finger vermißt, meine Damen und Herren von der CDU. So haben die Ereignisse der letzten Woche den Blick noch zusätzlich verstellt, unter welchen Bedingungen Kurdinnen und Kurden in der Türkei leben und unterdrückt werden.

Die Ereignisse der letzten Wochen mahnen uns gleichwohl, jede Chance zu nutzen, um eine weitere Eskalation in den kurdischen Gebieten der Türkei, aber auch hier auf dem Boden der EU zu verhindern. Alle beteiligten Konfliktparteien sind gleichermaßen aufgefordert, ihren Beitrag zu einer friedlichen Lösung zu leisten: die rotgrüne Bundesregierung sowie die anderen Regierungen in der Europäischen Union, das zu Recht um seine Lebensgrundlagen fürchtende kurdische Volk und natürlich auch die Regierung in Ankara.

In den vergangenen Tagen haben aber nicht nur Gewaltaktionen stattgefunden, vielmehr haben Tausende Kurden demonstriert, daß es auch anders geht: gewaltfrei und stark. Veranstalter und Polizei haben in vorbildlicher Weise gezeigt, wie man sich in einer solchen Situation verantwortlich verhalten kann und wie man miteinander umgehen sollte. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Herr Senator Wrocklage hat ausgeführt, daß verbale Kraftmeierei nicht gerade am Platz ist. Dem kann ich nur zustimmen.

(Jürgen Klimke CDU: Dann setzen Sie sich mal!)

Die Realität einiger Redebeiträge, auch die von Ihnen, Herr von Beust, aber auch breiter Teile der Hamburger Bevölkerung zeichnen ein anderes Bild.

(Dr. Roland Salchow CDU: Sucht euch mal 'ne andere Bevölkerung!)

Es wird sehr emotional diskutiert, das muß man zur Kenntnis und auch ernst nehmen. Aber Menschen, die in einem Parlament und die in einer Regierung sind, zumal in einem demokratischen Rechtsstaat, haben nicht nur die Bauchtasche zu bedienen. Deswegen müssen die Probleme sehr differenziert behandelt werden. Da nützt es nichts, Herr von Beust, wenn Sie sagen, wir würden in die Außenpolitik ausweichen. Es gibt zwischen Außen- und Innenpolitik keine Trennung mehr. Es greift heute in dieser globalisierten, vernetzten Welt alles ineinander.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Erhard Pumm SPD)

- A Wenn wir in diesem Land sieben Millionen Ausländer haben und durch diese Politik weitgehend dafür gesorgt haben, daß sie Ausländer bleiben, werden sie auch ihre Konflikte hier austragen. Das werden wir nicht verhindern können. Dennoch müssen wir als demokratischer Rechtsstaat klare Konturen zeigen. Eine Kontur ist, daß Straftäter, gleichgültig, ob sie Deutsche oder Ausländer sind – in diesem Fall Kurden –, die Härte des Gesetzes erfahren müssen. Deshalb ist es wichtig, daß man zu beschleunigten Verfahren kommt. Die platten Aussagen – „die müssen alle raus“, „die müssen alle ausgewiesen werden“ – kann ich bei vielen Bürgern nachvollziehen, in unserem Parlament aber nicht.

(*Heino Vahldieck CDU*: Das hat doch keiner gesagt!
– *Ole von Beust CDU*: Bis auf Gerhard Schröder hat das keiner gesagt!)

Es gibt in diesem Rechtsstaat Grenzen, die wir einhalten müssen. Ich bin strikt dagegen, daß Menschen, wenn sie hier Straftaten begehen, vom Grundsatz her ausgewiesen werden, denn wir haben einen Strafverfolgungsanspruch.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Alle Menschen, die hier eine Straftat begehen, müssen vor ein Gericht gestellt werden.

(Beifall bei *Andrea Franken GAL*)

Die Abschiebung muß weiterhin die Ausnahme sein. Eine Abschiebung in Länder, in denen Folter und Todesstrafe drohen, kommt weiterhin nicht in Frage.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein weiterer Aspekt ist, wie wir in dieser Stadt künftig gesellschaftlich mit Gewaltaktionen umgehen. Wir haben zur Zeit aufgrund der Sparzwänge im öffentlichen Dienst eine Situation, in der wir merken, daß die Personaldecke auch bei der Polizei immer kürzer wird.

B

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Ach!)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß unsere Polizei personell immer weniger in der Lage ist, große Einsätze über lange Strecken durchzustehen. Wir werden die Diskussion führen müssen, ob eine weitere Personaleinsparung bei der Polizei bei anhaltender akuter Sicherheitslage so fortgeführt werden kann.

(*Ole von Beust CDU*: Die führen wir schon seit zwei Jahren!)

Das ist eine ganz schwierige Debatte, weil sie unmittelbare Auswirkungen auf alle Politikbereiche der Stadt hat, aber wir müssen sie führen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Simon hat gefordert, Öcalan möge einen demokratischen Prozeß bekommen.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Rechtsstaatlich!)

Ich gehe davon aus, daß Sie einen rechtsstaatlichen Prozeß meinen, denn demokratisch hieße Abstimmung. Und wenn in der Türkei abgestimmt wird, was mit Öcalan passiert, dann passiert genau das, was Sie nicht wollen.

Unterstellen wir, Sie meinen einen rechtsstaatlichen Prozeß, was auch Herr Wrocklage gesagt hat. Nur, meine

Damen und Herren, überlegen wir einen kurzen Moment. Sind wir Deutschen die Richtigen, die das einfordern? Ich erinnere mich genau – es war im November –, als Öcalan in Rom aufgrund eines deutschen Haftbefehls festgenommen wurde. Es war die deutsche Politik – unkritisiert von der parlamentarischen Opposition, das räume ich ein –, die darauf verzichtet hat, den Haftbefehl zu realisieren. Da gab es gute Gründe, man hatte Schreckensszenarien vor Auge. Was jetzt passiert ist, ist um keinen Deut besser als diese Worst-case-Vorstellung. Insofern habe ich nachträglich große Zweifel, ob es klug war. Zumindest steht fest, daß Deutschland in diesem Punkt so gut wie keine Möglichkeiten der Einflußnahme hat, denn die Türkei wird von uns Deutschen als letzten irgendwelche Ratschläge entgegennehmen. Machen wir uns da bitte keine Illusionen. Das haben wir uns selbst zuzuschreiben, meine Damen und Herren.

C

(Beifall bei der CDU)

Zum Thema: Keine Abschiebung in Länder mit Folter und Todesstrafe. Es gibt den von Herrn Kleist zitierten Briefwechsel zwischen dem damaligen Minister Kanther und der Türkei. Es ist von türkischer Seite zugesichert worden, ausgewiesene Türken, die hier verurteilt wurden und denen man vorwirft, PKK-Anhänger zu sein, würden nicht gefoltert und nicht der Todesstrafe anheimgestellt. Es ist zweifelhaft, wie völkerrechtlich bindend das ist. Es ist die Aufgabe der Politik – in diesem Fall der Bundesregierung –, dafür zu sorgen, daß dieser Briefwechsel tatsächlich eine solche völkerrechtliche Qualität bekommt, daß man in Zukunft mit Fug und Recht Abschiebungen vornehmen kann, denn da haben wir offenbar einen echten Dissens. Es ist geradezu absurd, daß diejenigen, die hier die wildesten Gewaltorgien praktizieren und sich als PKK-Anhänger zu erkennen gegeben haben, den ausländerrechtlich sichersten Status haben. Das ist ein Unding und so nicht hinzunehmen, meine Damen und Herren.

D

(Beifall bei der CDU)

Deshalb muß es in Zukunft möglich sein, daß ausländische Straftäter, die Schwerstkriminalität wie Geiselnahme begangen haben, in die Türkei ausgewiesen werden können. Da müssen alle Spielräume des Ausländergesetzes ausgenutzt werden, und der Innensenator muß bei seinem Kollegen Innenminister entsprechend Druck machen.

(*Manfred Mahr GAL*: Immer im Lichte der Verfassung!)

Diese Ereignisse sind – Herr Pumm nannte das Stichwort „wir machen diese Leute nicht zu Deutschen“ – der beste Beweis dafür, daß die CDU-Auffassung zur doppelten Staatsbürgerschaft richtig ist.

(Beifall bei der CDU und Unmutsäußerungen bei der GAL und der SPD)

Wenn ich mir vorstelle, daß diese Leute, die wir hier erlebt haben, als sie in den deutschen Straßen gewütet haben, neben der türkischen Staatsbürgerschaft auch noch die deutsche haben und wir noch nicht einmal potentiell die Möglichkeit haben, diese Menschen auszuweisen, dann wird mir angst und bange. Insofern bin ich nunmehr erst richtig sicher, daß wir in dieser Frage auf der richtigen Seite standen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

A **Dr. Martin Schmidt** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand in diesem Hause bezweifelt, daß es die wichtigste Aufgabe des Staates ist, dafür zu sorgen, daß alle Bewohner dieses Landes in Sicherheit und Ruhe und Frieden leben können. Dieser Aufgabe hat sich die Polizei in Hamburg in den letzten Wochen erfolgreich gestellt, und zwar besonders dann, als es um einen schweren Konflikt bei der Geiselnahme ging. Es war richtig und gut, daß die Polizei mit den Besetzern der SPD-Zentrale geredet und nicht das Leben der Geisel aufs Spiel gesetzt hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das gehört zu den Aufgaben.

Nun möchte ich Sie darauf hinweisen, daß die Kurden, die die Geiselnahme vorgenommen haben, in unserem Sprachgebrauch „Kids“ waren. Es waren junge Männer von circa 16 bis 22 Jahren.

(Heino Vahldieck CDU: Die der Polizei überlassen wurden, die anderen waren älter!)

– Alle, die dort waren.

(Heino Vahldieck CDU: Wir kennen die doch nicht, oder kennen Sie die?)

– Ich weiß es sehr genau, weil ich mit Herrn Getzmann gesprochen habe, der dort viele Stunden verbracht hat und als Rechtsanwalt den Versuch machte, dort zur Friedensstiftung beizutragen.

(Heino Vahldieck CDU: Und der hat die Jahresringe gezählt!)

Die Frage ist nicht, ob auch irgendein Grufti daran teilgenommen hat, sondern was es für uns bedeutet, daß dabei siebzehnjährige Kurden, die in Hamburg leben, beinahe ihr Leben aufs Spiel setzen. Wofür sind die so hochemotionell, daß sie das tun? Dem Problem muß man sich stellen, wenn man einen Schritt weiter denkt, als nur zu sagen, jede Straftat muß bestraft werden.

B (Antje Blumenthal CDU: Ich denke, das sind Kids!)

Man wird nicht darum herumkommen, über die Frage der Lebenssituation der Kurden in ihrer Heimat zu reden. Dann ist die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, die Sie eben angeführt haben, völlig belanglos, denn wenn es einigermaßen schnell ginge, dann wären die gar keine kurdischen Staatsbürger mehr, sondern deutsche Staatsbürger gewesen. Dann wäre ihr Abschiebungsproblem sowieso erledigt.

(Antje Blumenthal CDU: Die Polizei setzt ihr Leben aufs Spiel!)

Dann wäre erst recht die Frage zu stellen, was eigentlich passiert, daß Siebzehnjährige so etwas machen. Sie kommen wieder zurück auf Kurdistan, und wieder müssen Sie die Frage stellen: Warum machen junge Leute – die könnten unsere Kinder sein – so etwas? Solange Sie sich dieser Frage nicht stellen und nur den billigen Reflex haben, es muß alles bestraft und abgeschoben werden, werden Sie blind sein vor dem, was in dieser Stadt vor sich geht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vielleicht darf man darauf verweisen, daß es zur Zeit vor unser aller Augen zwei verschiedene internationale Verhaltensweisen zu dem gibt, was man Terrorismus nennt. Die Albaner im Kosovo haben neun Jahre lang stillgehalten und die internationale Welt darum gebeten, dafür zu sorgen, daß sie bürgerliche Rechte bekommen. Sie haben sie

nicht bekommen. In dem Augenblick – das kann man ganz vorsichtig sagen –, wo einige wildgeworden sind und die UÇK gegründet und geschossen haben, findet eine internationale Konferenz statt, um den Frieden im Kosovo herzustellen. Ist das der Lohn der Gewalt? In Kurdistan liegt das viel länger zurück, und niemand beruft eine internationale Konferenz ein, und das ist wirklich schlimm.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Damit Ihr Vorwurf, wir würden ein Hamburger Problem nur auf die internationale Ebene heben wollen, nicht stehenbleibt, möchte ich betonen, daß ich es für äußerst wichtig halte, daß sich in Hamburg die Parteien, der Senat und die Staatsmacht insgesamt darum bemühen und ernst nehmen, daß es auch in Hamburg eine wichtige Aufgabe ist, den türkisch-kurdischen Dialog in Gang zu bringen. Wir dürfen nicht zuschauen, daß die jungen Kurden und die jungen Türken, wie in der Vergangenheit schon passiert, emotionell aufeinander losgehen. Wir rühmen uns, in einer mustergültigen Demokratie zu leben. Bringen wir bitte auf allen Ebenen, auch Sie und wir, das Gespräch zwischen diesen beiden Volksgruppen zustande.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie wohltuend, Herr Dr. Schmidt, solche angemessenen und problemadäquaten Ausführungen zu hören.

(Heino Vahldieck CDU: Was Sie nicht kritisiert, ist wohltuend!)

Wie schwierig ist aber auf der anderen Seite, Herr von Beust, Sie hier zu erleben. Ich glaube, hinter Ihnen steht ein Geist, und dieser Geist ist Herr Rühle, der Ihnen gesagt hat: beißen, beißen, beißen. Das haben Sie praktiziert.

(Dr. Roland Salchow CDU: Haltet den Dieb!)

Vor Ihnen steht Herr Fischer, der offenbar eine Verbindung zur bayerischen CSU anstrebt, und Sie, der liberale von Beust, entwickeln sich zu einem Haut-den-Lukas. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte in diesem Falle auf die Widersprüchlichkeiten Ihrer Argumentation eingehen.

(Rolf Kruse CDU: Das eine schließt das andere doch nicht aus!)

Sie werfen mir vor, daß ich das Problem in einen größeren Zusammenhang stelle. Kurz nach mir spricht Herr Vahldieck, der – völlig zu Recht – den Innensenator bittet, zusammen mit anderen – auch mit dem Bundesinnenminister – dafür zu sorgen, daß die internationalen Verhandlungssituationen verbessert werden, insbesondere der Briefwechsel zwischen der türkischen Regierung und dem ehemaligen Innenminister Kanther noch einmal in eine bessere Situation hineingebracht wird. Ich muß das so unklar ausdrücken, weil niemand so genau weiß, welche völkerrechtliche Verbindlichkeit dieser Briefwechsel hat. Nach den von uns gemachten Erfahrungen hat dieser Briefwechsel nicht den Effekt erreicht, den wir angestrebt haben, nämlich klare Voraussetzungen für eine humane Abschiebung in die Türkei zu schaffen. Wir haben wieder

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A einmal ein Erbe einer unerledigten außenpolitischen Situation vorgefunden.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Was, wir haben den Kurdenkonflikt nicht gelöst?)

Wir müssen sehen, wie wir damit klarkommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das ist ein Problem, das alle Länder trifft. Ich will keine Schuldzuweisungen machen, ich habe damals an der Innenministerkonferenz teilgenommen und diese Aktion von Herrn Kanther selber begleitet, aber die Ergebnisse sind eben so, bei allem guten Willen, den der damalige Bundesinnenminister aufgebracht hat.

Was heißt hier Flucht in die Außenpolitik, wenn es darum geht, eine Problemsicht anzustellen, die notwendigerweise ganzheitlich sein muß,

(*Antje Blumenthal CDU*: Sprechen Sie doch mal zur Hamburger Situation!)

weil man die inneren Probleme, auch die lokalen Probleme in Hamburg, Frau Blumenthal, überhaupt nicht mehr anders lösen kann als dadurch, daß man ganzheitliche Zusammenhänge bildet und sozusagen die „kleine“ Maßnahme vor Ort in den Zusammenhang stellt mit der Polizeistrategie, die wir angewandt haben.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Sie wollen doch nur Ihr Nichtstun kaschieren!)

Noch ein Wort zu dem Einsatz am 17. Februar. Wir haben mit Sicherheit am Dienstag und dann am Mittwoch eine Extremsituation in unserer Polizei gehabt, nicht nur in Hamburg, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Sie brauchen nur einen Blick nach Berlin zu werfen, wo es noch viel schlimmer war.

B (*Antje Blumenthal CDU*: Ne, da hat es besser geklappt!)

Wir haben mit dieser Extremsituation fertig werden müssen. Bei allen Mängeln und Fehlern, die wir einräumen, hat sich, Herr von Beust, in diesem Augenblick gezeigt, daß die Hamburger Polizei keine Schönwetterpolizei ist. Sie hat ihre Aufgabe in einer ausgesprochen schwierigen Situation so gemeistert, daß Ihre eigenen Parteikollegen – zum Beispiel gestern in der Deputation – der Hamburger Polizei Dank und Anerkennung ausgesprochen haben. Das sollte man hier sehr deutlich machen.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Die haben im Regen gestanden!)

Wenn Sie meinen, hier eine solche Situation ausnutzen zu können, Herr von Beust, um in eine eindimensionale Betrachtung hineinzukommen und nur noch ein Ereignis zu sehen und das zentral für die ganze Politik zu machen und zu sagen – das ist nicht mein Wort –, die Polizei darf nicht mehr Grundlage für Sparoperation sein, dann frage ich Sie, wie Sie das eigentlich machen wollen.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Um wieviel besser könnten die sein, wenn Sie nicht da wären!)

Dann brauchen wir von Ihnen seriöse Ansagen und keine unseriösen Ankündigungen wie im Wahlkampf, daß in jedem Stadtteil eine eigene Polizeistation gegründet wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Antje Blumenthal CDU*: Die Polizei hat doch keiner kritisiert!)

Das sind doch Luftblasen, die Sie in die Welt setzen, ohne Sinn und Verstand.

C Nun gebe ich an einer Stelle zu, daß ich mir durchaus vorstellen kann, daß Strafverfahren schneller laufen. Die Justizsenatorin und der Innensenator haben die Beschleunigungskonferenz gebildet,

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Beschleunigungskonferenzen statt Beschleunigung!)

um hier mehr Druck zu machen. Ich hoffe, daß wir diese Sache langsam in den Griff bekommen. Sie wissen, Herr Salchow, daß es in Hamburg-Mitte entsprechende Modellversuche gibt. Dazu muß man auch ehrlicherweise sagen, daß wir Rechtsstaat sind, und zum Rechtsstaatsgedanken gehört auch die Unabhängigkeit der Justiz, die wir als Exekutive zu respektieren haben. Insofern kann es sich nur um einen Überzeugungsprozeß handeln.

Nun möchte ich doch noch etwas zu Herrn Vahldieck sagen, weil ich es nicht ertragen kann, wenn hier von Ihnen wieder kampagnenhaft die unsägliche Einbürgerungskampagne der CDU auf den Tisch gelegt wird, die mit dieser Thematik nichts zu tun hat. Ein Kollege aus einem anderen Land sagt, daß gefragt wird: Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben? Das ist die polarisierende Wirkung, die Sie mit dieser Kampagne erzielt haben.

(Unmutsäußerungen bei der CDU – Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich finde es um so verwerflicher, Herr Vahldieck, daß Sie dieses Thema hier anführen

(*Antje Blumenthal CDU*: Die Wahrheit konnten Sie noch nie ab!)

wohlwissend, daß das Thema Einbürgerung mit der Kurdenproblematik gar nichts zu tun hat, sondern daß es hier um die Frage von Ausländerrecht geht. Wir bewegen uns sozusagen in der Vorstufe einer Einbürgerung, so daß eine Einbürgerung von Straftätern nach all dem, was an Voraussetzungen für Einbürgerung gegeben ist, überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Sie nutzen diese Situation aus, um erneut unsere Gesellschaft zu polarisieren und Stimmung gegen Ausländer zu machen. Das ist nämlich die Wahrheit, und dagegen verahre ich mich.

(*Elke Thomas CDU*: Also, das ist doch wohl unglaublich! – Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir werden in der uns eigenen Art von Konsequenz und Besonnenheit weiterhin darauf achten, daß wir die Probleme in unserer Stadt im Griff behalten,

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Wer soll konsequent sein?)

sie nicht überborden zu lassen. Ich würde Sie, die CDU, sehr gern auf diesem Wege mitnehmen,

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Wir können ganz gut allein gehen!)

weil wir keine Polizei der Regierung oder der Opposition haben, sondern eine Polizei der Stadt, und die Sicherheitsinteressen der Menschen in unserer Stadt sind generell.

(*Dr. Roland Salchow CDU*: Das ist ja wie in Hameln!)

Nur, dann müssen Sie wenigstens Mindestmaßstäbe an eine Politik erfüllen, die man vertreten kann. Dann dürfen Sie nicht den Haut-den-Lukas-Standpunkt vertreten, der zu undifferenziert ist und der uns insgesamt nicht weiterhilft. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr von Beust.

Ole von Beust CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, Sie müssen etwas mißverstanden haben. Wenn meine Parteifreunde in der Deputation der Innenbehörde gestern, genau wie wir wahrscheinlich alle hier, den Polizistinnen und Polizisten gedankt haben, die ihre körperliche Unversehrtheit für die Sicherheit der Menschen in dieser Stadt eingesetzt haben, dann tun wir das den Polizeibeamten gegenüber von ganzem Herzen, aber nicht Ihnen gegenüber, Herr Senator; das ist ein großes Mißverständnis.

(Beifall bei der CDU)

Nach dieser Debatte gab es für mich nur ein Ergebnis. Sie sprachen vorhin von der Notwendigkeit einer Schwachstellenanalyse. Die können Sie sich sparen, die größte Schwachstelle der Inneren Sicherheit sind Sie, Herr Wrocklage.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Herr von Beust, würden Sie der Abgeordneten Frau Simon eine Zwischenfrage gestatten?

(*Ole von Beust* CDU: Frau Außenpolitikerin Simon, gerne! – *Dr. Roland Salchow* CDU: Die Außenministerin der Türkei!)

Bitte schön, Frau Simon.

Zwischenfrage von Heide Simon GAL: Das ist sehr nett, Herr von Beust. – Wir sind schon wieder bei der Innenpolitik. Ich möchte Sie ernsthaft fragen, was Sie persönlich und die Hamburger CDU dazu beitragen wollen – auch die CDU steht in der Verantwortung zur Lösung des Konflikts in Kurdistan –, um den Konflikt in Kurdistan gemeinsam mit der Türkei zu lösen. Ich möchte von Ihnen gerne ernsthaft hören, was Sie da außenpolitisch als Ihre Rolle betrachten.

B

Ole von Beust (fortfahrend): Verehrte Frau Simon, daß wir uns darüber einig sind, daß wir für Öcalan ein rechtsstaatliches Verfahren wollen, daß Dinge der Demonstration seiner Haft, wie er behandelt wird, wie die Verteidiger behandelt werden, nicht Dinge der Rechtsstaatlichkeit sind, wie wir sie wollen und gewohnt sind und auch für ihn wollen, für jeden Straftäter auf der Welt wollen, daß wir eine friedliche Lösung des Kurdenproblems wollen, auch unter Berücksichtigung der Interessen der Kurden, ist völlig klar. Nur sind das Binsenweisheiten, die uns nicht über die Verantwortung für die Menschen in Hamburg hinwegtäuschen dürfen, und das versuchen Sie.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen sich davonstehlen, indem Sie nichts sagen, auch die Grünen nicht. Herr Mahr hat überhaupt nichts zur Verantwortlichkeit der Hamburger Politik gesagt. Damit komme ich auf das zurück, was hier eine große Rolle spielt.

Es ist die Situation der Polizei angesprochen worden; ich habe einige Beispiele genannt. Herr Wrocklage, das ist doch kein Zufall. Wir führen die Debatte über die Personalstärke und die sachliche Ausstattung der Hamburger Polizei nicht erst nach diesen Kurdenkrawallen, sondern schon seit zwei, drei Jahren, Jahr für Jahr bei jeden Haushaltsberatungen. In jeder dritten Bürgerschaftssitzung warnen wir: „Leute, wenn es brennt, kann die Polizei nicht mehr löschen.“ Aber dann sagt Wrocklage, es ist alles in Ord-

nung, es ist alles wunderbar. Und nun hat es gebrannt, es ist zu Problemen gekommen, es hat Ingewahrsamnahmen ohne Festnahmen gegeben und, und, und. Und da stellen Sie sich, Herr Wrocklage, hin und tun so, als wäre das höhere Fügung. Das ist billig, banal und verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU)

Das hat, damit wir uns richtig verstehen, Herr Wrocklage, mit liberal überhaupt nichts zu tun. Ich bezeichne mich selbst als einen Menschen mit einer liberalen Grundanschauung, weil ich sage, daß jeder nach seiner Fassung glücklich werden soll, aber nicht auf Kosten der anderen; das ist die Grenze zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Staat nicht in der Lage ist, seine Organe so auszustatten, daß er diese Grenze wirksam setzen kann, dann ist irgend etwas mit der Politik nicht in Ordnung. Das Problem ist doch, verehrter Herr Wrocklage, daß diese Ausnahme-situation – über Dienstagabend kann man streiten, aber am Mittwochabend war es mit Sicherheit eine, als das Kurt-Schumacher-Haus besetzt war – weiter besteht. Wir müssen hören, daß bei Gewaltdelikten in der Hamburger Straße die Polizei sagt, sie könne nicht einschreiten, da sie kein Personal habe.

(*Heike Sudmann* GAL: Wer hat das gesagt? Wo ist da das Problem?)

Ich habe mir bei einem Besuch des Schanzenviertels, das ich heute das Vergnügen hatte zu besuchen, von Polizeibeamten sagen lassen, wir haben im Moment keine Leute, um gegen Rauschgiftdealer vernünftig vorzugehen, da alle Kräfte, die wir haben, noch eingesetzt sind, um Einrichtungen zu schützen. Das heißt, der Ausnahmezustand wird zum Dauerzustand in dieser Stadt, und das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Darum offenbart sich hier die fatale Bilanz sozialdemokratischer und grüner Innenpolitik, eine Bilanz, die davon ausgeht,

(*Manfred Mahr* GAL: Eine Bilanz des Schreckens!)

daß in ihrer Grundthese an und für sich alles wunderbar in Ordnung ist, daß durch Sparmaßnahmen immer mehr Personal abgebaut werden kann, immer mehr Sachmittel abgebaut werden können. Eigentlich ist die Stadt schön, die Menschen sind gut, es kann nichts passieren. Und plötzlich merken Sie, daß Ihr Weltbild leider ins Wanken geraten ist. Ich warne Sie davor, so weiterzumachen, die Menschen wollen eine Umkehr, wollen mehr Sicherheit und mehr Schutz.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Professor Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mahr, Frau Simon und Herr Wrocklage haben uns vorgeworfen, wir hätten gewissermaßen eine verengte Perspektive und sähen hinter den innenpolitischen Problemen nicht die außenpolitische Dimension des Kurdenproblems. Das ist unzutreffend, und wir haben uns darüber Gedanken gemacht. Wir haben Verständnis – ich persönlich möchte sogar so weit gehen zu sagen –, wir haben Sympathie für die Kurden.

(*Manfred Mahr* GAL: Hört, hört!)

C

D

(Dr. Ulrich Karpen CDU)

- A Die Kurden sind ein Volk, das seit 1200 Jahren zusammenlebt, ein Volk, das getrennt und auf vier Staaten aufgeteilt ist. Wir als Deutsche sollten Verständnis dafür haben, daß dieses Volk in einem Staat zusammenleben möchte. In den Verträgen von Versailles und Sèvres ist ihnen zugesagt worden, Autonomie zu erhalten, und ich glaube, daß ein Teil der Erbitterung und des Fanatismus daraus zu erklären ist, daß die Großmächte den Kurden diese Möglichkeit nicht gegeben haben.

(Beifall bei der GAL)

Die PKK ist die gewalttätige Speerspitze dieser Bewegung und steht an der Spitze einer fünfzehntausendköpfigen Armee. Mit großer Bewegung habe ich das Buch von Selim Cürükaya gelesen: „Die Diktatur des Abdullah Öcalan“. Dort hat ein Mann, der der PKK angehört hat, der Kurde ist, beschrieben, wie er seit 15 Jahren verfolgt wird, erst von den Türken und dann von Öcalan und der PKK.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Herr Professor Karpen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ulrich Karpen (fortfahrend): Ich möchte zu Ende reden.

Er hat die PKK als eine stalinistische Kaderpartei bezeichnet. Er ist in Beugehaft genommen worden, er hat Orwells „1984“ kennengelernt und zitiert. Es gibt ein Recht auf Heimat, aber es gibt kein Völkerrecht auf einen Staat, und man kann diesen Staat auch nicht herbeibomben, wie es die PLO und auch die IRA gezeigt haben. Nordirland und Palästina werden Staaten, aber nicht mit Gewalt, sondern in Frieden.

- B Daraus ergibt sich die Frage – ich will das für meine Fraktion sagen –: Was können wir mit der Türkei machen, um den Kurden zu helfen. Welches ist unsere Aufgabe, und welches kann sie sein?

Herr von Beust hat zu Recht gesagt, daß Öcalan ein fairer Prozeß gemacht werden muß. Die Europäische Menschenrechtskonvention muß angewandt werden, und die Türkei sollte Beobachter zulassen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir grundsätzlich eine positive Haltung zur Türkei haben; sie ist seit 50 Jahren unser NATO-Partner. Die Türkei sichert die Ostflanke,

(Lachen bei der GAL)

und unsere Soldaten, unser Heer, unsere Marine und unsere Luftwaffe üben regelmäßig zusammen mit der Türkei. Wir können doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Frau Simon, das Kriegswaffenkontrollgesetz ist bei der Ausführung und dem Austausch von militärischem Gerät durchaus beachtet worden. Von einer doppelten Moral kann im Sinne der Interessen der Bundesrepublik Deutschland überhaupt keine Rede sein.

Was können wir tun? Wir können uns für die Menschenrechte einsetzen, wir sind Experten des Föderalismus und können Autonomie für die Kurden einfordern, wenn es keine Staatlichkeit ist. Wir können unsere guten Dienste für die menschenrechtsgerechte Lösung des Kurdenproblems in territorialer und personeller Hinsicht einsetzen; das können wir tun. – Danke.

(Beifall bei der CDU – Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Dann machen Sie das doch!)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zum dritten, von der SPD-Fraktion angemeldeten Thema.

Die Flughafen-S-Bahn: Eine Entscheidung für Hamburgs Zukunft

Das Wort hat Frau Duden.

Barbara Duden SPD:* Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Unterschiedlicher können die Themen in dieser Reihenfolge gar nicht sein. Aber klar wird, daß es heute die Rede S-Bahn mit Happy-End ist.

Der erste Spatenstich für die Flughafen-S-Bahn wird im Jahr 2000 sein.

(*Ole von Beust* CDU: Der erste ist es nicht!)

2004 werden die ersten Fluggäste und Arbeitnehmer des Flughafens in 23 Minuten vom Hauptbahnhof zum Airport kommen. Diese dann doch schnellere Lösung wurde ermöglicht durch ein Konzept, an dem viele mitgearbeitet haben. Ich nenne hier den Ersten Bürgermeister, die Handelskammer, die S-Bahn Hamburg und nicht zuletzt die beteiligten Flugverkehrsgesellschaften. Alle zusammen sind zu einer Lösung gekommen, die das Defizit der Betriebskosten in Höhe von immerhin 13 Millionen DM durch vier Einnahmequellen außerhalb des Hamburger Haushalts ausgleichen. Das sind unter anderem das Kombi-Ticket – zukünftig wird mit dem Flugschein eine S-Bahn-Fahrkarte zum Preis von 0,70 DM für jede Richtung erworben, und wir sind der Meinung, daß dieser Preis akzeptabel ist –, und das ist das Großkundenabo für die am und im Flughafen Beschäftigten, damit es für sie in Zukunft attraktiv ist, nicht mit dem eigenen Auto zum Arbeitsplatz zu fahren, sondern die Flughafen-S-Bahn zu benutzen. Damit ist erreicht worden, daß das Defizit nicht aus dem Hamburger Haushalt bezahlt werden muß, eine Lösung, der beide Koalitionsfraktionen zustimmen konnten.

Wir sind uns natürlich bewußt, daß wir der Opposition ein Lieblingsthema genommen haben. Die immer wiederkehrende Frage von Herrn Röder, wann kommt denn nun endlich die Flughafen-S-Bahn, kann nun von uns beantwortet werden. Sie kommt im Jahre 2000, und das ist gewiß nicht der Sankt-Nimmerleins-Tag, von dem Herr Röder hier mit Vorliebe gesprochen hat.

(*Bernd Reinert* CDU: Unterschätzen Sie Herrn Wagner nicht!)

Ich habe mit großer Freude ganze Satzbausteine meiner Rede, die ich dank Ihnen alle acht Wochen hier halten durfte, weggeworfen.

Fazit: Die SPD-Fraktion freut sich, und Sie werden merken, wenn man sich in der Politik freut, ist das immer schwer rüberzubringen. Ich hätte hier natürlich auf- und abhüpfen und mich freuen können; die SPD-Fraktion freut sich natürlich über diese Entwicklung. Es ist ein positives Zeichen für Hamburg, für Hamburgs Flughafen und auch für den Hamburger Nahverkehr. Wir müssen noch ein bißchen Überzeugungsarbeit leisten, damit künftig all die Nadelstreifen- und Kofferträger von ihrem eigenen Auto in die Flughafen-S-Bahn umsteigen. Aber wir denken, das Angebot der S-Bahn mit dieser schnellen Verbindung wird in Zukunft attraktiv sein. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Röder.

(*Peter Zamory* GAL: Das letzte Mal!)

A **Berndt Röder** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Warten Sie bei Ihrer bisher dargelegten Entscheidungsfreude zunächst einmal ab, ob das das letzte Mal zur Flughafen-S-Bahn sein wird.

Ich begrüße ausdrücklich die richtige, wenn auch sehr späte Einsicht der SPD-Fraktion. Ich bewundere dabei im übrigen die vollständige Vereinnahmung unserer bisherigen Argumentation. Frau Duden, ich kann Sie beruhigen, ich bin froh, wenn Ihre Fraktion Themen, die wir als Lieblingsthemen immer deshalb behandeln müssen, weil sie nicht umgesetzt werden, in Angriff nimmt. Ich kann Ihnen eine Fülle weiterer Themen nennen – dazu reichen die fünf Minuten leider nicht aus –, aber ich bin gerne bereit, Ihnen alles noch einmal vorzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen bin ich Ihrer Fraktion ausgesprochen dankbar, daß Sie gerade dieses Thema angemeldet haben, allerdings habe ich auch nach Ihrer Rede nicht begriffen warum. Dennoch ist es ein Lehrbeispiel dafür, wie Politik in dieser Stadt nicht sein sollte. Daß die SPD-Fraktion die so notwendige, seit vielen Jahren überflüssige Verbindung nun nach eigener Darstellung mit unglaublicher Konsequenz verfolgen würde, stimmt ja nicht ganz. Noch vor einem Jahr wurde im Schleswig-Holsteinischen Landtag ohne Widerspruch vom dortigen Koalitionspartner, einem grünen Abgeordneten, vorgetragen, daß Hamburg 30 Jahre geschlafen habe. Hier muß man die SPD-Fraktion inzwischen sogar vor den Grünen in Schutz nehmen. Es ist natürlich nicht richtig: 30 Jahre geschlafen haben Sie nicht. Daß die SPD-Fraktion und auch der Senat sich aber hier viel zu lange im Tiefschlaf befunden haben, ist mit Sicherheit richtig; da brauchen Sie sich nur einmal anzugucken, was in der Vergangenheit tatsächlich gewesen ist. Keine Sorge, ich beschränke mich auf einen überschaubaren Zeitraum.

Das Arbeitsprogramm der Hamburger Sozialdemokraten 1986 sah vor, in den kommenden Jahren konsequent – wir werden das Wort konsequent noch häufiger antreffen, das verwenden Sie offenbar immer dann, wenn Sie nicht zu handeln gedenken – den Ausbau des Flughafens und seine Anbindung voranzutreiben – man achte auf konsequent. Was passiert? 1989 kommt eine Verständigung Hamburg/Schleswig-Holstein, und man ist sich einig über die Notwendigkeit einer direkten Anbindung des Flughafens sowohl regional als auch überregional. Ich will an dieser Stelle einmal anmerken: Zu „überregional“ schweigt bis heute des Sängers Höflichkeit, dazu sagen Sie seit zehn Jahren gar nichts mehr. Aber konzentrieren wir uns auf die regionale Anbindung.

Der nächste Schritt erfolgte 1990 nach Einigung der Kabinette. Die stellten noch einmal fest, daß die S-Bahn kommen solle, und es folgte ein Dringlichkeitsantrags des Senats. In diesem Zusammenhang fragt man sich natürlich – das war 1991, also vor acht Jahren –, was damals eigentlich so dringlich war. Danach beabsichtigte der Senat, den Flughafen durch eine S-Bahn anzubinden, und zwar deshalb, weil diese im Sofortprogramm zur Verbesserung der ÖPNV-Struktur vorgesehen sei. Woher die Bezeichnung „Sofortprogramm“ kommt, weiß auch niemand mehr. Auf jeden Fall stand dort: „Sofern Planung und Feststellung ohne Probleme abgewickelt werden können, ist ein Baubeginn der Strecke in 1993 möglich, eine Fertigstellung erfolgt in 1998.“ Jeder, der Augen hat, um zu sehen, und Ohren, um zu hören, möge sich einmal zum Flughafen begeben. Er wird feststellen, daß nichts davon umgesetzt ist; soweit zum Sofortprogramm.

Zutreffend ist, daß Senator Wagner sofort handelte. Mit allmächtigem Getöse hat er nämlich den von ihm geliebten ersten symbolischen Spatenstich im April 1991 vorgenommen, wie durch ein Wunder eine Woche vor der dann folgenden Bürgerschaftswahl. Also, Frau Duden, wenn Sie Geschichte aufarbeiten, dann bitte komplett, sonst stellt man fest, daß es sehr viele Spatenstiche gibt, aber leider keine Umsetzung. Auf diesen Spatenstich folgte dann überraschend überhaupt nichts mehr; es herrschte absolute Funkstille. Das „Hamburger Abendblatt“ hat damals – wohl zu Recht – die Frage gestellt, ob es sich bei diesem ersten Spatenstich bloß um einen Wahlkampfbluff handelte. Ich denke, jeder ist in der Lage, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Nach der Wahl erfolgte wieder ein neues, ganz konsequentes Regierungsprogramm. Neue Zukunft im Herzen Europas: An weiteren konkreten Maßnahmen für die kommenden Jahre haben wir die Anbindung des Flughafens mit einer Schnellbahn beschlossen. Ist ja phantastisch. Was passierte jetzt? Erst einmal fünf Jahre lang, die ganze Legislaturperiode, absolut nichts. Erst eine Legislatur später, nämlich im April 1996, erfolgte der Planfeststellungsbeschuß.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluß. – Ich möchte nur noch sagen: Spät kommt sie, doch sie kommt, aber besser spät als nie. Etwas muß man anmerken: Ihre Politik ist für diese Stadt zu langsam, sie ist für unsere Bürger die falsche Politik.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(*Dr. Roland Salchow* CDU: Sie mußten erst Ihr Buch zu Ende schreiben, bevor Sie Ihre Zustimmung geben konnten!)

– So in etwa. – Zunächst möchte ich die bei Herrn Röder aus Zeitgründen abgebrochene Zeittafel ein bißchen vervollständigen. Bekanntlich werden Planfeststellungsbeschlüsse weder vom Senat noch von der Bürgerschaft gefaßt, sondern in einem ordentlichen rechtlichen Verfahren. Nach meiner Kenntnis war zwar die von der SPD getroffene Voraussage ein bißchen voreilig, aber keineswegs haben sich die Behörden bei der Erarbeitung der Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren besonders viel Zeit gelassen. Sie haben es so ordentlich durchgeführt, wie es sich gehört.

Nun gibt es diesen Planfeststellungsbeschuß seit 1996. Da ich das alles sehr genau kenne, könnten wir gemeinsam ein Privatissimum machen und uns darüber unterhalten, ob im Verfahren des Planfeststellungsbeschlusses irgendwo mehr als drei Wochen Zeit zu gewinnen waren; ich behaupte nein. Es gibt seit 1996 einen Planfeststellungsbeschuß, der von betroffenen Anliegern der zukünftigen S-Bahn-Trasse beklagt wird. Es ist nach allen Regeln des Rechtsstaates nicht normal, einem solchen Planfeststellungsverfahren vor einem Urteil der ersten Instanz mit dem sogenannten Sofortvollzug Wirksamkeit zu verleihen. Es gibt weder in Hamburg noch sonst in der Umgebung irgendein Beispiel dafür, daß das gelungen wäre, denn der von der Behörde verkündete Sofortvollzug würde automatisch die Gegenklage der Kläger zur Folge haben, und ein Verfahren der zweiten Instanz wäre damit unausweichlich.

(Dr. Martin Schmidt GAL)

- A Deswegen hat ein Baubeginn vor einem erstinstanzlichen Urteil für keines der in Hamburg in den letzten zehn Jahren geplanten und durchgeführten Großvorhaben je stattgefunden und wird es auch in Zukunft nicht.

Deswegen ist Ihre Behauptung, daß sich an dieser Sache die besondere Langsamkeit gezeigt habe, unsinnig und schlicht falsch. Das einzige, was Sie kritisieren können und immer kritisiert haben, ist, ob es einen politischen Beschluß gibt, sofort zu bauen, wenn es rechtlich möglich ist. Den hat es bislang nicht gegeben, und den gibt es jetzt. Natürlich wird kein erster Spatenstich stattfinden, wenn das Gericht es verbietet, Herr Röder, sondern er wird stattfinden, wenn das Gericht es erlaubt;

(Berndt Röder CDU: Doch, 2000 hat Frau Duden gesagt!)

so einfach sind die Regeln. Wir gehen natürlich davon aus, daß das Gericht es vielleicht erlaubt, aber wir wissen es nicht.

Deswegen war die Frage nicht, ob sofort gebaut werden kann, sondern ob die Koalition beschließt, daß gebaut werden kann, wenn es erlaubt ist. Sie hat es jetzt aus guten Gründen beschlossen, und die GAL hat dem zugestimmt. Sie hat mit angeregt, es jetzt zu beschließen. Ich kann Ihnen erklären, warum wir vor anderthalb Jahren diesen Beschluß nicht wollten. Wir wollten ihn nicht, weil die S-Bahn insgesamt ein relativ teures Verkehrsprojekt ist – das wissen Sie auch sehr genau – und es für die Stadt Hamburg sehr viel wichtiger ist, für den öffentlichen Personennahverkehr in ganz Hamburg die Wiedereinführung der Straßenbahn in Gang zu setzen. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Planvorsprung, den die S-Bahn hat, mehrere Jahre beträgt und nicht so schnell einholbar ist.

- B (Berndt Röder CDU: Jetzt?)

– Jetzt hat sich das herausgestellt. – Im übrigen hat sich herausgestellt, daß durch die Verhandlungen, die mit den verschiedenen Institutionen geführt worden sind, zwei ausgezeichnete Dinge stattfinden werden, daß nämlich erstens alle Fluggäste in Zukunft eine HVV-Karte kaufen, auch wenn sie nicht mit dem HVV fahren, also das Kombi-Ticket – das ist gewissermaßen die Erfüllung grüner Forderungen durch die Handelskammer –,

(Bernd Reinert CDU: Donnerwetter!)

und daß zweitens endlich eines der größten Unternehmen, nämlich der Flughafen, das Jobticket haben wird. Auch hier erfüllt der Flughafen grüne Forderungen.

In dieser Situation haben wir unsere Bedenken zurückgestellt und gesagt, es ist besser, die Flughafen-S-Bahn fährt bald, als die Straßenbahn fährt später, also besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Aber Sie können ganz sicher sein, die Taube auf dem Dach, nämlich die Wiedereinführung der Straßenbahn, wird in Hamburg stattfinden.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat der Erste Bürgermeister, Herr Runde.

Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war im Phönixsaal schon ein historischer Augenblick, als Herr Schües, der Präses der Handelskammer, Herr Schmidt, Herr Wagner und ich alle fröhlich vereint etwas verkünden konnten, was alle als etwas sehr Großes ansehen.

(Heike Sudmann GAL: Ja, Männerrunde!)

C

Wir waren in letzter Zeit Zeuge des Endes einer Reihe von unendlichen Geschichten. Ich kann uns alle nur beglückwünschen, daß es uns gelungen ist, gemeinsam mit der Bürgerschaft den Ehrenhof neu zu gestalten und den Bürgern Hamburgs als öffentlichen Platz geben zu können.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Warnholz CDU: Hat auch lange genug gedauert!)

Von historischer Bedeutung ist auch, daß nach vielen Jahren der Vorbereitung und sehr schwieriger Planfeststellungsverfahren die Bagger an der Unterelbe tätig sind, damit künftig Hamburg seinen Nabel zur See so ausgestalten kann, daß große Pötte hierherkommen, und daß die unendliche Geschichte der Anbindung des Flughafens zu einem guten Abschluß gekommen ist. Auch das ist eine gute und schöne Nachricht.

Herr Röder, Sie haben nun in der CDU ein bißchen zu tun. Sie müssen rückwärtsgerwand zwischen der Fischer-Linie und anderen Linien Klarheit schaffen, denn der gute Herr Fischer hat noch im März 1998 – das taucht wie Nessi bei Loch Ness immer kurz vor Wahlen auf – die Verlagerung des Flughafens Fuhlsbüttel nach Kaltenkirchen gefordert; das müsse wiederbelebt werden. Nun hat mir aber Herr von Beust versprochen, daß, wenn wir die Flughafenanbindung mit der S-Bahn hinbekommen, er diesen Punkt in der CDU auf einen modernen programmatischen Stand bringen würde.

(Beifall bei der SPD)

Dafür sind wir Ihnen auch richtig dankbar. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Flughafen sind es natürlich auch, denn 12 000 Arbeitsplätze sind direkt vom Flughafen abhängig, 15 000 indirekt, allein 5400 bei der Luftansa-Werft. Wenn jetzt endlich in der hamburgischen Politik Klarheit besteht, daß das Phantom Kaltenkirchen auch wirklich eines bleibt, wenn das dann noch ein zusätzlicher Beitrag unserer Entscheidung sein könnte, dann ist auch da dauerhaft geholfen.

D

Daß alle so froh waren, die auf dieser Pressekonferenz waren, liegt daran, daß das Problem nicht so ganz einfach zu lösen war. 3,4 Kilometer S-Bahn mit seinerzeit projektierten Kosten von 470 Millionen DM, inzwischen durch die Diskussion auf 370 Millionen DM heruntergekommen, und ein jährliches Defizit von 12 bis 13 Millionen DM sind Rahmenbedingungen, die einen angesichts der Situation in vielen Bereichen in dieser Stadt vom Kindertagesheim bis hin zur Polizei dazu veranlassen können zu sagen, so etwas kann man sich in Zeiten eines nicht ausgeglichenen Betriebshaushalts nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Röder, Sie haben seinerzeit geistige Übungen, Exerzitien, veranstaltet, wie man das Problem lösen könne. Ich erinnere mich noch an Ihren Antrag vom Oktober 1998, wo Sie die Finanzierung folgendermaßen machen wollten: Die Wertsteigerung der Anteile des Flughafens durch die S-Bahn-Anbindung sollte als Finanzierungskonzept verwendet werden.

Und nun vergleiche ich es mit der Lösung, die wir jetzt gemeinsam mit der Handelskammer, gemeinsam mit der Flughafen-Gesellschaft und den Fluglinien gefunden haben; da ist uns doch eine hochintelligente Lösung eingefallen. Daß diese Lösung so aussieht, daß bei einem Kombi-Ticket der Preis so ist, daß die Wettbewerbsfähigkeit des hamburgischen Flughafens gegenüber anderen Flug-

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde)

- A Häfen nicht beeinträchtigt ist, freut mich ganz besonders, denn wenn es mehrere Mark gekostet hätte statt der eben genannten Beträge, hätte ich um die Dauerhaftigkeit gefürchtet.

Hier ist es wirklich gelungen, ein schwieriges Problem zu lösen. Herr Schmidt hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß die Realisierung der S-Bahn-Anbindung bisher keine Verzögerung erlitten hat, denn nach den rechtlichen Verfahren ist erst nach Abschluß der entsprechenden Prozesse und Rechtsverfahren ein Baubeginn möglich. Dieser Baubeginn wird Mitte 2000 stattfinden. Dann ist wieder der Spatenstich angesagt, und ich werde ihn mit viel Vergnügen, Herr Röder, durchführen.

(Bernd Reinert CDU: Sie?)

Dann können wir uns 2004 alle gemeinsam auf die Nutzung der S-Bahn freuen.

(Ole von Beust CDU: Sie machen den Spatenstich, und ich mache die erste Fahrt!)

Daß Sie und viele andere in der Stadt ein tiefes Bedauern empfinden, daß ihnen ein Thema verlorengegangen ist, das so richtig schön war, kann ich nachempfinden. Aber es kommen neue Themen, seien Sie ganz beruhigt. – Schönem Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Nach unseren Regeln für die Aktuelle Stunde hat der Herr Bürgermeister kurz vor Ende der Aktuellen Stunde das Wort ergriffen, so daß ein Sprecher oder eine Sprecherin jeder Fraktion nunmehr noch das Wort ergreifen können.

- B Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn der Bürgermeister gestattet, daß ich mir nach seiner Regierungserklärung zur S-Bahn-Anbindung noch zwei Bemerkungen erlaube.

Wir hatten einmal geplant, daß am Flughafen in der Endausbaustufe des Flughafens 8,7 Millionen Passagiere abgefertigt werden sollten. Wir werden eine Endausbaustufe haben, bei der wir 13 Millionen Passagiere bewältigen müssen. Wir haben heute 9,1 Millionen Passagiere. So gesehen war der Beschluß, jetzt den Flughafen an die S-Bahn anzuschließen, folgerichtig, denn ohne diesen hochleistungsfähigen ÖPNV-Anschluß ist die Bewältigung der Verkehrsströme nicht möglich. Deshalb sage ich dem Senator, dem Bürgermeister und dem Senat Dank für die betroffenen Stadtteile Groß Borstel, Fuhlsbüttel, Winterhude und Langenhorn. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben bis jetzt, von mehreren Rednern so bestritten, eine ziemliche Ablenkungsdebatte erlebt.

(Dr. Holger Christier SPD: Von was?)

Ablenkt werden sollte vom jahrelangen Nichtstun. Wenn hier von Herrn Dr. Schmidt gesagt worden ist, daß die Baubehörde sehr sorgfältig arbeitet, so will ich das an dieser Stelle gar nicht bestreiten. Sie arbeitet aber sorgfältig erst nach der Lektüre des Buches „Die Entdeckung der Langsamkeit“.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

C

Hätten wir das Planfeststellungsverfahren früher gehabt, dann hätten wir auch sehr viel früher rechtliche Klarheit gehabt, und wir wären jetzt deutliche Schritte weiter.

Beim Bürgermeister war ich beeindruckt, mit welchen Großprojekten die Flughafen-S-Bahn thematisch in einem Zusammenhang steht,

(Erster Bürgermeister Ortwin Runde: Erstaunlich, nicht?)

nämlich der Elbvertiefung und der Neugestaltung des Rathaus-Innenhofes. Mir als schlichtem Abgeordneten verschließen sich die wahren Zusammenhänge. Aber, lieber Herr Bürgermeister, vielleicht können Sie noch einmal die Gelegenheit ergreifen und auf das Thema eingehen, wenn man solche Riesenprobleme, wie die Neugestaltung des Rathaus-Innenhofes und die Flughafen-S-Bahn, gelöst bekommt, in einem Zuge,

(Anja Hajduk GAL: Da müssen Sie mal gerade an Ihre Fraktion denken!)

warum man dann nicht dieses miese kleine Problem des Fußgängertunnels am Hauptbahnhof auch einmal schnell in den Griff bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Finanzierungsvorschläge zur Flughafen-S-Bahn – gut, sie mögen nicht überzeugend gewesen sein –,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

aber was haben wir denn jahrelang von Ihnen gehört? Von Ihnen haben wir gehört, bis 2001 passiert gar nichts. Jetzt stellt sich der Bürgermeister hier hin, vereinnahmt mal ganz kurz die Handelskammer und sagt, wir gemeinsam haben die Lösung gefunden. Ich habe das zuerst in der Zeitung als Vorschlag der Handelskammer gelesen. Dann ist der Senat aufgewacht und hat ganz schockiert gemerkt, das stimmt, die Leute haben recht, das funktioniert. Da mußte dann auch tatsächlich gehandelt werden. Und wem haben wir die letzten eineinhalb Jahre Verzögerung in dieser Sache zu verdanken? Dem Koalitionsvertrag, Herr Dr. Schmidt, den Ihre Fraktion mit der SPD abgeschlossen hat. Jetzt, nach eineinhalb Jahren Verzögerung, kommen Sie endlich zu der Erkenntnis, das Entweder-Oder Stadtbahn/S-Bahn zum Flughafen müsse aufgelöst werden. Jetzt kommt man zu der Erkenntnis, daß man ein Jobticket und ein Kombi-Ticket einsetzen kann.

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Tja, nicht schlecht!)

Ja, kann Sie das wirklich wundern, daß die Lufthansa bisher für ihre Mitarbeiter am Flughafen kein Jobticket angeboten hat, wenn keine vernünftige Anbindung vorhanden ist? Das ist wirklich eine Intelligenzleistung besonderer Güte, daß Sie nun gemerkt haben, wenn die Flughafen-S-Bahn kommt, dann können wir auch mehr Fahrkarten verkaufen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Reinert, erstens zu Ihrer Kenntnis: Der Bürgermeister hat auf der Pressekonferenz über die Flughafen-S-Bahn ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Initiative zu der Frage des Kombi-Tickets vom Senat aus ging.

D

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A *(Berndt Röder CDU: Das muß ja nicht richtig sein!)*
Dem hat der anwesende Präses der Handelskammer nicht widersprochen.

(Barbara Ahrons CDU: Der ist ja ein vornehmer Mann!)

Zweitens: Vielleicht liegt es an der Veränderung der rechtlichen Regelungen, daß Ihnen entgangen ist, warum die Planfeststellungsverfahren in den neunziger Jahren ein Jahr länger dauern als früher. Es muß nämlich nach europäischem Recht eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden, und die dauert in der Prüfung ziemlich genau ein Jahr, weil dabei alle vier Jahreszeiten in Betracht gezogen werden müssen. Das hat auch die Flughafen-S-Bahn erlitten. Das wird auch bei der Straßenbahn so sein. Deswegen ist es nicht verwunderlich, daß das Planfeststellungsverfahren erst 1996 abgeschlossen wurde und nicht schon früher. Das ist nur einer der Gründe, aber das können Sie alles nachlesen, wenn Sie Planfeststellungsrecht im einzelnen studieren.

Nun noch einmal die deutliche Betonung. Sie mögen mit Recht kritisieren, daß diese Koalition vor eineinhalb Jahren beschlossen hat, vorläufig nichts zu entscheiden. Sie hat diese Entscheidungsblockade jetzt beendet. Was Sie uns aber ganz bestimmt nicht vorwerfen können, ist, daß der Bau irgendeiner Flughafen-S-Bahn auch nur einen Tag verzögert worden wäre, wenn wir im Jahre 1997 beschlossen hätten, sie sofort bauen zu lassen. Auch dann stünden wir da und würden darauf warten, daß das Urteil des Verwaltungsgerichtes zu den Klagen gegen den Bau der Flughafen-S-Bahn endlich stattfindet. Deswegen ist Ihre Argumentation in einem politischen Raum zulässig, sie ist nur in der Sache falsch.

B *(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Ole von Beust CDU: Das ist eine hübsche Trennung!)*

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Sie wären auch nicht mehr zulässig. Wir haben damit das Ende der Aktuellen Stunde erreicht.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 35 auf: Antrag der CDU über Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen – Drucksache 16/2056 –]**

Von der SPD-Fraktion wird eine Überweisung dieser Vorlage zur federführenden Beratung an den Jugend- und Sportausschuß und mitberatend an den Gleichstellungsausschuß sowie an den Rechtsausschuß beantragt.

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Pawlowski.

Bettina Pawlowski CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Körperliche Gewalt, Vernachlässigung, emotionale Mißhandlungen und sexueller Mißbrauch von Minderjährigen sind in unserer Gesellschaft Probleme ersten Ranges. Gewalt in der Familie ist die bei weitem verbreitetste Form von Gewalt überhaupt. Gewalterlebnisse, die Minderjährige innerhalb des Familienlebens erleiden mußten, bestimmen dabei wesentlich die späteren Möglichkeiten der Betroffenen, als Erwachsene mit Konflikten umgehen zu können. Gewaltsame Interaktionen im Elternhaus stehen in enger Beziehung zu psychosozialen Störungen,

zum Auftreten von sozial abweichendem Verhalten und Kriminalität im Kindes-, Jugend- und Erwachsenenalter. C

Mißhandlungsergebnisse wirken sich negativ auf die somatische und psychische Entwicklung und Wertvorstellung bei Kindern und damit letztlich entsozialisierend aus. Gewalt in der Familie wird somit als der Schlüssel zur Gewalt in der Gesellschaft angesehen. Sie ist nicht nur wegen ihrer erheblich individuellen Bedeutung für die Betroffenen, sondern auch wegen ihrer gewichtigen sozialen Folgen als bedeutsames gesundheits-, sozial- und rechtspolitisches Problem anzusehen. Dabei ist jede Form von Gewalt in der Familie Produkt und Bestandteil von Interaktionsprozessen innerhalb der Familie, ihren Lebensbedingungen und Verflechtungen mit dem sozialen Umfeld ebenso wie von Normen und Einstellung der Gesellschaft.

Aus einschlägigen Untersuchungen geht hervor, daß 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen, die sexuell mißbraucht wurden, in der Familie oder durch nahestehende Personen mißbraucht wurden. Wenn wir davon ausgehen, daß sich 1997 über 3000 Kinder und Jugendliche an Beratungsstellen gewandt haben und nochmalig 700 an die einzelnen Jugendämter, dann wird hier im Vergleich zur polizeilichen Kriminalstatistik deutlich, daß von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Nach Auskunft des Senats waren 1995 von 148 verurteilten Sexualstraftätern gerade mal 17 Prozent im sozialtherapeutischen Vollzug. Dann ist das für uns als CDU mehr als unzureichend. Zur Zeit stehen in solchen Fällen nur 81 Plätze in sozialtherapeutischen Haftanstalten zur Verfügung. Das heißt, es kommen fast zwei Straftäter auf einen Platz. Spezielle Therapieplätze für entlassene Sexualstraftäter gibt es in Hamburg erst gar nicht. D

Die CDU fordert eine intensive Betreuung von Sexualstraftätern, und zwar zum Schutz der Kinder und Jugendlichen. Besonders bedenklich erscheint in diesem Zusammenhang, daß nach Antwort des Senats kein Straftäter in den Jahren 1995 und 1996 wegen einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung zur Sicherungsverwahrung verurteilt wurde. Weiterhin steht die strikte Trennung zwischen Straf- und Maßregelvollzug den Erfordernissen der wissenschaftlichen Behandlung entgegen. Wir sind davon überzeugt, daß von schuldfähigen Sexualstraftätern nach Verbüßung ihrer Haft erneut eine Gefahr für die Öffentlichkeit ausgehen kann. Weiterhin fordert die CDU die Fortbildung von forensischen Gutachtern, da es heute noch ausreicht, wenn man eine Ausbildung zum Facharzt der Psychiatrie absolviert hat, um als Gutachter vor Gericht tätig zu werden. Das reicht uns nicht aus.

Des weiteren fordern wir, daß in den behördlichen Ämtern die Personalisierung der Koordination und ein einheitliches und verbindliches Verfahren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei sexuellem Mißbrauch stattfindet. Es ist uns unbegreiflich, weshalb hier der Senat die Auffassung vertritt, die Aufgabe wäre quasi nebenher zu erledigen.

Ein letzter Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist der Datenabgleich zwischen der Polizei und den staatlichen Einrichtungen. So können zum Beispiel in Hamburg gesuchte Straftäter Sozialhilfe beantragen oder erhalten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß das Sozialamt einen Datenabgleich mit der Polizei vornimmt. Für andere Einrichtungen, wie zum Beispiel Krankenkassen und Arbeitsämter, ist ein Datenabgleich mit der Strafverfol-

(Bettina Pawlowski CDU)

- A gungsbehörde zur Zeit noch nicht einmal geplant. Ich hoffe, Sie unterstützen diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Sodann bekommt das Wort die Abgeordnete Rogalski-Beeck.

Karin Rogalski-Beeck SPD: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen ist ein sehr ernstes Thema. Es ist ein sehr schweres Verbrechen. Ich wiederhole noch einmal, was ich vor diesem Hause schon des öfteren gesagt habe: Mich ergreift einfach die Wut, wenn ich daran denke, wie Menschen Kinder sexuell mißbrauchen können, vor allen Dingen dann, wenn es noch die eigenen Eltern sind. Ich begreife nicht, daß Menschen zu so etwas fähig sind. Ich begrüße es sehr, daß sich durch die öffentliche Diskussion die Anzeigebereitschaft in den letzten Jahren verbessert hat. Ich vermag mir nicht vorzustellen, unter welchem Druck Kinder und Jugendliche stehen, die so etwas mitmachen. Deswegen möchte ich die Betroffenen ausdrücklich ermuntern, die Hilfsangebote, die die Stadt bereithält, auch anzunehmen.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion. Alle Personen, mit denen ich zur Vorbereitung dieser Rede über diesen Antrag gesprochen habe, stellten die gleichen Fragen: Was meint die CDU eigentlich? Weiß die CDU eigentlich, worüber sie redet beziehungsweise was sie da schreibt?

- B In Ziffer 1 des Antrages fordert die CDU eine Hamburger Bundesratsinitiative mit dem Ziel, daß auch im Strafvollzug eine psychiatrische Behandlung von Sexualstraftätern ermöglicht wird. Dabei hätte die CDU ohne großen Aufwand herausfinden können, daß jetzt schon eine psychiatrische Behandlung von Sexualstraftätern möglich ist. Die einschlägigen Gesetze sind erst Anfang letzten Jahres, also unter der CDU-geführten Bundesregierung, geändert worden.

Sexualstraftäter, die zu mehr als zwei Jahren Haft verurteilt worden sind, werden in eine sozialtherapeutische Anstalt eingewiesen. Sie kommen nur dann in den normalen Strafvollzug zurück, wenn sich in sechsmonatiger Behandlung eindeutig gezeigt hat, daß sie therapieresistent beziehungsweise therapieunwillig sind. Diese Regelung erscheint mir sinnvoll, denn worin soll der Sinn einer Zwangstherapie an einem therapieunwilligen Patienten liegen?

In Ziffer 2 Ihres Antrages fordert die CDU einheitliche Verfahrensregelungen für die Bearbeitung von Fällen, bei denen ein Verdacht auf sexuellen Mißbrauch besteht. Über die Koordination der Arbeit der mit sexuellem Mißbrauch von Kindern befaßten Fachkräfte und Dienststellen hat der Senat der Bürgerschaft mehrfach umfassend berichtet, nämlich sowohl in der Antwort auf die Große Anfrage der SPD zur Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Mißbrauch vom Mai 1997 als auch in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU vom Dezember letzten Jahres. Ich möchte hier nicht alles wiederholen, was der Senat dazu schon berichtet hat, möchte aber doch darauf hinweisen, daß wir es sehr begrüßen, daß es zu diesem Thema regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen gibt, daß die bezirkliche Kooperation innerhalb der Jugendhilfe sowie mit allen anderen Arbeitsfeldern durch regionale Arbeitsgruppen oder Arbeitskreise sichergestellt ist und daß die überbezirkliche Kooperation durch die interbehördliche Koordinierungsgruppe „Sexueller Mißbrauch von Kindern“

mit Vertretern der Justiz, der Jugendhilfe und der Polizei erfolgt. C

Wir begrüßen ebenfalls, daß es zur Zeit in der BSJB ganz konkrete Vorhaben gibt, die Koordinierung und Qualität der Bearbeitung von Fällen, bei denen der Verdacht auf sexuellen Mißbrauch besteht, noch weiter zu verbessern.

In der Ziffer 3 ihres Antrages fordert die CDU die behördenübergreifende Weitergabe relevanter Daten von gesuchten Straftätern an die Polizei. Der Senat hat der CDU dazu in der schon erwähnten Antwort auf die Große Anfrage zum Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen vom Dezember letzten Jahres unter der Ziffer 3 geantwortet:

„Gegenwärtig werden ‚Hinweise zur Datenübermittlung der Sozialämter an Strafverfolgungsbehörden nach Paragraph 68 SGB X‘ erarbeitet.“

Die CDU fordert hier also etwas vom Senat, obwohl sie genau weiß, daß der Senat schon daran arbeitet.

Insgesamt hat der CDU-Antrag kaum Substanz. Er enthält keine richtungweisenden Forderungen und dient nicht der sachlichen Auseinandersetzung mit diesem hochsensiblen Thema.

Mein Fazit: In der Sache wäre der Antrag abzulehnen beziehungsweise als erledigt zu betrachten. Um die Debatte zu diesem hochsensiblen Thema aber auf eine sachliche Ebene zu bringen und weil auch wir noch Nachfragen an den Senat haben, zum Beispiel über Einzelheiten der Arbeit der regionalen Arbeitsgruppen und der interbehördlichen Koordinierungsgruppe zum Thema „Sexueller Mißbrauch von Kindern“ und zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Hinweise zur Datenübermittlung, beantragen wir die Überweisung des Antrages federführend an den Jugend- und Sportausschuß und gleichzeitig an den Rechtsausschuß sowie an den Gleichstellungsausschuß. Dazu sollten auch sachkundige Personen aus sozialtherapeutischen Anstalten beziehungsweise aus dem Strafvollzug geladen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Heide Simon GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält sodann die Abgeordnete Steffen.

Sabine Steffen GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Pawlowski, der Anfang und die Einleitung Ihrer Rede zur Antragsbegründung waren durchaus vielversprechend. Leider ist die Konsequenz daraus aus unserer Sicht die falsche, weil sie wieder in dem Tenor ist, den wir auch in der vorherigen Debatte hatten. Das einzige, was der CDU offensichtlich einfällt und leider auch bei diesem, wie Frau Rogalski-Beeck schon sagte, hochsensiblen Thema, ist die Schiene Law and order. Es wäre in diesem Zusammenhang viel besser gewesen, nicht nur im Antrag zu fordern, was in Punkt 1 und 3 ohnehin schon angegangen und erledigt ist, sondern darauf abzielen, wie die Opfer, die Kinder und Jugendlichen, gestärkt werden können. Das, was Sie eingangs in Ihrer Antragsbegründung gesagt haben, ist soweit richtig. Aber es ist eben nicht effektiver, herauszufinden, wie diese Täter bestraft werden können und daß man damit den sexuellen Mißbrauch verhindert. Im Gegenteil. Das Selbstbewußtsein von Kindern und Jugendlichen zu stärken, Familienstrukturen zu stärken, das wäre etwas, was Einfluß auf sexuellen Mißbrauch nehmen könnte, weil ja genau diejenigen die Täter sind – das zeigt durchaus auch die Erfahrung –, die selber Opfer von

(Sabine Steffen GAL)

- A sexuellem Mißbrauch gewesen sind. Auch das hatten Sie ansatzweise durchaus gesagt. Insofern ist die alleinige Forderung danach, wie mit Straftätern umgegangen wird, viel zu kurz gegriffen. Nur aus diesem Grunde, weil dieses Thema einer ganz anderen Diskussion und Betrachtungsweise bedarf, stimmen wir der Überweisung in die Ausschüsse zu.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich über den Überweisungsantrag abstimmen.

Wer die Vorlage zur federführenden Beratung an den Jugend- und Sportausschuß und mitberatend an den Gleichstellungsausschuß sowie an den Rechtsausschuß überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dem einstimmig entsprochen.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 7 auf: Große Anfrage der SPD über eine Energiebilanz für den Bereich Heizenergie und Strom.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Energiebilanz für den Bereich Heizenergie und Strom
– Drucksache 16/2022 –]**

Wer wünscht das Wort? – Die Abgeordnete Dr. Schaal, und sie hat es.

Dr. Monika Schaal SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg verfügt über ein umfassendes, lokal durchaus wirksames energiepolitisches Instrumentarium, das Energiesparen, rationelle Energieerzeugung und -anwendung sowie den Einsatz regenerativer Energien anregt und fördert. Das zeigt die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema Energiebilanz für Heizung und Strom.

B

Die Energiepolitik des Senats ist am Klimaschutz orientiert und zielt auf die Energiewende. Schon weit vor dem Klimagipfel in Rio hat der Senat diese Politik begonnen und bis heute kontinuierlich fortgesetzt. Hamburg allein kann das Problem der weltweiten Klimaveränderung sicher nicht lösen. Aber nach dem Motto: Global denken, lokal handeln, kann auch Hamburg in der Energiepolitik etwas bewegen und bewirken. Es wäre töricht, dieses kleinzureden.

Auch wenn die einzelnen in Hamburg durchgeführten Maßnahmen keinen nennenswerten Einfluß auf die Gesamtbilanz der CO₂-Emissionen hätten – wie die Antwort des Senats suggeriert –, ist es wichtig, die Energiewende in den Köpfen von Managern, Machern, Verbrauchern und vor allem von Jugendlichen als möglich und machbar erscheinen zu lassen. Alle müssen dabei mitziehen. Der Endenergieverbrauch in Hamburg ist zwischen 1987 und 1996 zwar leicht gestiegen, hat aber dank energiepolitischer Steuerungsmaßnahmen in bezug auf die ebenfalls gewachsene Gesamtbevölkerung und vor allem auf die erhöhte Bruttowertschöpfung abgenommen. Gespart wurde in der Industrie, in der öffentlichen Verwaltung und in den privaten Haushalten. Hier wurde dank des gewachsenen Umweltbewußtseins und des damit verbundenen Einsatzes stromsparender Haushaltsgeräte ein echter Rückgang im Stromverbrauch erreicht.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik in unseren Büros und bei der Unterhaltungselektronik in unseren Wohnzimmern liegen noch immer gewaltige Ein-

sparpotentiale. Experten wissen, Stand-by-Betrieb bei Kollege Computer und Co. oder beim „Puschenkino“ verschlingt die Energie aus vier Großkraftwerken. Stand-by kostet Geld, dem keine Leistung für den Verbraucher gegenübersteht. Das muß geändert werden.

C

In privaten Haushalten wurden teure und wenig umweltfreundliche Nachtspeicherheizungen abgebaut zugunsten hochwirksamer moderner Gasheizungen und dem von uns gewollten Ausbau der Fernheizung. Trotz positiver Entwicklung im Bereich Heizenergie in privaten Haushalten liegen aber hier noch große Einsparpotentiale brach. 75 Prozent des Energieverbrauchs werden zum Teil im wahrsten Sinne des Wortes verheizt.

Schon beim Neubau kann durch Niedrigenergiestandards mehr als 30 Prozent der Heizenergie gespart werden. Im Bestand können es sogar 50 Prozent sein. Darum ist es konsequent, daß sich die Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“ wie ein roter Faden durch die Antwort des Senats zieht. Mit einem Mitteleinsatz von nur 5 Millionen DM werden mit diesem Programm Investitionen in fünf-facher Höhe ausgelöst.

Aber nicht nur der Senat investiert. Die Hamburger Wohnungswirtschaft hat im letzten Jahr ihr Sanierungsprogramm auf 400 Millionen DM aufgestockt. Das ist eine enorme Leistung. Das alles zusammen schafft Arbeit, schont die Umwelt und das Portemonnaie der Mieter. Sie sparen im Schnitt 300 DM an Heizkosten.

Die Antwort des Senats ist auch eine Reverenz an das große Engagement der Hamburgerinnen und Hamburger für ihr energiebewußtes Verhalten. Extralob verdienen dabei die Hamburger Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei *Wolf-Dieter Scheurell* SPD und *Dr. Hans-Peter de Lorent* GAL)

D

Fast 80 Prozent aller Schulen nehmen am „Fifty-fifty“-Projekt teil. Sie haben dabei in einem Jahr fast 3,8 Millionen Kilowattstunden Strom, 23 Megawattstunden Heizenergie und über 31 000 Kubikmeter Wasser gespart und dabei 2,27 Millionen DM erwirtschaftet. Die Hälfte des Geldes fließt an die Schulen zurück. Das wird da nicht verbubelt, sondern wiederum in Energiesparmaßnahmen und regenerative Energien investiert. Unterstützt wurden die Schulen dabei auch vom Klimaschutzfonds, einem privaten Verein, der aus Spendengeldern circa 400 000 DM für Solar-dächer und solarthermische Anlagen in Schulen und Sportvereinen aufgebracht hat.

Mit „fifty-fifty“ wird nicht nur gespart, sondern Umweltbewußtsein gebildet, das späteres Verhalten prägt. Darauf kommt es an, meine Damen und Herren. „Fifty-fifty“ soll jetzt in einem Modellvorhaben auf die Verwaltung übertragen werden. Mal sehen, ob die Erwachsenen auch so bewußt mit Energie umgehen können wie die jungen Leute. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile dem Abgeordneten Engels das Wort.

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor Ihnen liegt eine Große Anfrage mit insgesamt 34 Hauptfragen und 87 Nebenfragen, Unterfragen. Gleichzeitig haben wir ein Antwortenpaket von 37 Seiten. Das alles ist sehr dankenswert, daß wichtige energiepolitische Fragestellungen einmal zusammengefaßt worden sind. Aber in seiner Antwort hat der Senat auf zahlreiche Druck-

(Hartmut Engels CDU)

- A sachen der Vergangenheit bis in die vorletzte Legislaturperiode hingewiesen. Mit anderen Worten, Frau Schaal, die Frage, ob Ihre Anfrage wirklich von so großer Bedeutung ist oder ob sie nur vor dem Hintergrund der Beruhigung der eigenen Ausstiegsklientel stattfindet, die stellt sich mir eindeutig.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Na, na, na!)

Allerdings sind einige Daten auch dazu geeignet, ein bißchen mehr Realitätsbewußtsein in die Hirne der Koalitionspartner hineinzubringen. Aber was die Realität angeht, wäre es natürlich günstig, Herr Senator, wenn die Daten, die wir hier haben, insbesondere die Grunddaten, nicht nur bis zum Jahr 1996 zurückgingen und diese zum Teil auch nur stückhaft und ansatzweise. Gerade, wenn energiepolitische Entscheidungen – und wir haben darüber in den letzten Bürgerschaftssitzungen debattiert – von größtem Ausmaß und größter Bedeutung für die Finanzierbarkeit der Hansestadt und die Erhaltung des Standortes gefällt werden, ist es natürlich absolut notwendig, präzise Daten zu haben. Teilweise haben auch die großen Unternehmungen Daten, die weit über 1996 hinausreichen.

In einem Punkt muß ich Ihnen, Frau Schaal, allerdings widersprechen. Sie haben davon gesprochen, daß der Energieverbrauch zurückgegangen ist. Wenn Sie sich die Zahlen einmal ganz genau angucken und bei den wesentlichen Energieträgern nachschauen, nämlich bei Strom – inklusive Nachtstrom –, bei Fernwärme, bei Gas und Öl, so hat es in den letzten zehn Jahren eine Steigerung von über 12 Prozent gegeben, und die Bevölkerung ist lediglich um etwas mehr als 7 Prozent gewachsen. Das heißt, Ihre Aussage, daß es einen relativ günstigeren Energieverbrauch gegeben hat mit höherer Energieeffizienz, gilt nur – das haben Sie richtig gesagt – für die Industrie im Zusammenhang mit der Bruttowertschöpfung. Und da liegt das gewaltige Einsparpotential, nicht beim Abknapsen in der Industrie. Die verhält sich bereits rational, allein aus Kostengründen, nicht aus Sonntagsreden und Gut-Menschen-Art. Das will ich gar nicht bestritten haben. Aber das große Problem ist eben im massenhaften Energieverbrauch zu sehen. Das gilt insbesondere natürlich für den Heizbedarf. Andere Fragen haben Sie ja angesprochen.

- B Ich komme gleich auf den politischen Sinn zurück. Was die Anfrage betrifft, möchte ich aber eine Frage besonders herausheben. In Frage 3 behaupten Sie:

„1996 hat die konservative Bundesregierung auf die Erhebung des Kohlepfennigs verzichtet.“

Hier muß ich dem Senat einmal gratulieren, daß er das zurechtrückt. In der Ausgleichsabgabe nach dem 3. Verstromungsgesetz, so heißt es in der Antwort darauf:

„Der sogenannte Kohlepfennig durfte als Finanzierungsinstrument zur Verstromung deutscher Steinkohle nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. Oktober 1994 nicht mehr erhoben werden.“

Dieses also der damaligen Bundesregierung anzulasten, ist erstens schlichter Unsinn. Zweitens sage ich dazu ...

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Das ist ein Märchen!)

– Das ist kein Märchen, sondern ein Faktum, Herr Scheurell.

Sie wissen ganz genau, daß die Bundesregierung damals für den Steinkohlebergbau entsprechend andere Finanzierungsmöglichkeiten entwickelt hat.

Aber wenn der Anfrageführer, Herr Zuckerer, den Begriff konservativ ausspricht, hat man immer das Gefühl, er müsse hinterher gurgeln,

(Dr. Holger Christier SPD: Zu Recht!)

so ekelhaft ist ihm dieser Begriff.

Ausgerechnet die alte Bundesregierung in bezug auf Kohle zu kritisieren, ist wirklich rückständig. Kohle gilt als fossiler Brennstoff, entstanden zur Zeit der Dinosaurier. Wer in dieser Weise die Kohle sozusagen hochhält, ist in der Tat nicht konservativ, sondern rückschrittlich, er ist energiepolitisch reaktionär.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen in Ihrer Einleitung zur Großen Anfrage den politischen Sinn klar. Sie wollen weiterhin kräftig Ihren verbalen Ausstieg pflegen. Dabei gehen Sie über alle Dörfer der hamburgischen Energiepolitik, die zum Teil sehr liebenswürdige Züge zeigt, wie zum Beispiel das „Fifty-fifty“-Programm – das will ich gar nicht bestreiten –, aber es dient der Untermauerung Ihres rein verbalen Ausstiegs. Nach Ihren Parteitagebschlüssen müßten Sie schon längst ausgestiegen sein, und zwar schon seit einigen Jahren. Sie wollen weiterhin nur verbal aussteigen und Ihre Stammtischler, die ununterbrochen Kernenergiemulmigkeit produzieren, sozusagen bei Laune halten.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Die treffen Sie nicht am Stammtisch!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie betreiben in der Tat keine zukunftsorientierte Energiepolitik.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Wenn Sie den Ausstieg unumkehrbar machen wollen, dann haben Sie vergessen, daß wichtige technische Entwicklungen im Gang sind; ich meine nicht die Kernfusion. Es gibt zum Beispiel das Modell des Nobelpreisträgers und Physikers Carlo Rubbia, der aus Thorium 232 über Photonenbestrahlung Uran 233 machen kann und will und daraus einen inhärent sicheren Reaktor konstruieren kann. Denn wenn der Photonenstrom aus irgendwelchen Gründen zusammenbricht, dann stellt sich der Reaktor von alleine ab. Die Abfälle, die dabei entstehen, haben bereits nach 500 Jahren eine geringere Reststrahlung als alle Kohlehaldden.

Ich will gar nicht sagen, daß dieses Konzept schon fertig ausgereift ist. Aber auf Bonner Ebene – und auch hier in Hamburg – als Option zu verabedern, ein für allemal nichts zu machen, ist nicht nur undemokratisch – wie wir in anderen Debatten schon geäußert haben –, ein Vorwegnehmen der zukünftigen Beschlüsse, sondern auch wenig innovativ und kreativ, es ist konservativ und reaktionär, in dem Sinne, wie es Herr Zuckerer meint.

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Denken Sie an Ihr Herz, Herr Engels! – Heiterkeit bei der SPD)

– Ich möchte Sie, Herr Scheurell, hin und wieder einmal aufwecken, dazu diene das. Mein Herz trägt dazu gern bei.

Wenn wir schon bei diesem Thema sind und die Zahlen genau untersucht haben – Frau Schaal hat das auch gesagt –, dann bitte ich insbesondere darum – das ist das Dankbare an der Beantwortung –, einmal hinzuschauen, wie es um die Möglichkeiten der regenerativen Energien, die rationelle Energieverwendung, wie Erzeugung und Verbrauch, in Hamburg tatsächlich bestellt ist.

Wir haben in einer der Antworten dankenswerterweise einmal dargestellt bekommen, in welchem Umfang heute

C

D

(Hartmut Engels CDU)

A regenerative Energien in Hamburg verwirklicht werden. Wind: 0,22 Prozent an der gesamten Energieerzeugung. Photovoltaik: 0,008 Prozent. Wasser: 0,001 Prozent. Biomasse: 0,32 Prozent, Solarthermie: 0,03 Prozent. Das sind insgesamt 0,579 Prozent.

(*Rolf Kruse CDU*: Kann man das so genau messen?)

Abgesehen davon, ob man die letzten Kommastellen so akzeptieren muß, liegen wir etwas über einem halben Prozent. Wir stehen vor einem sehr langen Weg, diese regenerativen Energien – allerdings innerhalb Hamburgs – wenigstens in den Prozentbereich zu bringen. Die Möglichkeiten hinsichtlich der Biomasse und Windkraft sind auf Hamburger Gebiet schon ausgeschöpft; jedenfalls ist da nicht mehr viel zu machen.

Alle diese Programme, insbesondere die Förderung der Photovoltaik, werden aber einen ungeheuren Kapitaleinsatz erfordern. Wer zu diesem Zeitpunkt Kernkraftwerke vor der Abschreibungsfrist abschalten will – so wie Sie es in Ihrer Anfrage suggerieren –, vernichtet in einem Milliardenmaß Kapital, das der Volkswirtschaft just für die Förderung solcher regenerativen Energien fehlt. Dieses ist schlicht ein wirtschaftspolitischer Wahnsinn.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bereits auf den Wärmebedarf, insbesondere im Wohnungsbau, hingewiesen. Der Senat macht an mehreren Stellen deutlich, daß es sich hier um ein sehr langfristiges Programm handelt. Dazu noch einmal: Das Ganze hängt natürlich wiederum mit gewaltigen Investitionen zusammen, die von der Gesamtvolkswirtschaft und damit von jedem Mieter, Vermieter und Hauslehaber aufgebracht werden müssen. Das ist nicht so einfach.

B In der letzten Debatte habe ich auf den Geschäftsbericht 1997 hingewiesen – in den Zahlen bis 1996 bin ich Ihnen sozusagen noch ein Jahr voraus. Darin ist allein von den Hamburgischen Electricitäts-Werken über 1 Milliarde DM in die öffentlichen Kassen hineingewirtschaftet worden. Wer dieses Unternehmen und den Wirtschaftsstandort Hamburg vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Strommärkte, der immer härter werdenden Konkurrenz in entscheidenden Punkten, derartig schädigen will, sorgt dafür, daß uns die notwendigen Finanzierungsmittel für die Förderung innovativer Energien fehlen werden; darin sind wir mit Ihnen einer Meinung.

Schließlich noch das „Fifty-fifty“-Programm, dazu habe ich schon mein Lob verteilt; das haben Sie nun wirklich schon oft abgefragt. Wenn Sie aber fragen, welchen Stellenwert der Senat dem „Fifty-fifty“-Programm pädagogisch und umweltpolitisch in den Schulen beimißt, dann können Sie natürlich nichts anderes erwarten, als daß er sagt: „Der Senat sieht darin einen hohen pädagogischen Stellenwert.“

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Sie etwa nicht?)

Ich weiß nicht, was in diesem Zusammenhang die dauernde Wiederholung der Sonntagsfrage soll. Ich leugne überhaupt nicht, daß es ein sehr gutes und vernünftiges Programm ist. Aber im Gesamtzusammenhang der hamburgischen Energiepolitik ist dies wirklich ein Begleitthema. Es ist zwar ein Bewußtseinsthema, aber es immer zu wiederholen zeugt nicht gerade von Innovationsfähigkeit in Ihrer Fragestellung.

Abschließend ist – wenn Sie die 37 Seiten sorgfältig studieren – auf beiden Seiten des Hauses anzumahnen – das

ist dann wieder das Dankbare an der Anfrage und ihren Antworten –, daß die Koalitionsfraktionen in Zukunft versuchen sollten, eine stärker an den Realitäten orientierte Energiepolitik zu betreiben. C

Wir hatten am 16. Februar 1999 das Gespräch, das dann schließlich zur Nichtkündigung des Gesellschaftervertrages führte, zwischen Herrn Runde, Aufsichtsratsvorsitzender, und Herrn Timm, Vorstandsvorsitzender – Herr Porschke durfte auch mitmachen –, das zu einigen Irritationen in Ihren Reihen geführt hat. Die GAL hat am Wochenende dann noch einmal schnell das Kraftwerk gewechselt; von Brunsbüttel sind Sie dann übergegangen zu Stade. Ich weiß nicht, ob man in den Reihen der Koalition nicht allmählich mal zu einer konzeptionelleren Politik – im übrigen auch bei der SPD – insbesondere auf Ihrer Seite kommen müßte.

(*Antje Möller GAL*: Sie bringen immer alles durcheinander!)

Sie müssen einfach langsam den Sprung weg von Ihrem Stammtisch schaffen,

(*Antje Möller GAL*: Sie sind das immer mit den Stammtischen!)

hin zu einer Aufklärung der tatsächlichen energiepolitischen Möglichkeiten. Das wird Ihnen sehr schwerfallen, denn aus der Opposition heraus ließ es sich trefflich gestalten und demonstrieren.

(*Dr. Martin Schmidt GAL*: Das sagen Sie jetzt!)

An dieser Stelle nenne ich noch einen weiteren Punkt. Wir hatten 3000 Demonstranten wieder einmal in Gorleben gegen eine Pilotkonditionierungsanlage. Wissen Sie, wozu Sie die brauchen werden? Wenn Sie Kernkraftwerke abreißen, müssen Sie sehen, wie Sie diese sicher entsorgen. Und genau dazu dient diese Anlage. Bringen Sie doch Ihren Stammtischlern, die dort dauernd hingehen, einmal bei, daß es absolut notwendig ist, gerade im Sinne Ihrer eigenen Vorstellung, solche Anlagen zu bauen. Versuchen Sie es doch wenigstens einmal, und unterlassen Sie bitte Ihre dauernden Scheinaufforderungen, Demonstrationen, Aufforderungen und Angstmachereien, ja, Ihre „Schmidthäkelei“ bei diesen Debatten. – Danke schön. D

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Engels, ist es eigentlich ein Reflex bei Ihnen? Sie lassen keine Gelegenheit aus, Ihr Loblied auf die von Ihnen angebotenen Atomkraftwerke loszuwerden. Dabei ist das heute ausnahmsweise nicht das Thema. Ich gestehe, daß ich mich ausgesprochen gern mit Ihnen darüber streite, aber heute haben wir ein anderes Thema. Ich nehme es gern auf, wenn Sie es einmal wieder anmelden, aber heute reden wir über etwas anderes.

Vorweg möchte ich noch zu Ihrer Beruhigung sagen, daß Sie sich keine Sorgen machen sollen, denn wir haben hinsichtlich der Energiepolitik in der Zwischenzeit ein hart an der Realität orientiertes Konzept erarbeitet.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Engels?

- A **Lutz Jobs** (fortfahrend): Nein, jetzt nicht. Ich möchte meine Zeit nutzen und ein paar Dinge zur Sache sagen.

(Hartmut Engels CDU: Lesen Sie einmal die ersten beiden Sätze durch, sowohl in der Frage wie in der Antwort!)

– Herr Engels, ich stimme auch noch mit Ihnen in den Chor der Lobenden ein; Frau Schaal hat es auch schon gemacht. Auch ich bin der Meinung, daß der Senat eine sehr wertvolle und interessante Übersicht zum Thema Energiepolitik in Hamburg vorgelegt hat, und zwar in erster Linie zur Energiewendepolitik.

Nicht alles ist dabei neu gewesen. Einiges hatten wir schon zu den Haushaltsberatungen mitgeteilt bekommen, aber insgesamt ist es eine sehr gute Zusammenstellung geworden. Sie ist derartig umfangreich, daß sie hier kaum in fünf Minuten gewürdigt werden kann. Es gibt sicherlich noch viele Gelegenheiten, bei denen Energiepolitiker und auch andere interessierte Personen dieser Stadt darauf zurückgreifen werden. Ich werde deshalb nur ein paar kleinteilige, aber grundsätzliche Aspekte hervorheben.

Energiewende heißt für uns weg vom Atomstrom, von fossilen Großkraftwerken und hin zur Einsparung und rationeller Energieerzeugung sowie zum Einsatz erneuerbarer Energien. In dieser Logik orientiert sich auch der Aufbau der Anfrage der SPD-Fraktion.

Ich möchte mit dem Stichwort Energiesparen anfangen. Es gibt wohl kaum jemanden in dieser Stadt, der dazu keinen positiven Bezug aufbauen kann. Energieeinsparung zu fördern ist deshalb natürlich besonders sinnvoll, egal ob bei Strom oder bei Wärme. Da gibt es noch riesige Potentiale; das Beispiel mit den Stand-by-Schaltungen ist natürlich richtig. Der „Spiegel“ hat nun aufgerechnet, daß es inzwischen vier Atomkraftwerke sind, die eingespart werden können. Ich denke, daß da der Gesetzgeber auf Bundesebene allmählich gefragt ist, sich Gedanken zu machen, wie damit umzugehen ist.

B

In der Antwort des Senats wird auf zwei lokale Einsparinitiativen eingegangen, die ich schon vor der grünen Regierungsbeteiligung sehr gut fand, dem ich aber noch ein bißchen hinzufügen möchte. Zum einen gibt es den Hamburger Wärmepaß und zum anderen das „Fifty-fifty“-Projekt; meine Vorredner haben darauf schon hingewiesen.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal deutlich machen, daß es nicht nur der Sparbeitrag ist, der durch die Schülerinnen und Schüler erbracht wird, sondern es ist auch sehr wichtig, daß das Bewußtsein für Energieverbrauch und für Energieverschwendung vermittelt wird, und das in einem Lebensabschnitt, wo man noch sehr empfänglich dafür ist. Später wird es alles viel schwieriger. Andere Behörden haben bereits damit begonnen, diese Projekte übernehmen. Der Senat hat uns berichtet, daß die Einsparungen dort weiter hinter denen der Schulen zurückbleiben.

Andere unterschiedliche Berichte lassen den Schluß zu, daß die Einsparungen um so kleiner sind, je höher der Altersdurchschnitt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und je größer der Anteil der Männer in diesen Behörden ist. Das sollte aber nicht dazu führen, daß es zu einer Einstellung der Projekte führt. Denn es gibt in der Tat Millionen Ehefrauen und Kinder, die gegen die Sturheit älter werdender Männer kämpfen, warum sollen das nicht auch einmal Hamburger Behörden machen.

Ein weiteres Projekt wurde im vergangenen Jahr unter rot-grüner Regierung angeschoben – auch darauf haben Vor-

redner schon hingewiesen –, das Programm Arbeits- und Klimaschutz. Damit werden in Zeiten knapper Kassen intelligente Impulse gesetzt. Hier ergreift der Senat die Initiative und setzt auf Zusammenarbeit. Er gibt als Sahnehäubchen gezielte Finanzspritzen, die aus der Privatwirtschaft ergänzt werden müssen und ihre Wirkung dort entfalten, wo sie am meisten für die Umwelt bringen, nämlich bei der Verringerung der Energieverluste bei der Raumheizung. Jede Mark, die hier investiert wird, ist gut angelegt.

C

Noch einmal zum Stichwort rationelle Energieerzeugung; dazu haben wir heute noch nichts gehört. Eine der wichtigsten Maßnahmen in diesem Zusammenhang bleibt der Einsatz von Blockheizkraftwerken. Besonders gut ist es, wenn es gleich, wie unter C 4 beschrieben, in den Bebauungsplänen festgeschrieben wird. Dieses ist offenbar auch notwendig, weil wir unter E 4 erfahren, daß der weitere Ausbau die Nutzung durch eine fehlende Wirtschaftlichkeit behindert werden soll.

Das ist schon ein wenig erstaunlich, denn aus anderen Städten, vor allem aus solchen mit kommunalen Stadtwerken, ist etwas ganz anderes zu vernehmen. Hier wäre es interessant zu hören, warum es in Hamburg so anders ist; wobei eigentlich inzwischen klar geworden ist, daß in dieser Frage die Antwort in der City Nord und bei der HEW zu suchen ist. Sie haben anscheinend kein Interesse daran, daß Blockheizkraftwerke in dieser Stadt wirklich flächendeckend zum Einsatz kommen. Auf diesen Punkt, denke ich, werden wir bei anderer Gelegenheit noch zu sprechen kommen.

Nicht erwähnt ist in diesem Zusammenhang, aber von ganz grundsätzlicher Bedeutung, ein ganz anderer Aspekt hinsichtlich der HEW, denn sie sind im Grunde der größte Energieverschwender dieser Stadt. Sie trennen immer noch Strom- und Wärmeerzeugung in fast allen ihren Kraftwerken. Das erhöht den Primärenergieeinsatz, und sie erzeugt Strom in Anlagen mit nur 35 Prozent Wirkungsgrad. Das heizt die Umwelt auf, macht die Elbe warm und verschwendet Energie.

D

Ein Umdenken in dieser Frage hat offensichtlich noch nicht stattgefunden. Auch beim ehemaligen Heizkraftwerk Hafens haben sie auf die Kraft-Wärme-Koppelung beim Neubau verzichtet und stellen nur ein einzelnes Heizwerk auf. Das ist aus energiepolitischer Sicht kontraproduktiv. Diesbezüglich wird die HEW beginnen müssen umzudenken. Hier liegen die größten Einsparpotentiale. Es können noch so viele Anreiz- und Förderprogramme geschaffen werden, sie alle können nicht den Effekt haben, den eine Veränderung der Energieerzeugungsstruktur bei der HEW und allen anderen Energieversorgungsunternehmen haben könnte.

Alle wollen, daß Energie gespart wird; daß sie nachhaltig erzeugt wird, darin sind wir, glaube ich, sogar mit Herrn Engels einer Meinung. Das ist hier nicht das Problem. Die Frage lautet, wie das erreicht werden kann. Da gehen dann allerdings die Meinungen auseinander.

Förderprogramme sind in diesem Zusammenhang natürlich wichtig. Allerdings – das ist auch deutlich geworden – haben die einen, nämlich die öffentliche Hand, nicht das Geld, sie entsprechend hochzufahren, und die anderen, die das Geld dafür hätten, nämlich die HEW, geben es für andere Dinge aus, wie zum Beispiel die Telekommunikation. Das ist zudem ein Bereich, der eher energieintensiv ist.

Fördern allein wird nicht den Durchbruch der Energiewendetechniken bringen. Solange die Möglichkeit des Ord-

(Lutz Jobs GAL)

A nungsrechts nicht die gesellschaftliche Akzeptanz oder die politischen Mehrheiten findet, bleibt die Wirtschaftlichkeit das Maß der Dinge. Dabei kann natürlich eine Ökosteuer ein ausgesprochen hilfreiches Instrument werden. Wenn sie denn so angelegt wird, daß die Energiepreise die wirklichen Kosten widerspiegeln, dann wird dies eine dringend notwendige Energiewende deutlich voranbringen. Dann werden nämlich die Energieeinsparmaßnahmen wirtschaftlicher und die nachhaltige Energieerzeugung konkurrenzfähiger.

Die Regierungskoalition in Bonn hat – wenn heute nichts mehr dazwischengekommen ist – den ersten Schritt gemacht. Sie hat das Gesetz im Bundestag behandelt. Ich habe noch nicht gehört, ob sie es tatsächlich geschafft haben, aber ich gehe davon aus, daß es so passiert ist. Mit diesem ersten Schritt, der natürlich weit hinter dem zurückbleibt, was ökologisch engagierte Menschen erhofft haben, kann tatsächlich eine ganz neue Reform begonnen werden. Diese Reform ist ausbaufähig, die zweite und dritte Stufe wird sie weiter voranbringen.

Ich möchte noch einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Eine Ökosteuer wird eines mit Sicherheit nicht schaffen: Sie wird die Stilllegung der Atomkraftwerke kaum alleine durchsetzen können. Das war auch ein wenig der Ausgangspunkt der Großen Anfrage. Da, meine ich, gibt es noch ein kleines grundsätzliches Mißverständnis. Atomkraftwerke können nicht einfach weggespart oder regenerativ kompensiert werden. Das merken wir am Beispiel der Windenergie. In Hamburg ist sie kein derart großer Faktor, weil die räumliche Enge dagegen spricht. In anderen Gegenden ist sie aber weit besser ausgebaut worden. In Deutschland wurde inzwischen eine Kapazität von insgesamt 2870 Megawatt installiert; in Schleswig-Holstein allein 745 Megawatt und in Niedersachsen sogar 820 Megawatt. Das ist jeweils mehr, als die Atomkraftwerke in Stade und Brunsbüttel erzeugen.

B Diese Windmühlen wurden in den Jahren aufgestellt, in denen sich der Stromverbrauch nicht wesentlich verändert hat. Stade und Brunsbüttel sind quasi bereits regenerativ kompensiert, aber sie werden trotzdem nicht stillgelegt. Ich denke, daß es wichtige Gegner in der Atomlobby gibt, die gegen den politischen Willen der Regierungskoalition und vor allem auch der Mehrheit der Bevölkerung angehen. Zu dieser Frage ist nun der Beistand aus Bonn beschlossene Sache, und ich hoffe, daß in Hamburg, wie überall in der Republik, der Atomausstieg endlich vorankommt. Nur dann kann eine offenbar von allen gewollte Energiewende auch wirklich erreicht werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Porschke.

Senator Alexander Porschke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir uns schon die Mühe gemacht haben, so viele Seiten zusammenzuschreiben, um Sie über die Details zu informieren, erspare ich es mir, darauf noch einmal einzugehen. Ich möchte nur einen Gedanken dazu vortragen.

Der Instrumentenmix, der über die Jahre in der Umweltbehörde entwickelt worden ist, besteht zum großen Teil auch aus Förderinstrumenten und Anreizsystemen. Dieser Instrumentenmix soll nach unserer Vorstellung davon abgelöst werden, daß man den politischen Rahmenbedingungen nicht immer noch staatliches Geld hinterher geben

C muß, sondern daß man durch die staatliche Steuerung, zum Beispiel der Energiepreise, über die Ökosteuer erreicht, daß sich bestimmte Investitionen selbst tragen.

Deswegen glaube ich, daß der entscheidende Durchbruch zu einer echten Energiewende nach wie vor von der Frage abhängen wird, ob es uns gelingt, eine wirksame Ökosteuer einzuführen. Daß das schwerer ist, als man es sich vorstellt, haben wir schon gemerkt. Wenn der Mineralölbranche versprochen wird, daß das Benzin nicht viel teurer wird, hat man das Problem, daß man dann an der Strompreisschraube und anderen Schrauben drehen muß, die einem auch nicht sehr gut gefallen. Am Ende kommt ein Kompromiß heraus, der keinem gefällt. Ich hoffe, daß uns das in den nächsten beiden Stufen zur Ökosteuer etwas besser gelingt. Ich bin ziemlich sicher, daß uns das gelingen muß, wenn wir wirklich zu einer Energiewende kommen wollen.

Einen Punkt, Herr Engels, möchte ich noch einmal ausdrücklich deutlich machen, bei dem ich glaube, daß Sie einem Irrtum erlegen sind, nämlich die Vorstellung, daß die Energieversorgungsunternehmen erstens mit dem Ende der Atomenergie richtig viel Geld verdienen und, zweitens, daß sie dieses viele Geld dann nutzen würden, regenerative Energien zu fördern.

Ich halte erstens die Haltung, daß man damit wirklich viel Geld verdienen kann, für einen krassen Irrtum. Die zweite Frage ist, was sie bisher mit ihrem verdienten Geld gemacht haben. Davon haben sie alles mögliche gekauft, aber sie haben mit Sicherheit das, was sie im Bereich regenerativer Energien gemacht haben, immer nur unter dem Gesichtspunkt der Public Relations gemacht.

D Deswegen hat man das Problem, daß bei denen auch die Anreize fehlen. Es gibt aber einen umgekehrten Effekt, der uns zur Zeit durch die Atomkraftwerke präsentiert wird, und zwar der Effekt, der durch die Überkapazitäten entsteht. Gerade wenn es darauf ankommt, Preisanreize für Energiesparinvestitionen zu geben, muß man versuchen, daß die Ökosteuer wegen der Überkapazitäten nicht durch Dumpingpreise, die zur Zeit auf dem Stromerzeugungsmarkt existieren, wieder weggefressen wird und damit die Signale total verzerrt werden.

In der derzeitigen Situation ist zu befürchten, daß sich die Energieversorgungsunternehmen durch die im Zeitalter der Monopole aufgebauten Überkapazitäten gegenseitig einen Dumpingwettbewerb liefern, der dazu führen wird, daß alle Energiesparanstrengungen unterminiert werden. Dieser Gefahr kann man begegnen, indem man auch diese Überkapazitäten reduziert. Ein guter Weg dazu ist der Ausstieg aus der Atomenergie, und deshalb muß er auch kommen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Vogel.

Renate Vogel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Zuge der Arbeitsteilung mit meiner Kollegin Monika Schaal wende ich mich nun dem Punkt D in dieser Großen Anfrage zur Nutzung regenerativer Energiequellen in Hamburg beziehungsweise der vorgelegten Energiebilanz dieser Energieträger zu. Ich möchte damit gleich unser Realitätsbewußtsein betonen, Herr Engels, denn ich wende mich auch einem sehr minimalen Beitrag zur gesamten Stromversorgung zu.

(Renate Vogel SPD)

- A Euphemistisch könnte ich auch sagen, ich betrete die bisher in Hamburg gebaute „Brücke in das Solarzeitalter“, die meine Partei sich bundesweit vorgenommen hat zu bauen. Die Zahlen, gemessen am Gesamtverbrauch Hamburgs an Strom in Höhe von ca. 12 Millionen Megawattstunden jährlich, sind in ihren jeweiligen Anteilen jämmerlich niedrig und beziffern für Windenergie – Herr Engels sagte es – 0,22 Prozent, Photovoltaik 0,008 Prozent, Wasserkraft 0,001 Prozent, Biomasse 0,32 Prozent und Solarthermie 0,03 Prozent.

An elektrischer Leistung sind bis heute 20,38 Megawatt Windenergieanlagen, 1,5 Megawatt Photovoltaik, 0,06 Megawatt Wasserkraft und 23 Megawatt Biomassenutzung installiert. Solarthermische Kollektoren existieren in Hamburg auf 18 682 Quadratmeter Fläche. Dem entsprechen die Megawattstunden per anno bei Wind: 28 500, Photovoltaik 1050, Wasserkraft 180, Biomasse 42 000 und Solarthermie von 6047.

Die Steigerungsraten der letzten zehn Jahre lassen bei der Windenergienutzung, Zitat: „Mittel- bis langfristig bis zu 1 Prozent des Hamburger Stromverbrauchs“, erwarten, die Photovoltaik soll zukünftig einen „erheblichen“ Anteil erreichen können, da ausreichend freie Dachflächen zur Verfügung stehen, und die Nutzung der Wasserkraft wird als konstant beschrieben, was auf die beiden bestehenden älteren Anlagen zurückzuführen ist. Erst Ende 1999 soll mit der Fuhlsbüttler Schleuse eine Steigerungsrate von 0,004 Prozent hinzukommen.

An dieser Stelle fehlt meines Erachtens zumindest ein zarter Hinweis in der Drucksache auf die mittelbare Nutzung der Wasserkraft durch das ab 2003 geplante Norwegen-Kabel, das mit 500 Megawatt und nach Auslaufen der Austauschlieferungen 2750 Millionen Kilowattstunden substituieren soll. Das würde zumindest die Energiebilanz Wasserkraft ein bißchen freundlicher erscheinen lassen – aber eben erst in naher Zukunft.

- B

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Solarthermische Anlagen stehen in bezug auf die Steigerungsraten in deutlicher Konkurrenz zur Photovoltaik, wegen der nur einmal verfügbaren Dachflächen in Hamburg. Biomassenutzung wird in Hamburg nur im Klärwerk Köhlbrandhöft durch Verbrennung von Klärschlamm und Faulgasen für den Eigenbedarf genutzt und nicht in das Stromnetz eingespeist, da gibt es keine Steigerungsraten.

Aber die Antwort auf die Große Anfrage zeigt uns, daß Biomassenutzung in 1988 einmal die Pionierin bei den regenerativen Energieträgern war und damals einen Anteil von 97 Prozent behauptete, während Wind und Photovoltaik noch gar nicht, Solarthermie mit 2 Prozent und Wasser mit 0,7 Prozent auftauchten. Heute sind die Zahlen verschoben, die Biomasse hält noch 53 Prozent, der Wind 38 Prozent, Solarthermie 7,4 Prozent und Photovoltaik 0,6 Prozent sowie Wasser 0,2 Prozent Anteil an den durch regenerative Energieträger erzeugten 78 016 Megawattstunden Gesamtenergie. Zur Erinnerung: Hamburg verbraucht jährlich 12 Millionen Megawattstunden.

Die nächste Antwort D4 beziehungsweise Tabelle sagt nur die Entwicklungen der geförderten privaten sowie der öffentlichen Investitionen in regenerative Energieträger aus, beschreibt einige Spitzenwerte in unterschiedlichen Jahren und läßt Rückschlüsse auf Wirkungen durch verschiedene Rahmenbedingungen wie Stromeinspeisungsgesetz, Klimaschutzfonds oder 200-Dächer-Programm der HEW zu, klammert jedoch jegliche private Initiative, sich

Solar-Kollektoren aufs Dach zu installieren oder Photovoltaik zu nutzen, aus. Hier sehe ich die Möglichkeit, diese ökologisch vorbildlichen Hamburger Bürgerinnen und Bürger wenigstens mit beispielsweise einer „Sonnen-Hausnummer“ zu belohnen, die nach festgelegten, ökologisch nachhaltigen Kriterien beantragt und vergeben werden könnte.

Spätestens hier kann ich mir eine Bemerkung an den Verfasser oder die Verfasserin dieser Antwort des Senats nicht verkneifen. Offensichtlich hat der- oder diejenige die Rechtschreibreform verinnerlicht beziehungsweise ein entsprechendes Programm in den PC geladen und setzt uns dem Gewöhnungsprozeß aus, das Wort Potentiale durchgängig hinten mit „z“ geschrieben zu sehen – wohl in der irrigen Annahme, das Wort könne damit schon Potenz suggerieren; oder aufwendig wird mit „ä“ geschrieben.

Richtig ärgerlich finde ich aber, daß in dieser Antwort die Photovoltaik durchgehend mit einem großen F für Foto geschrieben steht, die wohl auch international anerkannte Abkürzung PV für Photovoltaik aber in den Tabellen beibehalten wird.

(*Dr. Martin Schmidt GAL: Das war Denksport!*)

Das wird zwar an einer Stelle erklärt, führt aber dazu, daß beispielsweise in einem ersten Satz auf Seite 26 der grauen Vorlage von „Fotovoltaikanlagen“ – mit „F“ – die Rede ist, im zweiten Satz von PV-Anlagen. Das schafft meiner Meinung nach unnötige Verwirrung und erschwert die Lesbarkeit dieser Senatsantwort, erst recht für weniger fachkundige Menschen.

Doch nun weiter zum Inhaltlichen und damit zur Entwicklung der Einspeisevergütungen seit ihrem Bestehen, die unter D 5 akribisch aufgelistet werden. Die Tendenz ist fallend. Heute liegt die Einspeisevergütung auf dem Niveau von 1992, und in 2000 wird sie den niedrigsten Stand seit Inkrafttreten des Stromeinspeisungsgesetzes erreichen. In Hamburg wird mit den zusätzlichen zehn Pfennig pro Kilowattstunde aus dem Kooperationsvertrag mit den HEW für Windenergie gegengesteuert. Es könnte sich aber zukünftig für die Betreiber bestehender Anlagen als problematisch erweisen, wenn die Betriebskosten steigen.

Ähnlich sieht es beim Solarstrom aus. Würde Hamburg beziehungsweise die HEW nicht zuzahlen und kostenorientiert vergüten, dann bliebe der Anreiz zum Bau einer Photovoltaikanlage bei nur 10 Prozent gesetzlicher Vergütung für die Stromeinspeisung minimal.

Die nächste Antwort auf die Frage nach Volumen und Verteilung von Investitionen in Technologien zur regenerativen Energieerzeugung zeigt den Beginn in 1988 und die Entwicklung im einzelnen bis heute – wobei die Summe der Fördermittel insgesamt 20,6 Millionen DM für 1107 Anlagen beträgt, die ihrerseits 18 554 Tonnen CO₂ per anno einsparen.

Die beiden nächsten Antworten beschreiben die energetischen Aktivitäten, die sich aus dem Kooperationsvertrag und dem HEW-Contracting ergeben haben. Die letzte Frage unter D 9 nach der Energiegewinnung aus Bio-, Deponie- und Klärgas wird mit eindrucksvollen Überschüssen beantwortet, die in die eigene Stromversorgung des Klärwerks fließen oder Dampf für eine Druckerei sowie Wärme für das örtliche Fernwärmenetz liefern.

Spannend sollte es wieder bei den Antworten auf die Fragen nach der künftigen Entwicklung werden. Bei den regenerativen Energien liegen sie demnach im technischen und

C

D

(Renate Vogel SPD)

A theoretischen Potential um ein Vielfaches – laut Senatsantwort – über dem derzeitigen wirtschaftlichen Potential, sind aber durch die zur Verfügung stehenden Fördermittel begrenzt.

In diesem Rahmen beziffert der Senat die Prognose für Windenergienutzung auf kurzfristig erreichbare 30 Megawatt, ausgehend von derzeit installierten 20 Megawatt; Herr Engels erwähnte schon, daß es eigentlich bereits ausgereizt ist.

Die Photovoltaik läßt sich demnach – und nur im Rahmen des Kooperationsvertrages – auf installierte 1,7 Megawatt steigern. Ebenso vorsichtig äußert sich der Senat zur Solarthermie, spricht aber von einer optimistischen Marktentwicklung in diesem Sektor.

Die Antwort des Senats auf die Frage nach der Hamburger Beteiligung am 100 000-Dächer-Solarstrom-Programm des Bundes hat mich insofern alarmiert, als hier gesagt wird, daß dieses Programm nicht kumulierbar mit Fördermodellen sei, die, wie in Hamburg, eine höhere als die gesetzliche Einspeisevergütung vorsehen. Heißt das nun, daß Hamburg sich gar nicht beteiligen kann? Welche Rahmenbedingungen müssen dann wie verändert werden, damit Hamburg auch von diesem Programm profitieren kann? Vielleicht sollten wir einen neuen Kooperationsvertrag mit den HEW anregen?

Die Antworten des Senats zur Frage E 7, inwieweit Pläne und Maßnahmen des Bundes zur Förderung der regenerativen Energien und so weiter dem Senat bekannt sind und wie sie die Hamburger Energiepolitik beeinflussen, wird meines Erachtens nur unvollständig beantwortet. Die dort genannte „Solarkampagne 2000“, die in diesem Frühjahr starten und über drei Jahre laufen soll, wird zwar vom Bundesumweltministerium und der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert, aber in welcher Höhe? Hamburg beteiligt sich daran mit ganzen 30 000 DM, verteilt auf drei Jahre, also per anno 10 000 DM. Gibt der Bund ebensoviel dazu, oder ist es eine Zweidrittel-zu-Eindrittel-Finanzierung?

B Zu Ökosteuer und Energierechtsnovelle verweist die Senatsantwort auf die noch nicht abgeschlossenen Beratungen der Entwürfe im Bund und will – und muß wohl auch – die weiteren Gesetzgebungsverfahren abwarten.

Zum Schluß möchte ich schleunigst die in Hamburg bisher gebaute „Brücke in das Solarzeitalter“ verlassen. Sie hat sich, was die regenerativen Energieträger, gemessen am Gesamtstrom- oder Energiebedarf, in Hamburg angeht, als noch sehr wackeliger, ganz schmaler Steg über einem breiten Energiestrom erwiesen. Da gibt es noch sehr viel zu verstärken, zu forcieren und auszubauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann bekommt der Abgeordnete Engels das Wort.

Hartmut Engels CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als erstes, weil es in der Reihenfolge gut paßt, Herr Jobs, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, weil Sie mir sozusagen vorwerfen, das Thema verfehlt zu haben. Der erste Satz in der Großen Anfrage lautet:

„Der Ausstieg aus der Atomenergie erfordert ... eine Energiepolitik.“

In der Antwort des Senats lautet der erste Satz:

„Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg vertritt auch als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl die Auffassung, ...“

C

Hier nun zu sagen, das Thema spiele nur am Rande eine Rolle, das ist absoluter Unsinn.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema ist schon hinlänglich bekannt. Der Senat hat in seiner Antwort auf die Große Anfrage auf die zahlreichen Drucksachen aus der vorletzten Legislaturperiode hingewiesen, auf die der Senat in seiner Antwort auch hingewiesen hat. Das macht deutlich, daß es sich hier – politisch gewollt – um eine Darbietung aller möglichen energiepolitischen, tatsächlich auch ernsthaften Maßnahmen handelt – manchmal sind es auch Spielwiesen –, um von dem Hauptthema abzulenken, das tatsächlich im Hintergrund steht. Frau Vogel, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie darauf hingewiesen haben, in welchen Kinderschuhen die regenerativen Energien in dieser Stadt in der Tat noch stehen. Da komme ich zu Ihnen, Herr Senator.

Im Jahre 1997 haben die HEW 900 Millionen DM an Steuern eingefahren. Überlegen Sie einmal, was das gemessen am Hamburger Haushalt ist. Wenn Sie ein Unternehmen zu einer Kapitalvernichtung in Milliardenhöhe zwingen, dann ist es doch eindeutig, daß uns, wenn auch nicht die ganzen 900 Millionen DM, das gebe ich gerne zu – mit Konzessionsabgabe und Kooperationsvertrag sind wir übrigens bei über 1 Milliarde DM, was aber nicht der gesamte Betrag ist; darüber streiten wir uns nicht –, dies exakt an den Stellen fehlt, die wir gemeinsam wollen, nämlich umweltfreundliche Energie fördern.

Wir stehen vor der Situation – das ist das Problem –: Wir haben einen kräftigen Baum, der sieht bedrohlich aus, hat einen dicken Stamm, und dieser Baum bringt Blüten hervor, zum Teil auch wirklich begrüßenswerte Blüten – die sind hier alle geschildert –, aber sie werden noch von diesem Stamm genährt, und bevor sie sich selbständig machen können, wird es noch lange Zeit dauern. Wenn Sie aber jetzt mit Ihrer Partei darangehen, genau diesen Stamm zu fällen, dann ist dies ein verhängnisvoller Irrtum.

D

(Beifall bei der CDU)

Herr Porschke, da Sie mich in bezug auf die Frage, was mit den Gewinnen ist und wie Kapitalvernichtung zu beurteilen ist, belehren wollten, muß ich Ihnen, Herr Jobs, etwas sagen, denn das gilt bis zu einem gewissen Grad auch für Sie: Sie können nicht einfach nur die aufgedruckte Leistung in Watt von Windmühlen oder von Photovoltaik zählen und sagen, damit können wir ein Kernkraftwerk ersetzen. Vielleicht sagt Ihnen der Begriff Grundlast etwas.

(Michael Dose SPD: Wir sind hier doch nicht in der Schule!)

Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Zuruf von Dr. Monika Schaal SPD)

– Das wissen Sie nicht? Die Auslastung von Windmühlen liegt nur bei 20 bis 25 Prozent. Sie können doch nicht einfach nur die aufgedruckte Leistung nehmen. Damit bekommen Sie die Kraftwerke, ob Kohle oder Kernkraft, für die Grundlastversorgung nicht ersetzt. Das ist doch das gewaltige Problem, vor dem wir stehen. Sonst wären die Dinge sehr einfach.

Meine letzte Bemerkung geht auch wieder in die gleiche Richtung. Was die Blockheizkraftwerke betrifft, haben Sie beklagt, daß diese nicht überall eingerichtet werden. Ich bin

(Hartmut Engels CDU)

- A sehr dafür, Blockheizkraftwerke wegen ihrer hohen Effizienz und ihres hohen Wirkungsgrades einzurichten, wo es nur irgendwo irgendwie geht. Aber das setzt voraus, daß man dort in einem ausgewogenen Prozentsatz elektrische Energie und Heizenergie produziert, und das wird nicht an jedem Standort gebraucht.

Eine allerletzte Bemerkung: Einen Unterschied machen zwischen Geld und Energie. Gerade wenn Sie sich das Beispiel der Photovoltaik einmal genau anschauen, dann besteht ein ganz enger Zusammenhang zwischen den Kosten in Geld und den Kosten in Energie, auch der Wirkungsgrade und so weiter. Das ist naturgesetzlich begründet, denn, wenn Sie ein bißchen etwas von Physik verstehen, dann ist letzten Endes der Begriff Energie die Währung der Natur, und die steht im engen Zusammenhang auch mit unserer Geldwährung. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Sorge, es ist ganz kurz, aber eines muß ich Herrn Engels wieder einmal erklären. Herr Engels, wir haben es schon einmal festgestellt: Sie haben einen kleinen Schritt nicht nachvollzogen. Es ist in der Tat so, daß die Grünen, daß die GAL, daß die Regierungskoalition nicht aus der Stromerzeugung aussteigen wollen.

(Heiterkeit bei der GAL)

Es ist dringend notwendig, gewisse Erzeugungsanlagen stillzulegen. Darauf haben wir immer wieder hingewiesen.

- B Aber es ist durchaus notwendig, sie dann auch mit anderen Anlagen auszugleichen. Wir haben immer wieder Konzepte vorgelegt, wie man das machen kann. Dieser Austausch der Erzeugungsanlagen wird natürlich weithin dazu führen, daß die HEW, wenn sie denn diese zeitgemäße Entscheidung einmal fällen würde, auch weiterhin Konzessionsabgaben, Steuern und hoffentlich auch Dividenden in den Staatshaushalt abführen wird. Je eher sie dieses tun werden und tatsächlich auch umsteuern werden, desto größer und besser werden dann auch die Abgaben möglich sein.

Noch einmal zu den Windmühlen. Sie sagen 20 bis 25 Prozent Auslastung. Da gibt es andere Zahlen. Ich kann Ihnen sagen, daß Atomkraftwerke eine Auslastung haben, die nicht weit über der von Windmühlen liegt.

(Hartmut Engels CDU: Ha, ha!)

Gucken Sie sich einmal die Zahlen von Krümmel und Brunsbüttel an, dann werden Sie das feststellen. Aber in einem haben Sie Recht: Windmühlen allein würden nicht reichen, sondern da ist es natürlich notwendig, daß es ein Mix von Energieerzeugungsanlagen gibt und Blockheizkraftwerke in großer Zahl dort aufgebaut und eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Das ist natürlich erst in einer dezentralen Energieerzeugungsstruktur möglich und nicht in der, wie wir sie jetzt bei den HEW vorfinden mit den Mammutgrundlastmonstern, weil die abgestellt gehören, damit tatsächlich eine Energiewende möglich ist. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, daß die Große Anfrage 16/2022 besprochen ist.

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 4 auf: Große Anfrage der GAL zum Status des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. C

**[Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Status des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)
in Hamburg – Drucksache 16/1932 –]**

Von der GAL-Fraktion wird eine Überweisung an den Gesundheitsausschuß beantragt.

Das Wort wünscht und bekommt der Abgeordnete Zamory.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Hamburg hat eine wechselvolle Geschichte. Das erste Mal in das Bewußtsein der Stadtväter ist die Notwendigkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wohl während der Choleraepidemie im letzten Jahrhundert gerückt, aber damals war der Öffentliche Gesundheitsdienst mehr Gesundheitspolizei als das, was er heute sein sollte, nämlich Anwalt für die Gesundheit der Bevölkerung.

Im Moment haben wir die Situation, daß ein Gesetz den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Hamburg regelt, das noch aus der Nazizeit stammt. Da gibt es also dringend einen Novellierungsbedarf. Dazu haben wir uns im Koalitionsvertrag verpflichtet mit Eckpunkten, die ich uns noch einmal ins Gedächtnis zurückrufen möchte.

Dort haben wir gesagt, daß in einer zusammengefaßten Rechtsgrundlage als Aufgaben festgeschrieben werden:

- Die Gesundheitsförderung insbesondere sozial benachteiligter und besonders schutzbedürftiger Personen,
- die Koordination und Vernetzung der an der Gesundheitsversorgung Beteiligten und die Übernahme einer bürgerorientierten Wegweiserfunktion im Gesundheitswesen, D
- die Bereitstellung und Vermittlung ergänzender Hilfs- und Dienstleistungsangebote,
- die Modernisierung der traditionellen Überwachungsfunktion des ÖGD,
- die umweltmedizinische Beratung,
- die Einrichtung von Qualitätskontrolle und Qualitätsmanagement,
- die Erzielung von Einnahmen durch Dienstleistungen durch den öffentlichen Dienst und
- eine regelmäßige und differenzierte Gesundheitsberichterstattung einschließlich einer Frauenberichterstattung.

Vor diesem Hintergrund der Notwendigkeit, das alte Gesetz zu novellieren und darüber eine breite Diskussion zu führen, haben wir unsere Große Anfrage formuliert, um zu wissen, mit welchen Ressourcen und jetzigen Aufgaben der zur Zeit arbeitende Öffentliche Gesundheitsdienst in dieser Stadt beschäftigt ist, um dann wirklich zu einer Aufgabenkritik zu kommen und zu diskutieren, welche Aufgaben eventuell ganz nach außen – natürlich unter Verantwortlichkeit der BAGS – delegiert werden können und welche Aufgaben dezentral in den Bezirken und zentral in der BAGS durchgeführt und wahrgenommen werden sollen.

Wenn wir uns die Beantwortung unserer Großen Anfrage ansehen, dann ist es schon beeindruckend, welche Menge von hoheitlichen Aufgaben der Öffentliche Gesundheitsdienst sowohl aufgrund der Bundesgesetzgebung als auch

(Peter Zamory GAL)

A aufgrund der Hamburger Gesetzgebung zu erfüllen hat. Dabei fällt auf, daß ein Controlling, wie nun diese vielfältigen Aufgaben wahrgenommen und umgesetzt werden, erst ausgebaut werden soll, also bisher nicht existiert. Das ist ein Mangel, der sicher schnell beseitigt werden muß.

Außerdem fällt auf, daß das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten neben der BAGS eine wichtige Rolle beim Controlling und bei der Ressourcenverteilung im Öffentlichen Gesundheitsdienst spielt. Wir sind der Meinung, daß Aufgabenkompetenz und Verantwortlichkeit, schlicht die Intendanz einer Aufgabe, eindeutig geregelt sein sollte, nicht bei zwei Behörden gleichzeitig. Unserer Meinung nach bei der BAGS.

Außerdem fällt auf, daß gesundheitsbezogener Umweltschutz, Umweltmedizin, in den Gesundheits- und Umweltämtern der Bezirke als Aufgabenumsetzung praktisch kaum vorkommt. Statt dessen erleben wir eine riesige Menge von Gutachten, die von den medizinisch Tätigen, hauptsächlich den Amtsärzten, in den Bezirken zu bewältigen sind. Allein 1995 26 000 Gutachten, 1996 27 000 Gutachten, davon jeweils ungefähr 15 000 Gutachten für Sozialhilfeempfänger. Man fragt sich, welche anderen Aufgaben – außer Gutachtentätigkeit – bei dieser Flut von Gutachten die Amtsärzte und -ärztinnen sonst noch wahrnehmen können.

Außerdem ist die Ausstattung – sowohl die personelle als auch die EDV-Ausstattung – in den einzelnen Bezirken höchst unterschiedlich, anscheinend in keiner Weise miteinander koordiniert, Internet-Zugang nur für einige, Kompatibilität der verschiedenen Systeme muß man nachfragen. Da gibt es einen Wildwuchs, der eine wirklich verantwortliche Sammlung und Auswertung von Daten im

B Moment nicht möglich macht.

Wir erleben außerdem, daß Mittel für die Fort- und Weiterbildung nur spärlich ausgegeben werden und sich nur wenige Ärzte, die im Öffentlichen Gesundheitsdienst tätig sind, im Public-Health-Bereich oder im Gesundheits- und Sozialmanagement, Studiengang der HWP hier in Hamburg, weiterqualifiziert haben. Auch das fällt auf. Es ist für uns nicht erklärbar, warum innerhalb von vier Wochen Zeit einzelne Bezirke, zum Beispiel die Bezirke Nord und Bergedorf, nicht in der Lage sind zu sagen, wieviel Behinderte im Öffentlichen Gesundheitsdienst arbeiten. Da steht in der Antwort einfach „keine Angabe“.

Ungeklärt ist nach wie vor, was mit den Heimärzten aus dem Landesbetrieb „pflegen & wohnen“ passieren soll. Da wird auf alte Antworten verwiesen, aber befriedigend sind sie weiterhin nicht. Ich erinnere an die Diskussion, die wir hier vor kurzem über die Dekubitus-Frage geführt haben. Ich denke, wenn Heimaufsicht an die Bezirke delegiert würde – und wir wissen, daß sie dort so gut wie nicht stattfindet oder stattfinden kann –, könnte das eine durchaus akzeptable oder mögliche Aufgabenstellung für die noch nicht sinnvoll beschäftigten ehemaligen Heimärzte sein.

Was die Stellenstreichungen im Öffentlichen Gesundheitsdienst anbelangt, so sind im Amt G insgesamt in den letzten Jahren 140 Stellen gestrichen worden, davon 70 im Öffentlichen Gesundheitsdienst, davon wiederum 50 in den bezirklichen Gesundheits- und Umweltämtern. Da fragt man sich, ob die bezirklichen Gesundheits- und Umweltämter der Steinbruch innerhalb der BAGS zur Erbringung der notwendigen Sparquote sind? Anders gefragt: Wie sollen die vielfältigen Aufgaben, die zu Anfang aufgelistet wurden, wirklich kompetent von den Mitarbei-

tern des Öffentlichen Gesundheitsdienstes umgesetzt werden? Wir müssen wirklich – und damit komme ich zu den Konsequenzen – sehen, wie auch der Öffentliche Gesundheitsdienst durch spezielle Dienstleistungsangebote – und die Veterinärämter, die nicht aufgeführt sind, machen es uns vor – zu Einnahmen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst kommen können. Die Konsequenz, die wir daraus für den Beginn der Diskussion um ein zukünftiges Gesetz ziehen, und letztlich die Frage, welche Aufgaben der Öffentliche Gesundheitsdienst in Hamburg wie wahrnehmen soll, ist die Frage dezentraler und zentraler Organisation. Es ist die Frage, wie zum Beispiel Seuchenmedizin, Tuberkulosefürsorge sinnvoll zentralisiert werden kann, ob das Amt für Arbeitsschutz oder Hygiene-Institut nicht ausgegliedert und noch wirtschaftlicher arbeiten können. Das ist eine Frage, die für uns noch nicht endgültig beantwortet ist, aber die es sich lohnt zu diskutieren. Aber die entscheidenden inhaltlichen Schwerpunkte, die der Öffentliche Gesundheitsdienst als dritte Säule neben ambulanter und stationärer Medizin spielen kann, ist die Prävention gerade im Hinblick auf bezirkliche, umweltmedizinische Konzepte zur Lärmvermeidung, Verkehrsberuhigung und so weiter.

Ein weiterer Schwerpunkt: Armutsmedizin und Förderung der Gesundheit benachteiligter Gruppen der Gesellschaft. Da hat uns die Gesundheitsberichterstattung – zumindest in der Vergangenheit – auch wichtige Hinweise gegeben, wo in der Stadt Defizite vorhanden sind: bei Kindern in bestimmten Stadtteilen, pflegebedürftigen alten Menschen, Behinderten, Migranten, psychisch Kranken und Demenzen. Das sind die, die von sich aus Schwierigkeiten haben, das bestehende Gesundheitssystem aufzusuchen, und wo der Öffentliche Gesundheitsdienst eine Wegweiserfunktion und auch eine Mittlerfunktion wahrnehmen könnte.

Außerdem ist die Qualitätskontrolle von stationären ambulanten Therapie- und Pflegeeinrichtungen mit Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und inwieweit ethische Fragen, wie klinische Prüfungen von Medikamenten, zu den Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gehören. Diese Aufgabe wird unserer Meinung nach in Hamburg nicht prioritär in der BAGS wahrgenommen. Es gibt also viel Diskussionsbedarf. Wir hoffen, daß wir die Diskussion mit Ihnen gemeinsam im Gesundheitsausschuß fortsetzen können.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kretschmann.

Lutz Kretschmann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage zum Öffentlichen Gesundheitsdienst zeigt durch die Antwort des Senats, wie wichtig die Aufgaben des ÖGD sind. Gesundheitsschutz, Gesundheitsberatung, Hygieneüberwachung und die Gesundheitsberichterstattung sind die Kernaufgaben im umfangreichen Tätigkeitskatalog. Die Koalitionspartner wollen die bisher schon betriebene Anpassung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes an die aktuellen Anforderungen weiter voranbringen. Es gilt, auf Effizienz und Zielgenauigkeit gesundheitlicher Leistungen verstärkt hinzuwirken. Vordringlich ist hierbei, die Transparenz des Leistungsgeschehens im Gesundheitswesen zu erhöhen. Die Aufgabe des ÖGD läßt sich daher als Koordinations- und Überwachungsaufgabe oder besser noch als kooperatives Steuerungsmodell definieren. Im Zusammenwirken mit den Anbietern von Gesundheitsleistungen ist auf eine leicht zugängliche Versorgungsstruktur hinzuwirken. Der ÖGD

(Lutz Kretschmann SPD)

- A braucht dabei nicht Leistungsanbieter zu sein. Der ÖGD hat die Aufgabe, die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit das Gesundheitswesen koordiniert, die Bürger und Bürgerinnen informiert und beraten, die Qualität der Leistung kontrolliert und weiterentwickelt werden kann. Hierzu werden auch innerhalb des ÖGD strukturelle Veränderungen vorgenommen, um den aktuellen Anforderungen an ein modernes Gesundheitswesen zu entsprechen.

Meine Damen und Herren! Es wurde die Arbeitsgruppe Schiffsmedizin des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin und der Hafens- und Flughafenärztliche Dienst im Hamburg Port Health Center zusammengeführt und so den modernen Bedürfnissen angepaßt. Der Gerichtsärztliche Dienst wurde in das Institut für Rechtsmedizin des UKE eingegliedert. Es wurde außerdem das Hygiene-Institut umstrukturiert. Das sind ganz beachtliche Maßnahmen, und diese Linie gilt es weiterhin konsequent zu verfolgen. Nach meiner Ansicht muß der ÖGD im Hinblick auf die Planung innerhalb des Gesundheitswesens die Aufgabe leisten, eine umfassende und detaillierte Berichterstattung über den Gesundheitsstatus der Bevölkerung und die Versorgungseinrichtungen der Stadt vorzulegen. Es gilt, Transparenz zu schaffen. Daher stimmt es mich nachdenklich, wenn im Rahmen des Landesgesundheitsberichtes bisher keine zeitlichen Vorgaben an die Herausgabe geknüpft sind. Der zur Zeit vorliegende Bericht stammt aus dem Jahr 1993. Der nächste Landesgesundheitsbericht soll nach derzeitigem Planungsstand im Jahr 2000 erscheinen. Hier muß wohl dringend nachgebessert werden. Wir wollen einen verbindlichen Turnus festschreiben. Der angestrebte Fünf-Jahres-Turnus kann mit Mitteln der modernen Datenerfassung verkürzt werden, denn aus der Antwort geht hervor, daß die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im ÖGD flächendeckend über modernste Computertechnologie verfügen.

Zu den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gestatten Sie mir eine Randbemerkung. Aus einer Statistik in der Antwort geht hervor, daß zwar überproportional viele Frauen im mittleren Dienst beschäftigt sind, daß sich aber im höheren Dienst viel weniger Frauen finden. Auch hier gilt es, im Rahmen der Personalentwicklung langfristig eine Veränderung zugunsten von Frauen herbeizuführen.

Ein besonderes Augenmerk im Rahmen der oben beschriebenen Aufgabenerstellung des ÖGD ist, sozial schwachen Teilen der Bevölkerung den Zugang in die ärztliche Versorgung zu erleichtern, überhaupt zu ermöglichen und auch einzufordern. So ist es sinnvoll, im Rahmen des Quartiersmanagement auch den ÖGD zu beteiligen. Der ÖGD kann Daten über die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Soweit die benötigten Daten noch nicht erhoben werden, sind sie zu erheben. Die Einbeziehung des ÖGD in die Programme der sozialen Stadterneuerung sind deshalb ausdrücklich zu begrüßen. Dies ist die reale Umsetzung der Gesundheitsförderung sozial benachteiligter und besonders schutzbedürftiger Personen, wie sie die Koalitionspartner vereinbart haben.

Die Aufgabenzuschreibung an den ÖGD werden wir weiterhin durchforsten. Zur Gesundheitsvorsorge von Patienten und Patientinnen sind in erster Linie niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser zuständig. Von Dritten zu erbringende Leistungen braucht der Öffentliche Gesundheitsdienst selbst nicht anzubieten. Hierzu gehören unter anderem auch Beratungsleistungen. Als erfolgreiches Modell möchte ich hier die Patientenberatung erwähnen. Die Patientenberatung der Verbraucher-Zentrale ist die unabhän-

gige Unterstützungsstelle für Patienten, Versicherte, Verbraucher und Verbraucherinnen. Sie ist Teil des Öffentlichen Gesundheitswesens. Patientenrechte und Qualitätsentwicklung sind die Kernfunktionen der Beratungsstelle. Diese Stelle hat in ihrem zehnjährigen Bestehen über 20 000 Patientinnen und Patienten beraten.

Es gibt sicherlich noch eine ganze Reihe von Aufgaben, die Dritte leisten können und die der ÖGD nicht selbst erbringen muß. Ein Beispiel möchte ich hier erwähnen. Weshalb, so frage ich mich, muß der ÖGD Impfungen selbst durchführen? Natürlich ist es vordringlichste Aufgabe des ÖGD, dafür Sorge zu tragen, daß Impfungen stattfinden. Dazu muß der ÖGD aber die Impfung nicht selbst ausführen. Wir müssen uns darauf besinnen, daß der ÖGD eine administrative Aufgabe hat, nämlich die Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung sicherzustellen, zu begleiten und hierüber zu berichten.

Ist es nicht ausreichend, einen Kindergartenplatz nur zu vergeben, wenn für das Kind eine Versorgungsuntersuchung nachgewiesen wird? Ebenso könnte bei der Einschulung verfahren werden. Ein solches Verfahren spart vielen Kindern und Eltern doppelte Untersuchungen und Arztgänge, und doch wird kein Kind ausgelassen.

Entlasten wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst von Aufgaben, die Dritte ebenso erbringen können. Definieren wir den ÖGD wieder als das, was er einmal sein sollte: die Sicherstellung der Versorgung aller Teile der Bevölkerung mit Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Berichterstattung hierüber. Die SPD-Fraktion wird dafür Sorge tragen, daß dieses Konzept umgesetzt wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Fuchs.

Michael Fuchs CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Zamory von der GAL-Fraktion hat es bereits ausgeführt, diese sehr umfangreiche Anfrage wird uns noch über eine gebührende Zeit hinaus im Gesundheitsausschuß beschäftigen.

Für die CDU-Fraktion ist sachlich und objektiv festzustellen, daß wir dem ÖGD keine Versäumnisse unterstellen können beziehungsweise daß es nicht zu Fehlverhalten gekommen ist. Gleichzeitig ist es aber gute Sitte von der Opposition, einige Punkte anzusprechen und in drei Bereichen konstruktive Vorschläge zu unterbreiten.

Erstens: Pro familia ist der einzige Zuwendungsempfänger, der im Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatung tätig ist. Vor diesem Hintergrund wäre es für uns begrüßenswert, wenn wir in diesem Bereich ein pluralistisches Angebot vorhalten könnten und beispielsweise die Kirchen mehr als bisher daran beteiligt wären. Die Monopolstellung von Pro familia und den Ausschluß der Kirchen halten wir für diesen Bereich für nicht angebracht.

Zweitens: Die BAGS hat 35 Ärzte von „pflegen & wohnen“ übernommen. Glaubt man den Informationen der „Morgenpost“ vom Montag, sind 16 dieser Ärzte vorübergehend anderweitig beschäftigt, weitere neun sind beurlaubt und drei haben gar keine Stelle. Die „Morgenpost“ – als immerhin unabhängige Tageszeitung der Freien und Hansestadt Hamburg – schätzt die Kosten auf circa 4 Millionen DM. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nicht in Abrede stellen, daß es ein nobler und angebrachter Zug ist, wenn der Senat zum neunzigsten Geburtstag Glückwün-

C

D

(Michael Fuchs CDU)

A sche und Blumen übermittelt. Ebenso fern liegt mir, eine hochwertige und umfassende medizinische Betreuung von Senioren in Abrede zu stellen. Wir stellen aber in Abrede, daß die erste Aufgabe für die Erledigung der zweiten Aufgabe von qualifizierten Mitarbeitern wahrgenommen wird. Es kann nicht angehen, daß in Hamburg examinierte Mediziner für geschätzte Kosten von mehreren Millionen DM jährlich Blumenbote spielen. Wir fordern eine angemessenere Beschäftigung der Mitarbeiter, auch mit Respekt vor dem Berufsabschluß des Mediziners. Vielleicht wäre der Einsatz dieser Mediziner analog zur Diskussion in der Dekubitus-Angelegenheit angebrachter und nachvollziehbarer, als dies bisher als Blumenbote der Fall ist.

Drittens: Ein nicht unerheblicher Teil der Aufgaben des ÖGD ist nachgeordneten Dienststellen, Zuwendungsempfängern und Institutionen übertragen worden. Gleichzeitig findet in zahlreichen Bereichen eine Kooperation mit norddeutschen Nachbarländern statt. Dieser Umstand dient uns als Beweis, daß die Aufgaben des ÖGD keinesfalls nur durch die öffentliche Hand wahrgenommen werden können. Der freie Wettbewerb und die Gesetze des Marktes führen in einem freien und sozialen Wettbewerbssystem zum kostengünstigsten Preis. Das gilt auch für den ÖGD. Öffentliche Verwaltung und Institutionen sind hiervon naturgemäß ausgeschlossen.

Die Haushaltslage der öffentlichen Hand und besonders in Hamburg verlangt aber, für klar spezifizierte Leistungen nur den minimalsten Betrag aufzuwenden. Vor diesem Hintergrund knapper finanzieller Ressourcen ist es unerlässlich, die Kosten für selbst erbrachte Leistungen zu kennen, um diese privaten Anbietern gegenüberstellen zu können.

B Es erscheint mir ein bißchen dürftig, wenn in den Bezirken überhaupt keine Kostenrechnung stattfindet. Einzig das Hygienische Institut und der gesundheitliche Verbraucherschutz führen diese betriebswirtschaftliche Kontrolle durch.

In unseren Augen wäre es sinnvoll, Kosten und Erträge der einzelnen Leistungen zu ermitteln und gegenüberzustellen. Gleichzeitig sollte überprüft werden, welche Leistungen kostengünstiger durch private Unternehmer zu erbringen sind. Uns geht es dabei, das betone ich ausdrücklich, um die Verringerung der Kosten für den Steuerzahler und keinesfalls um eine Verringerung der Aufgaben oder des Umfangs ihrer Wahrnehmung. Das kann auch nicht anders sein. Insofern, Frau Senatorin, hoffen wir und legen wir Ihnen nahe, so wie wir Sie einschätzen, daß Sie hier nicht den bequemen Weg gehen, sondern den richtigen. Das möchte ich Ihnen von der CDU-Fraktion mit auf den Weg geben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Große Anfrage widerspiegelt die große Vielfalt der Angebote und der Aufgaben des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Alle Vorredner haben den ÖGD als etwas Notwendiges beschrieben. Die Notwendigkeit des Öffentlichen Gesundheitsdienstes steht also nicht zur Diskussion.

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Es stellt sich die Frage, wie zeitgemäß er ist, welche neuen Strukturen und welche neuen Aufgaben wir brauchen und

C wie wir sie organisieren. Es gibt hier einen großen Konsens zwischen den Diskutanten.

Herr Zamory, Sie haben darauf hingewiesen, daß im Regierungsprogramm und in der Koalitionsvereinbarung angekündigt wird, die Reform des ÖGD-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode durchzuführen. Ich gehe davon aus, daß wir das schaffen werden. Der Geist dieses Gesetzes muß verändert werden, denn das ÖGD-Gesetz enthält noch Bestimmungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren. Es gibt zwar nach 1945 ein paar Änderungen, aber trotzdem ist es wichtig, daß wir versuchen, nicht nur die herkömmlichen Aufgaben des ÖGD zu überdenken. Wir müssen fragen, was wir noch heute davon brauchen oder was wir über Bord werfen müssen. Es geht vor allem um die Frage, was wir unbedingt erhalten wollen, beispielsweise die Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Trinkwasser oder aber auch der Schutz vor übertragbaren Krankheiten. Das sind typische Beispiele herkömmlicher Aufgaben.

Neben den klassischen Aufgaben, das ist von allen Rednern gesagt worden, geht es um weitere neue Entwicklungen, zum Beispiel um die Gesundheitsberichterstattung und wie wir sie organisieren können. Diese Thematik ist deshalb sehr wichtig, weil wir sie mit der sozialen Stadtentwicklung verbinden können. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir Gesundheitsberichterstattung so organisieren können, daß wir sie mit unseren Angeboten im Bereich des ÖGD verbinden können. Ein großes Thema ist die Gesundheitsförderung in Richtung Prävention, aber auch in Richtung des Angebots der Beratung und der regionalen Berücksichtigung von verschiedenen Benachteiligungen. Darauf komme ich später noch zurück.

Ein neuer wichtiger Aspekt sind Kooperation und Koordination, weil wir nicht alles selber machen können und wollen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie wir erreichen können, daß Selbsthilfegruppen im Rahmen des ÖGD eine aktive Arbeit übernehmen. Dies ist nur ein Beispiel, um zu zeigen, wie zukünftig Koordination und Kooperation im ÖGD-Bereich aussehen könnten.

Wir müssen uns die Frage stellen, inwieweit der ÖGD selbst oder beispielsweise niedergelassene Ärzte diese Tätigkeiten übernehmen könnten. Es müssen nicht unbedingt private Unternehmen sein, Herr Fuchs. Aber daß es Möglichkeiten geben könnte, Aufgaben auf Dritte zu übertragen, müssen wir im Rahmen der Reformdebatte für dieses Gesetzes besprechen und nach Abgrenzungen suchen. Darüber gibt es gar keinen Dissens.

Angesichts der Tatsache, daß zahlreiche Bürgerinnen und Bürger nicht an dem regulären Gesundheitssystem, aber leider auch nicht am ÖGD-System teilnehmen, müssen wir uns überlegen, wie wir die sozial benachteiligten Gruppen – Obdachlose, Kinder aus den sozialen Brennpunkten, aber auch Migrantinnen und Migranten – besser in dieses Angebot hineinbringen können. Wir müssen auf diese Personengruppen zugehen und nicht warten, daß sie zu uns kommen. Es ist eine gute Möglichkeit, über neue Organisationsstrukturen nachzudenken: Wie organisieren wir einen optimalen ÖGD? Muß in allen sieben Bezirken alles gleichzeitig gemacht werden? Können wir uns durch die Konzentration der Kompetenzen so fit machen, daß dadurch die Ressourcen und die Finanzen vernünftig eingesetzt werden und gleichzeitig mehr Effizienz erreicht wird? Es gibt Überlegungsbedarf hinsichtlich der Frage, wie wir zukünftig den ÖGD organisieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, Herr Kretschmann hat es schon gesagt, daß wir viele Reform-

(Senatorin Karin Roth)

- A maßnahmen auf den Weg gebracht haben, zum Beispiel die Reorganisation des Hygiene-Instituts. Insofern paßt das sehr wohl in unser Konzept.

Wir werden demnächst einen Referentenentwurf vorlegen und anschließend eine breite Diskussion über die Reform des ÖGD haben und uns am Ende hoffentlich einigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wer stimmt einer Überweisung an den Gesundheitsausschuß zu? – Gegenprobe. – Das war einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf: Wahl der Hamburger Mitglieder zur Bundesversammlung.

[Wahl von 13 Mitgliedern und von Vertreterinnen oder Vertretern zur Bundesversammlung]

Die vor Ihnen liegenden gelben Zettel können Sie vernichten. Ich werde jetzt neue, grüne Stimmzettel austeilen lassen. Ich bitte Sie, diese erst auszufüllen, nachdem ich den Wahlmodus erläutert habe. Gültig sind Stimmabgaben auf den grünen Stimmzetteln.

Nach dem maßgebenden Bundesgesetz ist eine Listenwahl durchzuführen. Sie finden deswegen auf dem Stimmzettel drei Vorschlagslisten. Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete hat nur eine Stimme. Sie können also nur bei einer Liste ihr Kreuz machen oder sich der Stimme enthalten. Stimmzettel mit mehr als einem Kreuz oder mit Zusätzen oder Bemerkungen sind ungültig. Das hängt damit zusammen, daß nachher nach dem d'Hondtschen Verfahren die Sitze verteilt werden nach der Zahl der auf die Listen entfallenden Stimmen. Deswegen bitte nur ein Kreuz oder, wenn Sie sich ganz enthalten wollen, bitte einen leeren grünen Stimmzettel abgeben. Wenn Sie den Stimmzettel erhalten haben, bitte ich Sie, Ihre Wahlentscheidung auf dem grünen Stimmzettel durchzuführen. – Danke.

- B

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen)

Gibt es Abgeordnete, die noch keinen grünen Stimmzettel erhalten haben? – Das ist nicht der Fall. Sind alle grünen Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Schriftführerinnen und den Schriftführer, nunmehr auszuzählen.

Ich unterbreche die Sitzung für den Zeitraum der Auszählung.

Unterbrechung: 18.20 Uhr

Wiederbeginn: 18.30 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt. Abgegeben sind 112 Stimmen. Davon ist keine Stimme ungültig; eine Enthaltung. Abgegebene gültige Stimmen: 111. Von den gültigen Stimmen haben erhalten: Liste 1 50 Stimmen, Liste 2 42 Stimmen, Liste 3 19 Stimmen.

Nach Paragraph 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung werden die Sitze den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. Danach entfallen auf die Liste 1 sechs Sitze, auf die Liste 2 fünf Sitze und auf Liste 3 zwei Sitze. Somit sind

gewählt: Bei Liste 1 die Bewerberinnen und Bewerber mit den Plätzen 1 bis 6, bei Liste 2 die Bewerberinnen und Bewerber der Plätze 1 bis 5 und bei Liste 3 die Bewerberinnen und Bewerber mit den Plätzen 1 und 2.

C

Das waren die Ergebnisse zum Wahlgang; anhand des gelben Stimmzettels, den noch jeder hat, kann man nachlesen, wer es geworden ist.*

In der Tagesordnung fortfahrend rufe ich nun den Tagesordnungspunkt 34 auf, Antrag der CDU zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Vermeidung der Vollstreckung von
Ersatzfreiheitsstrafen – Drucksache 16/2055 –]**

Für diese Vorlage beantragt die SPD-Fraktion eine Überweisung an den Rechtsausschuß. Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Ploog.

Wolfgang Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer nicht ins Gefängnis gehört, den sollten wir auch davor schützen und bewahren, schon deshalb, weil nach unserer Überzeugung niemand diese Erfahrung benötigt.

Wer Strategien zur Haftvermeidung ernsthaft verfolgt, wird feststellen müssen, daß unser Antrag ganz genau in diese Linie zählt. Nicht nur die elektronische Fessel, von der wir schon viel gehört haben, sondern auch andere Möglichkeiten, Sanktionen wirksam auszusprechen, gehören hierher. Daher kann der Antrag, den meine Fraktion vorgelegt hat und über den wir jetzt reden, naturgemäß nur einen kleinen Ausschnitt darstellen. Es gehört ein weiteres soziales Umfeld dazu; darauf komme ich noch zu sprechen.

Für Delikte mit einem verhältnismäßig geringen kriminellen Gehalt werden bekanntermaßen Geldstrafen verhängt; wie wir wissen, nicht immer. Es gibt davon auch die Ausnahmen in der Wirtschaftskriminalität, von denen ich hier aber nicht reden will. Die können die Strafen auch bezahlen. Sie kommen deswegen in aller Regel auch gar nicht hinter Schloß und Riegel.

D

Es geht mir hier mehr – soll ich es so sagen – um die armen Teufel der Gesellschaft, die durch das soziale Netz hindurchgefallen sind und die trotz aller Anstrengungen nicht zahlen können. Es besteht nicht etwa eine Wahlmöglichkeit, indem ein Betroffener sagt: Ich habe keine Lust zu zahlen, ich gehe dafür ins Gefängnis. Es muß allerlei versucht werden zuvor, und es wird auch Vollstreckungsversuche geben. Wer es dann trotz allen Bemühens nicht schafft, der muß in Haft. Ob es gerade die richtigen Leute sind, die in das Gefängnis gehören, wage ich zu bezweifeln. Außerdem ist der Ansatzpunkt verkehrt, sie etwa im Gefängnis bessern zu wollen. Für diese Menschen muß es ganz andere Strategien geben. Deswegen haben wir diesen Antrag vorgelegt.

Diese Menschen, die in aller Regel ihre Ersatzfreiheitsstrafe zu verbüßen haben, sind solche, die die Strafen aus den verschiedensten Gründen sowieso niemals zahlen könnten. In Fällen von Geldstrafen sieht das Gesetz an Stelle der Geldleistung eine Ersatzfreiheitsstrafe vor, also daß eine Freiheitsstrafe als Ersatz für die Geldstrafe zu verbüßen ist. Damit fangen nach meiner Überzeugung schon die Schwierigkeiten an. Ich glaube nicht, daß man eine Tat, die eigentlich nur eine Geldleistung wert ist, dadurch büßen

* Ergebnis siehe Anlage Seite 1922

(Wolfhard Ploog CDU)

A kann. Gerade im Verhältnis eins zu eins wird eine bestimmte Zahl von Tagessätzen ausgesprochen. Ein Tagessatz beträgt manchmal nur 10 DM, wofür man dann einen Tag seiner Freiheit hergeben muß. Das halte ich vom gedanklichen Ansatz her für kaum noch nachvollziehbar.

Es gibt natürlich auch andere Summen, aber das betrifft dann jeweils auch die Personen, die ein höheres Einkommen haben. Ich finde es schon sehr schwierig, wenn jemand, der etwas getan hat und Buße tun muß, nun der Gesellschaft gegenüber die Bereitschaft zeigen muß, sich vergeben zu lassen, dafür aber eine Leistung zu erbringen hat. Wenn diejenigen dann nicht bezahlen können, gehen sie dafür in den Knast. Deswegen habe ich hierbei auch grundlegende Bedenken; das sagt sogar ein Kommentar im Strafgesetzbuch. Schon aus diesem Grunde und aus anderen Überlegungen bin ich der Meinung, daß wir Haftvermeidungsstrategien benötigen. Dieses ist ein zweiter Ansatzpunkt, das will ich nicht verhehlen, obwohl mir der erste Punkt, den ich eben ausgeführt habe, der wichtigere ist.

Sie wissen selbst, daß die Haftanstalten überquellen. In den Haftanstalten wird jeder schlechter – so will ich es nicht sagen –, aber zumindest besteht die Gefahr, daß er nicht gebessert wird. In dieser Situation Gefangene für Ersatzfreiheitsstrafen aufzunehmen, erscheint mir weiterhin problematisch.

Ich habe mir einmal Zahlen besorgt, die einen kleinen Sektor über ein halbes Jahr beschreiben, von August 1998 bis Februar 1999. In diesem Zeitraum saßen in der Untersuchungshaftanstalt im rechnerischen Mittel 35 Männer ein, um ihre Ersatzfreiheitsstrafe zu verbüßen. Das heißt, bei einer Überbelegung der UHA in der Spitze mit bis zu 200 Personen mehr als das Soll sind das schon allein 35 Haftplätze, die wir eigentlich nicht haben. Auch hier wäre es sinnvoll, darüber nachzudenken, ob wir die Menschen dort hinbringen müssen oder nicht versuchen können, sie anderweitig zu bessern oder büßen zu lassen, um nicht diese unerträgliche Überbelegung der Untersuchungshaftanstalt hinzunehmen. Bei der Frauenabteilung waren es im Schnitt elf Personen; auch diese Abteilung ist voll.

B Ich will den Blick nicht so sehr auf diese Anstalten verengen. Unabhängig davon hatten wir hamburgweit in demselben Zeitraum im Schnitt 160 Männer und Frauen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe zu verbüßen hatten. In der Spitze waren es schon einmal 188 und die geringste Zahl lag bei 138. Selbst wenn man die Zahl auf 150 Haftplätze rundet, sind diese Plätze ständig in Anspruch genommen, um solche Menschen irgend etwas verbüßen zu lassen. Ich darf noch einmal auf meine Eingangsbemerkung verweisen, daß das dauerhaft kaum möglich sein wird.

Es gibt einen Fall, den habe ich in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen, der sich so vielleicht nicht zugetragen haben mag, der aber die Situation insbesondere sehr zuspitzt.

(Jürgen Schmidt SPD: Das steht in der „Süddeutschen“!)

– In der „Süddeutschen“; gut, Herr Schmidt, dann haben wir denselben Artikel gelesen; ich danke Ihnen.

Darin hieß es, daß eine einunddreißigjährige Frau den Gegenwert von 1000 DM abbüßen mußte, weil sie zweimal eine Zeitung mitgehen ließ, ohne sie vorher zu bezahlen, und einmal eine Kinder-Milchschnitte für 35 Pfennige. Das summierte sich in der Spitze auf 1000 DM. Ich glaube, daß hier der Aberwitz ganz deutlich wird. Ich kann nicht sagen,

daß es nur solche Fälle sind, aber wir wissen, glaube ich, alle, daß es gerade in Hamburg, wo wir zum Teil eine Konzentration der Armut haben, eine ganze Reihe Menschen gibt, die mehrfach schwarzfahren, was im Grunde nicht in Ordnung ist; ich will das gar nicht verteidigen. Ob man aber ein „Schwarzfahren“ mit einer Ersatzfreiheitsstrafe abbüßen kann, wage ich ebenfalls zu bezweifeln. Ich halte es für überlegenswert, ob es nicht sinnvoller ist, diese Menschen durch andere Maßnahmen zu einem anderen Verhalten zu bewegen.

C

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir – um auf meine Eingangsworte zurückzukommen – diesen Antrag geschrieben. Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit eingeräumt, durch Rechtsverordnungen Regelungen zu treffen, damit diese Menschen ihre Schuld möglicherweise durch eine gemeinnützige Arbeit verbüßen können. Denken Sie bitte nicht, daß ich meine, daß alle diese Menschen nun Laub harken müßten. Es gibt eine ganze Reihe sozialer Einrichtungen, wo Menschen – das muß man sehr sorgfältig prüfen – etwas ganz anderes machen. Vielleicht können sie auch mal für alte Leute Kaffee kochen oder etwas bedienen, so daß man darüber hinaus auch andere Wertvorstellungen weitergibt; die sind beim Laubharken im Stadtpark nicht unbedingt gegeben, und außerdem gibt es auch nicht soviel Laub.

Mir ist klar, daß man auf diesem kleinen Sektor auch nicht jede Haft in Form der Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe verhindern wird. Möglicherweise gibt es nur einen begrenzten Täterkreis, der dafür in Frage kommt. Dennoch meine ich, daß wir es in erster Linie diesen Menschen zuliebe versuchen sollten; in zweiter Linie, die auch nicht ganz außer acht gelassen werden darf, vielleicht auch, um ein bißchen von den Belegungen in den Anstalten herunterzukommen. Ich weiß, daß wir nicht alle 150 Personen, die ich genannt habe und die eine Freiheitsstrafe verbüßen, herausholen können, dann hätten wir auf einmal 150 Plätze frei; diesbezüglich sind wir keine Träumer. Ich glaube aber, daß es Sinn macht, bei Haftvermeidungsstrategien auch hieran zu denken und zu versuchen, dieses in Hamburg stärker zu erwägen und einen neuen Anfang zu starten. Das ist damit beabsichtigt; nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich freue mich, daß wir möglicherweise im Rechtsausschuß die Möglichkeit haben, gemeinsam noch im Detail darüber zu reden. – Herzlichen Dank.

D

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Ellger.

Dietrich Ellger SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Hamburger Koalitionsvertrag ist der in Rede stehende Punkt bereits vereinbart. Dort heißt es:

„... Möglichkeiten zur Differenzierung des strafrechtlichen Sanktionssystems mit Alternativen zu Freiheits- und Geldstrafen, zum Beispiel gemeinnütziger Arbeit, zu suchen.“

Deswegen empfehlen wir, den Antrag an den Rechtsausschuß zu überweisen, um ihn dort zu beraten.

Der Koalitionsvertrag sieht hierfür auch eine Bundesratsinitiative vor. Diese haben neben Hamburg auch Berlin und Nordrhein-Westfalen in die alte Koalition in Bonn eingebracht. Dort wurde das unter dem Titel „Schwitzen statt bezahlen – Gemeinnützige Arbeit als Alternative zu Geldstrafen ermöglichen“ bereits aktenkundig.

(Dietrich Ellger SPD)

- A Der Beschluß erwähnt unter anderem die Formenarmut im derzeit gültigen Sanktionssystem, das im wesentlichen – Herr Ploog sagte das auch – nur die Wahl zwischen Geld- oder Freiheitsstrafe kennt. Vor kurzem hat die Justizsenatorin auf diesen Mißstand hingewiesen und eigene Vorschläge gemacht beziehungsweise wiederholt. Die Akzeptanz in der Bevölkerung wäre durchaus hoch, denke ich, da doch der Täter die Chance hat, durch gemeinnützige Arbeit seinen Teil zur gesellschaftlichen Arbeit beizutragen, statt diese Tage in der Zelle abzusetzen.

Auch in Bonn wird daran bereits gearbeitet. Die Justizministerin, Frau Däubler-Gmelin, hat eine Kommission eingesetzt, die eine Reform des Sanktionswesens zum Ziel hat. Die ersten Ergebnisse werden noch vor dem Sommer erwartet. Hoffen wir also, daß wir damit auch im Rechtsausschuß weiter arbeiten können.

Nun zum Antrag der CDU.

(*Volker Okun CDU*: Tja, da gibt's nichts mehr! – *Barbara Ahrons CDU*: Der ist einfach gut!)

Dieser Antrag bleibt leider, so ist jedenfalls unser Eindruck, auf halbem Wege stecken. Herr Ploog, Sie haben hier in erster Linie auf die, wie Sie es nannten, armen Teufel abgehoben, die niemals zahlen können. In Ihrem Antrag steht aber ein anderes Motiv. Darin steht, daß die Ersatzfreiheitsstrafenvollstreckung zurückgedrängt werden muß, weil die Plätze fehlen.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Es gilt das gesprochene Wort, Herr Ellger!)

Wir denken, daß das nur der halbe Weg ist. Wer gut zahlen kann, kauft sich frei, und wer kein Geld hat, muß die gemeinnützige Arbeit verrichten. Das kann es nicht sein und ist, wie ich denke, zu kurz gesprungen. Statt allen die Möglichkeiten zu eröffnen, greifen Sie sich die Schwächsten. Sie haben es selbst angedeutet und wissen, daß das sehr problematisch ist. Dann wird kaum jemand von ihnen in der Lage sein, diese Arbeiten durchzuführen, und die Reform wäre wieder tot.

Wer sind diese Menschen denn im wesentlichen? Um welche Klientel handelt es sich? Das sind Leute, deren Taten in direktem Bezug zu ihrer Armut stehen. Leute, die häufig schon seit langer Zeit von der Sozialhilfe leben, die unter anderem auch das Ergebnis einer jahrelangen Politik der sozialen Kälte sind.

(*Antje Blumenthal CDU*: Wo bleibt der Beifall?)

Die Regierung in Hamburg hat in der Vergangenheit immer wieder versucht, Mittel zu finden, um Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen. Unsere Sozialpolitiker haben über die Schwierigkeiten hier an dieser Stelle wiederholt berichtet. Wir können diese Menschen nicht einfach zu dieser Arbeit verdonnern; mit verdonnern meine ich, einfach nur so, ohne Voraussetzungen. Die Einrichtungen müssen dafür ausgestattet werden, Straftäter aufzunehmen. Das Personal muß qualifiziert werden. Es muß eine Betreuung, eine Anleitung her sowie ein Meldesystem, für den Fall, daß sich ein Straftäter nicht einfindet. Dieses sind alles Fragen, die wir im Rechtsausschuß klären müssen.

Ein Junkie, der wegen x-fachen Schwarzfahrens zu Tagesstrafen verurteilt wurde, die er nicht zahlen kann, verbringt in der Regel die überwiegende Haftzeit im Anstaltskrankenhaus. Wie soll ein solcher Mensch gemeinnützige Arbeit leisten können?

Deswegen fordern wir eine umfassende Reform des gesamten Gebietes und wünschen uns auch eine schnelle

Behandlung des Ganzen im Rechtsausschuß. Wir warten auf die Vorschläge aus Bonn. Der Hamburger Senat arbeitet ebenfalls daran, und wir warten auch auf seine Vorschläge. Dann wollen wir auch in Hamburg auf solider Grundlage „schwitzen statt bezahlen“ durchführen können.

Darüber hinaus bleibt aber ein Satz richtig, und zwar bundesweit: Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Kähler.

Bettina Kähler GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, es ist nicht ganz richtig, daß in Hamburg, wie es in dem Antrag heißt, kaum von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit zu vermeiden.

Nach meinen Informationen wurden 1998 von 1757 Verurteilungen zu Geldstrafen, die dann nicht bezahlt werden konnten, 265 voll und ganz durch Arbeit getilgt. In 191 Fällen konnte eine Ratenzahlungsvereinbarung erreicht und so der Antritt der Ersatzfreiheitsstrafe verhindert werden. Der Rest setzt sich zusammen aus etwas über 400 noch unerledigten Fällen und 71, die sich im Gnadenwege erledigt hatten.

Daraus ergibt sich also, daß in fast der Hälfte der Fälle 1998 die Ersatzfreiheitsstrafe auf dem einen oder anderen Wege vermieden werden konnte. Wünschenswert wäre natürlich, daß von dieser Möglichkeit immer Gebrauch gemacht wird und niemand mehr eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müßte, weil er die Geldstrafe nicht bezahlen kann. Sie haben sicher recht, Herr Ellger, wenn Sie sagen, daß jeder, der lieber arbeiten will, obwohl er die Strafe zahlen könnte, auch die Möglichkeit haben sollte; da stimme ich Ihnen durchaus zu.

Das Erreichen einer solchen Hundert-Prozent-Quote – bezogen auf die, die nicht zahlen können – würde allerdings nach meiner Einschätzung mehrere Dinge voraussetzen, die vermutlich nicht ganz einfach zu haben sind. Erst einmal müssen Sie geeignete Arbeit haben; das ist wahrscheinlich noch das geringste Problem. Dann müssen Sie Verurteilte haben, die überhaupt in der Lage sind, der jeweils angebotenen Arbeit auch nachzukommen. Kaffeekochen in Altersheimen klingt ganz hübsch, aber es muß auch sozial kompatibel sein. Es könnte immerhin sein, daß alte Leute im Altersheim es nicht lustig finden, von einem Drogensüchtigen oder Obdachlosen den Kaffee serviert zu bekommen.

Sie müssen drittens Verurteilte haben, die überhaupt arbeitsfähig sind; das ist auch durchaus nicht selbstverständlich. Denn gerade die Obdachlosen und Drogensüchtigen sind überproportional von dieser Problematik betroffen, die in so schwierigen Verhältnissen leben und sozial so fertig sind, daß sie die Geldstrafe noch nicht einmal in Raten zahlen können.

Schließlich bedarf es Personal, das den ganzen Ablauf organisiert. Ich glaube, daß das ein Punkt ist, der nicht zu unterschätzen ist. In dem Antrag heißt es auch:

„Durch einen größeren Personaleinsatz bei den zuständigen Stellen werden dann mehr Personen in gemeinnützige Arbeit vermittelt.“

Sie müssen dann aber auch sagen, an welchen anderen Stellen Sie das Personal abziehen wollen, das an dieser

C

D

(Bettina Kähler GAL)

- A Stelle eingesetzt werden soll. Dieselbe Problematik haben wir mit dem Täter-Opfer-Ausgleich. Auch hier wäre es wünschenswert, daß das viel mehr als bisher geschieht. Es ist einfach ein Problem der personellen Ressourcen. Wenn man an einer Stelle mehr Personal haben will, muß man der Ehrlichkeit halber sagen, an welcher anderen Stelle es entbehrlich ist; da wird es dann schwierig.

Ich denke aber – auch das hat Herr Ellger angesprochen –, wir sollten bei der Diskussion eines nicht vergessen: Das ganze Problem der Ersatzfreiheitsstrafen stellt sich nur, weil viel zuviel Alltags- und Armutskriminalität immer noch zu hart bestraft wird.

Wenn Sie jetzt gleich wieder sagen, daß das Richterscheit sei und ich solle nicht in die richterliche Unabhängigkeit eingreifen, dann sage ich Ihnen, daß das nicht der Punkt ist. Wenn man – wie es die CDU gerade macht – bei jeder sich bietenden Gelegenheit für härtere Strafen und härteres Vorgehen gegen die Kriminalität plädiert und so auch zu einer Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas beiträgt, dann mutet es doch schon ein bißchen seltsam an, wenn über die Folgen gerade dieser Politik lamentiert wird. Es ist schon jetzt ein Zusammenhang zu erkennen zwischen der Verurteilungsrate und einer gesellschaftlich politischen Diskussion über einen härteren Umgang mit Kriminalität über die Nulltoleranzdiskussion; Sie kennen das.

Wirkliche Abhilfe könnte gerade in diesen Fällen, von denen wir hier sprechen, nur der Mut zur Entkriminalisierung der Massen- und Alltagskriminalität schaffen. Ich stimme Ihnen zu, Herr Ploog, wer nicht ins Gefängnis gehört, den soll man davor schützen und bewahren. Aber es stellt sich doch die Frage, ob man nicht gleich dort ansetzt und sagt, jemand, der schwarz, ohne Fahrkarte, fährt, begeht kein größeres Unrecht als ein Autofahrer, der auf einem Behindertenparkplatz falsch parkt. Was hat der Schwarzfahrer dann im Gefängnis zu suchen, während der andere für eine Ordnungswidrigkeit 40 DM bezahlen muß? Bei dieser Problematik müßte man ansetzen. Das ist von Hamburg aus aber nur begrenzt zu beeinflussen. Zum Glück ist in Bonn jetzt einiges in Bewegung geraten.

- B Solange das in Bonn noch in der Beratung ist, sollten wir hier in Hamburg alles daran setzen, Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend zu vermeiden. Deswegen finde ich es eine gute Idee, daß wir uns über die Details im Rechtsausschuß noch einmal im einzelnen unterhalten. – Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gehört, daß Geldstrafen sehr häufig vorkommen und für relativ kleine Delikte ausgeworfen werden. Geldstrafen sind solche, die ausgeworfen werden, weil das zugrundeliegende Delikt eine Haftstrafe nicht erfordert. Vielleicht noch einmal zur Erinnerung: Über 70 Prozent aller Strafen sind Geldstrafen.

Geldstrafen sollen bezahlt werden, das ist die Idee. Ein Richter, eine Richterin, die eine Geldstrafe auswerfen, meinen, daß das, was zugrunde liegt, noch nicht so anzusehen ist, daß dieser Mensch, der gegen das Gesetz verstoßen hat, dafür seine Freiheit für eine gewisse Zeit verlieren muß. Sie sollen bezahlt werden, sie sollen nicht abgesessen werden.

Das Gesetz kennt seit über 100 Jahren einen Mechanismus, der lautet: „Kann der Verurteilte nicht zahlen“ – oder wie die Juristen das in unnachahmlicher Weise formulieren –, wenn die Geldstrafe „uneinbringlich“ ist, dann schlägt dieser Mechanismus zu. Das bedeutet aber noch nicht, daß man unmittelbar in die Haft marschiert, sondern eine solche nicht zu bezahlende Geldstrafe soll möglichst abgearbeitet werden. Sie soll eben nicht auf Kosten des Steuerzahlers für teures Geld abgesessen werden. Wir erinnern uns, ein Tag in der Haft kostet den Steuerzahler ungefähr 200 DM.

Ich brauche nicht zu sagen, daß unsere überfüllten Haftanstalten andere Aufgaben haben, als uneinbringliche Geldstrafen ersatzweise durch Freiheitsentzug zu vollstrecken. Das ist eine Erkenntnis, die sich allmählich überall durchsetzt. Hamburg hat sie schon vor 15 Jahren gehabt und hat deshalb schon 1984 große Anstrengungen unternommen, die Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen nach Möglichkeit zu verhindern und statt dessen gemeinnützige Arbeit anzubieten. Das Verfahren, das manchmal – wie ich finde – etwas geschmacklos „lieber schwitzen als sitzen“ genannt wird, gilt in Hamburg seit langem.

Hamburg hat vor 15 Jahren – ich habe es eben erwähnt – als eines der ersten Bundesländer überhaupt die Möglichkeit geschaffen, Geldstrafenschuldner in gemeinnützige Arbeit zu vermitteln. Wie sieht das technisch aus? Diese Geldstrafenschuldner haben die Möglichkeit, durch sechs Stunden gemeinnützige Arbeit eine Geldstrafe in Höhe eines Tagessatzes zu tilgen.

Von dieser Möglichkeit machen übrigens sehr viele und immer mehr Menschen Gebrauch. Ihre Behauptung, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Hamburg zwar vor 15 Jahren eine Verordnung erlassen habe, von dieser Möglichkeit aber praktisch kein Gebrauch gemacht würde, ist vorsichtig ausgedrückt schlicht unwahr und falsch; man könnte auch etwas ganz anderes dazu sagen.

In Hamburg sind zur Zeit fünf Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen und eine Verwaltungskraft mit der Vermittlung von Geldstrafenschuldnern in gemeinnützige Arbeit beschäftigt. Die Zahl der Beratungsgespräche mit Arbeitswilligen und die Anzahl der durch gemeinnützige Arbeit getilgten Tage statt Ersatzfreiheitsstrafe hat stetig zugenommen. Waren es 1986 noch circa 800 Beratungsgespräche im Jahr, so schloß das Jahr 1997 mit 1666 Beratungsgesprächen ab, 1998 waren es 1757 Beratungen.

Das Beratungsgespräch allein ist zwar immer Voraussetzung, sagt aber noch nichts über die geleistete Arbeit aus. 1997 sind 15 633 Tage Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit vermieden worden; im letzten Jahr gab es noch einmal eine Steigerung. Es sind fast 19 000 Tage Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit vermieden worden, genau 18 994 Tage. Ich denke, das ist ein großer Erfolg.

Die Vermittlung gemeinnütziger Arbeit kann aber nur erfolgen, wenn es ein Netz von Einsatzstellen gibt, die bereit sind, sich auf die problematische Klientel einzustellen. Auch das ist hier im einzelnen schon beschrieben worden. Wir können zur Zeit immerhin in 700 Einsatzstellen vermitteln. Regelmäßig handelt es sich um handwerkliche Arbeiten, Gartenarbeiten, zum kleinen Teil auch im pflegerischen Bereich. Es ist schon von Ihnen darauf hingewiesen worden – ich glaube, Sie waren es, Frau Abgeordnete Kähler –, daß manche Empfänger der gemeinnützigen Arbeit nicht ohne weiteres akzeptieren können, von einem Verurteilten eine Pflegeleistung zu erhalten.

C

D

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

A Bei allem darf man nicht verkennen, daß der Personenkreis, der Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit tilgt, sich gerade in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Die nicht bezahlte Geldstrafe ist oft nur das kleinste Problem. Finanzielle und soziale Verelendung sind deutlich spürbar. Hochverschuldet, langzeitarbeitslos, ohne Ausbildung, ohne Zukunftsperspektive, oft von Alkohol und Drogen abhängig, oft wohnungslos entwickelt sich ein Personenkreis, der von den Einrichtungen, mit denen unsere Mitarbeiter zusammenarbeiten, häufig nicht mehr erreicht wird und auch nicht mehr verkraftet werden kann.

Wenn wir früher Einrichtungen brauchten, in denen Arbeit abgeleistet werden konnte, brauchen wir heute vor allem Einrichtungen, die im gewissen Rahmen Betreuung und Anleitung der Verurteilten bieten können. Wenn man dies alles weiß, ist es aus meiner Sicht wirklich um so erstaunlicher und auch außerordentlich anzuerkennen, wie viele Hafttage dennoch durch Vermittlung in gemeinnützige Arbeit bisher vermieden werden konnten. Auf diesem Wege wollen wir weitergehen.

Unsere Erfahrungen zeigen aber auch, daß die Abarbeitung uneinbringlicher Geldstrafen im Wege gemeinnütziger Arbeit vielfach an der fehlenden Erreichbarkeit der Verurteilten und auch an ihrer fehlenden Verlässlichkeit scheitern. Wir haben hier eben – und das ist hier mit Recht schon von allen Rednern hervorgehoben worden – einen häufig sozial verelendeten Personenkreis, der nicht in der Lage ist, in Freiheit Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit abzuarbeiten. Deswegen werden wir jetzt einen ganz anderen Weg beschreiten. Zusätzlich wollen wir künftig gemeinnützige Arbeit nicht nur wie bisher außerhalb der Vollzugsanstalten und vor Beginn der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe anbieten, sondern in Zukunft sollen die Verurteilten auch in den Vollzugsanstalten ihre Geldstrafen durch eine nicht erwerbswirtschaftliche Arbeit dort im Rahmen der Anstalt abarbeiten können. Im Wege einer unentgeltlichen, freiwilligen und nicht erwerbswirtschaftlich geprägten Arbeit können die Verurteilten die Dauer ihrer Ersatzfreiheitsstrafe auch nach Haftantritt durch diese Arbeit verkürzen. Die Rechtslage erlaubt ein solches Vorgehen. Gemeinnützige Arbeit darf nicht etwa nur außerhalb, sondern auch innerhalb einer Anstalt geleistet werden.

B Ich habe, weil mir das eine sinnvolle Maßnahme zu sein scheint, um wenigstens die Dauer der Hafttage zu verkürzen, den Auftrag gegeben, ein Projekt für die Abarbeitung von Geldstrafen in unseren Vollzugsanstalten auszuarbeiten. Das ist selbstverständlich – und das soll mein letzter Gedanke sein – immer nur die zweitschlechteste Lösung. Richtig ist, daß wir ein anderes, ein phantasievolleres, ein reichhaltigeres Sanktionensystem brauchen, daß es nicht auf Dauer hinnehmbar ist, 120 Jahre nach Inkrafttreten des Strafgesetzbuches, daß wir wie bisher immer nur Geld- und Haftstrafe kennen. Richtig ist, daß eine Strafe ein gewisses Übel, ein gewisses Unbehagen verursachen soll, aber an der Schwelle zum dritten Jahrtausend gibt es dafür andere Möglichkeiten. Die gilt es nun herauszufinden und endlich im Wege der Reform und Novellierung ins Strafgesetzbuch einzuführen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Wer will den Antrag an den Rechtsausschuß überweisen? – Gegenprobe. – Das war einstimmig.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf: Bericht des Schulausschusses über öffentliches Schulwesen und private Geldgeber. C

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 16/263: Öffentliches Schulwesen und private Geldgeber (SPD-Antrag) – Drucksache 16/2085 –]

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Woisin.

Erika Woisin SPD: Sehr verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Richtlinie zu Werbung, Sponsoring und sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten in staatlichen Schulen liegt nun vor. Ich meine, es ist gelungen, den Ausgleich zwischen den Interessen der Schulen und den potentiellen Sponsoren angemessen zu formulieren, zumal die Schulen an der Ausarbeitung der Richtlinie beteiligt wurden und auch wir als Abgeordnete Gelegenheit hatten, zu dieser Regelung Stellung zu nehmen.

Die Diskussion über privates Engagement im staatlichen Bereich wird nicht nur im Schulsektor geführt. Wir kennen dies unter anderem aus der Kultur, der Wissenschaft und Forschung sowie der universitären Lehre. Doch die Schule zählt zu den sensibelsten Bereichen. Gerade junge Schülerinnen und Schüler sollten vor aufdringlicher Werbung in der Schule bewahrt werden. Damit haben sie sich in ihrer Freizeit schon genug auseinanderzusetzen.

Beim Sponsoring in der Schule spielt die soziale Komponente daher eine viel größere Rolle als etwa in der uns allen bekannten Sportförderung durch Private. Trikotwerbung mit Sponsorennamen, beklebte Hemdkragen und Bandenwerbung darf und wird es in den Schulen nicht geben. Die Steigerung des Produktabsatzes durch Werbung kann von den Förderern demnach nicht in dem Maße wie im außerstaatlichen Bereich erwartet werden. D

Die Geldgeber aber wünschen in der Regel eine Gegenleistung für ihr Engagement. Das ist in Punkt 4 der Richtlinie auch so vorgesehen, wonach in vereinbarter Weise auf die Leistung des Sponsors hingewiesen wird. Anreiz für das Engagement muß daher sowohl die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung als auch das Bestreben sein, sich davon Vorteile versprechen zu können. Dazu muß das soziale Sponsoring grundsätzlich einen größeren gesellschaftlichen Stellenwert erlangen. Ich sage mal: Es muß schick sein, sich für die Allgemeinheit zu organisieren und zu engagieren. Der Staat darf dadurch allerdings nicht aus seiner finanziellen Verpflichtung entlassen werden. Allerdings dürfen die Geldgeber auch keinen Einfluß auf den jeweiligen staatlichen Auftrag nehmen. Dies ist in der von uns debattierten Richtlinie auch ausdrücklich so geregelt. Die Erfahrung zeigt, daß sogar Großprojekte, wie die Greve-Flügelbauten an der Uni oder der Neubau der Jugendmusikschule durch den Otto-Versand, ohne Einflußnahme auf die Lehre möglich sind. Die Geldgeber tun etwas für ihren guten Ruf, die Flötentöne werden den jungen Leuten jedoch völlig wertfrei beigebracht.

Großspenden sind natürlich auch für den Schulbereich wünschenswert. In diesem Sinne appelliere ich auch an dieser Stelle an mögliche Sponsoren. Das Mäzenatentum hat in Hamburg eine große Tradition, von der die Schulen auch profitieren sollten.

Wir stoßen in diesem Zusammenhang jedoch auf ein Problem. Allgemeine Großspenden für alle Hamburger Schulen sind derzeit noch nicht möglich. Es wird daher im Einzelfall dafür gesorgt, daß insbesondere benachteiligte

(Erika Woisin SPD)

- A Schulen durch die Vermittlung einzelner Spenden einen Ausgleich erlangen können. Besser wäre es allerdings, wir könnten auf eine Art Spendenpool zurückgreifen. Sollte dies haushaltstechnisch nicht möglich sein, müßten andere Wege gefunden werden.

Lassen Sie mich anschließend noch anmerken, daß Sponsoring an den Schulen selbst eine lange Tradition hat. Ich meine hiermit das persönliche Engagement von Schülerinnen und Schülern, Lehrern und Eltern, die ihre Freizeit zur Verfügung stellen, um so manches innerschulische Vorhaben, wie einzelne Projekte, Klassenreisen oder ähnliches, zu ermöglichen.

Wenn denn die Identifikation der Betroffenen mit ihren Schulen außerdem dazu führt, daß sie für ihre Lehrinstitute darüber hinaus aktiv werden und vielleicht Sponsoren motivieren, sich zu engagieren, dann sollten wir eine gute Mischung staatlicher und privater Unterstützung hinbekommen, von der alle profitieren dürften. Es kann losgehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Hartmut Engels* und *Rolf-Rüdiger Forst*, beide CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Drews.

Wolfgang Drews CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind uns sicher dahin gehend einig, daß in Zeiten knapperer Haushaltsmittel im öffentlichen Bereich ganz generell auf Finanzierungen aus der freien Wirtschaft durch Unternehmen da zurückgegriffen werden kann, wo es möglich ist.

- B Wir haben in Hamburg einige gute Beispiele für positive Finanzierungen, nicht unbedingt aus dem Schulbereich, aber auch aus dem Bildungsbereich. Ob es zum Beispiel die Stühle im Audimax sind oder in anderen Bereichen. Man kann in Hamburg Investoren und Sponsoren für Jugendliche, für Bildung begeistern, und das ist gut so. Auch die staatlichen Schulen sind in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld der privaten Sponsoren gerückt. So zum Beispiel bei großen Projekten, wie „Jugend forscht“ oder das Schachturnier „Linkes gegen das rechte Alsterufer“. Hier haben sich Hamburger Sponsoren in den letzten Jahren erfreulich hervor getan.

Mit der seit dem 1. Dezember letzten Jahres in Kraft getretenen Richtlinie zu Werbung, Sponsoring und sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten an staatlichen Schulen werden – und wir meinen, das ist gut so – den Unternehmen Grenzen aufgezeigt für die Werbung in Schulen. Dies begrüßen wir, da die Finanzierung vom Grundsatz her Aufgabe des Staates ist, denn Bildung – das wissen wir alle – ist kein Gut, was allein nach Effizienz, nach Wirtschaftlichkeit berechnet werden sollte, sondern als meritorisches Gut bleibt es letzten Endes Aufgabe der Finanzierung des Staates, hier des Senates, und der ihn in der Bürgerschaft tragenden Parteien.

Wenn dann an einzelnen Schulen, wie zum Beispiel dem Christianeum oder dem Friedrich-Ebert-Gymnasium, Hamburger Eltern Lehrkräfte sponsern, um beispielsweise Unterrichtsausfall zu mindern oder junge qualifizierte Lehrer in Hamburg zu halten, so mag das aus Sicht der Eltern gutgemeint sein, aber nach unserem Verständnis als CDU darf privates Sponsoring auf keinen Fall dazu führen, daß soziale Ungerechtigkeiten in einzelnen Stadtteilen durch die Finanzkraft von Eltern möglicherweise noch verstärkt werden.

Die Sicherstellung und Ausrüstung der Schulen für Lehr- und Lernmittel, für Unterrichtsgestaltung und ausreichende IuK-Techniken muß vom Grundsatz her Aufgabe des Staates bleiben. Wir sind der Ansicht, daß das in unserer Freien und Hansestadt Hamburg auch so bleiben soll. Allerdings muß die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler bei den einzelnen Schulformen gewahrt bleiben. Sie wissen alle, daß es ein Steckenpferd der CDU ist, zu Recht immer wieder darauf hinzuweisen, daß die gleiche Ausstattung der Schulformen ein wesentlicher Beitrag zu mehr Gerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler an den einzelnen Schulformen ist. So muß dieses in dem Zusammenhang hier auch noch einmal angesprochen werden.

(*Dr. Martin Schmidt* GAL: Da verletzt die CDU häufig das Prinzip der Gleichbehandlung!)

Es ist aber gut, daß vom Grundsatz her Sponsoring an Schulen für Unternehmen grundsätzlich erlaubt ist. Ich erinnere mich noch an einen Einwand von Dr. de Lorent, der bei den Beratungen im Schulausschuß Ende letzten Jahres – wir haben darüber zweimal intensiv beraten – zu Recht gesagt hat, daß es natürlich nicht so sein darf, daß Spendengelder besonders an Schulen in attraktiven Gebieten fließen – beispielsweise in Blankenese oder in den Waldhöfern –, weil die Unternehmen daran Interesse haben, und sozial benachteiligte Stadtteile unter die Räder kommen.

Diese Diskussion hat auch im Ausschuß einen breiten Stellenwert eingenommen, worüber wir froh sind, denn insgesamt ist es richtig, daß der Ausgleichsfonds, den es seit circa sieben Jahren in Hamburg gibt, grundsätzlich – unabhängig von der Richtlinie – die Möglichkeit schafft, Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen Sponsoringmittel zukommen zu lassen und Ungleichgewichte zu mindern. Dieses schreibt die Richtlinie noch einmal vom Grundsatz fest. Die Mittel fließen in einen Selbstbewirtschaftungsfonds und können deshalb von den Schulen eigenständig verantwortet werden.

Die Schulleitungen sind im Sinne einer Transparenz und einer in dem Sinne gerechtfertigten effizienten Mittelverteilung gehalten, über die zugeflossenen Mittel Rechenschaft abzulegen. Damit leisten sie der Transparenz Genüge. Auf der anderen Seite ist sichergestellt, daß der Einsatz der Mittel auch zielgerichtet erfolgt. Es muß aber bei allem, was im Bereich der Werbung möglich ist – und ich denke, da sind wir im wesentlichen einer Meinung, wie die Debatte im Schulausschuß gezeigt hat –, die Aufgabe von uns allen hier in der Bürgerschaft als demokratische Parteien sein, eine Zwei-Klassen-Bildungsgesellschaft zu verhindern. Deswegen ist es auch folgerichtig und gut, daß die Richtlinie, Frau Senatorin Raab, die Verwendung von Zuwendungen zur Finanzierung von Pflicht- und Wahlpflichtunterricht nach Maßgabe der Studentafel für unzulässig erklärt. Auch die Höhe der Zuwendungen für einzelne Schulen darf insgesamt den Bildungs- und Erziehungsauftrag, insbesondere unter dem von mir erwähnten Aspekt der Chancengleichheit, auf keinen Fall gefährden.

Die CDU ist der Auffassung, daß vom Grundsatz her – und da gibt es vielleicht eine Nuance Unterschied, die sich aber vielleicht noch einfügen wird, wenn wir die ersten Berichte haben – Wahltafeln oder Plakate, wie in Berlin schon von der dortigen SPD-Schulsenatorin erprobt, durchaus nicht schlecht sein müssen. Wir haben uns natürlich auch über die Qualität der Werbung unterhalten und daß nur über bestimmte Dinge, über die man sich einig ist, geworben werden darf und einem hohen qualitativen Anspruch genü-

(Wolfgang Drews CDU)

- A gend. Was immer das jetzt auch sein mag, darüber wollen wir uns jetzt nicht austauschen. Wir sind der Ansicht, daß diese Erfahrungen sind, die sich im Zeitablauf mit Sicherheit einstellen werden, und stellen abschließend fest, daß dies ein positiver und richtiger Weg ist, die Finanzierung von Schulen im Sinne einer Sicherstellung der Qualität und der Standards für alle Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen in Hamburg sicherzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt natürlich sagen: Die Richtlinie ist gut, alles ist gesagt, und ich verkürze die Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich möchte noch ein paar Aspekte, die Herr Drews aufgeworfen hat, ansprechen. Ich denke, Werbung, Spenden, Sponsoring ist keine Erfindung dieser Legislatur. Das gibt es schon sehr lange in der Realität im Schulalltag. Die bekannten Beispiele sind auch immer wieder in der Presse traktiert worden. Das ist die Million für die Aula am Gymnasium Oberalster, das ist Hewlett Packard, die Großspenden gemacht haben, zum Beispiel an das Gymnasium Heidberg, das ist die Gewerbeschule 8, deren Bus wunderbar mit Werbung durch die Gegend fährt, oder das ist die Kofinanzierung, um ein Theater in einem Gymnasium zu organisieren, Coca-Cola macht Social Sponsoring und so weiter.

Die Kritik an der Lehrerversorgung ist geübt worden und letztlich auch ausgeräumt. Es geht also immer um die Möglichkeiten und Grenzen bei Eigenständigkeit von Schule. Ich denke, die neue Richtlinie gibt einen vernünftigen Rahmen. Die Frage nach reichen oder reicheren Schulen wird sicherlich, wie schon gesagt, durch den Ausgleichsfonds geregelt. Wir hatten auch die Möglichkeit, einerseits im Schulausschuß zu diskutieren, und haben parallel noch ein Forum sowohl mit Eltern, Wirtschaft und Behörde gemacht. Es war ganz deutlich, daß Eltern nicht in einen Fonds spendieren und dann wird er verteilt – das hätten wir zwar ganz nett gefunden –, sondern Eltern wollen dahin spenden, wo ihre Kinder sitzen. Da kann man nicht irgendwelche Umverteilungen hervorrufen. Das ist auch verständlich.

Ich denke, daß die Schulkonferenz darüber entscheidet, ist in Ordnung. Noch mehr Bürokratie brauchen wir nicht. Prinzipiell braucht Schule Verlässlichkeit. Für uns war Sponsoring noch nie das Problem, solange es keinen Einfluß auf Unterrichtsgeschehen, Erziehungsziele oder irgendwelche Abhängigkeiten hervorruft, was nicht heißt, daß ich positiven Einfluß von Sponsoring absolut befürworte, wenn zum Beispiel die Photovoltaik-Anlage von Coca-Cola auf dem Dach gesponsert steht oder irgendwelche EDV-Anlagen. Dagegen gibt es gar nichts einzuwenden.

Aber nun zu den Werbeflächen, Herr Drews. Ich finde es schön, daß Sie hoffen, daß wir irgendwann doch einmal weichgeklopft werden und wir dann unter der Tafel das berühmte Band haben: „Diese Unterrichtsstunde ist gesponsert von Nutella.“ Ich will Ihnen einmal ein Szenario aus der „Frankfurter Rundschau“ vorlesen, das jetzt läuft und wo Werbeflächen genehmigt sind.

„Wenn Benjamin Schoenmakers vom Pausenhof ins Klassenzimmer geht, begegnet er im Treppenhaus erst einmal Antonio Banderas im Zoro-Kostüm und dann einem Weihnachtsmann mit Coca-Cola im Gepäck.

Nimmt der Schüler den Aufgang gegenüber, versprechen ihm Reiseveranstalter, wir organisieren die nächste Klassenfahrt und so weiter.“

C

Das finde ich nicht sonderlich prickelnd unter dem Aspekt, daß Jugendliche gerade im Alter zwischen 13 und 15 Jahren da doch sehr leicht ansprechbar sind, und diese Jugendlichen haben 13 Milliarden DM im Jahr zur Verfügung. Aus psychologischen Kreisen wird deutlich gesagt, diese Firmennamen intendieren auch Zugehörigkeit, und das haben unsere Kinder schon genug auf der Straße. Das müssen wir in der Schule nicht auch noch forcieren. In Nordrhein-Westfalen wird schon an einer neuen Richtlinie gewerkelt. Dort wird gesagt, die Wirtschaft scharrt schon mit den Hufen. Auf die Plakatafeln stürzen sich am liebsten alle. Das müssen wir nicht zusätzlich noch erlauben, geschweige, wie es in Holland passiert ist, daß eine Fast-food-Kette um längere Pausenzeiten gebeten hat, damit die Burger entsprechend eingenommen werden können.

(Heiterkeit bei der GAL)

Ich denke, das wollen wir nicht. Ich glaube, daß wir mit der Richtlinie gut bedient sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Dann stelle ich fest, daß die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf: Große Anfrage der GAL zum Gefängniswesen.

[Große Anfrage der Fraktion der GAL: Schulische und berufliche Qualifizierung für Gefangene, Wirtschaftlichkeit der Betriebe, Auftragslage – Drucksache 16/1946 –]

D

Die SPD-Fraktion beantragt die Überweisung dieser Vorlage zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß.

Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit der Großen Anfrage zur Qualifizierung von Gefangenen und zur Auftragslage und Wirtschaftlichkeit der Betriebe knüpft die GAL-Fraktion an vorherige parlamentarische Initiativen an, wie zum Beispiel dem Antrag zur Entlohnung von Gefangenen und der Großen Anfrage zur staatlichen Entlassenenhilfe.

Ich habe hier vor nicht langer Zeit den Tenor der Karlsruher Entscheidung zur Gefangenenentlohnung dargelegt, der noch einmal deutlich auf die Verpflichtung des Staates hingewiesen hat, alles zu tun, um die Perspektiven von Gefangenen schon in den Vollzugsanstalten für ein straffreies Leben in Freiheit zu verbessern. Nur so werde letztlich dem Resozialisierungsgedanken Rechnung getragen. Resozialisierung, meine Damen und Herren, ist ohne ein vernünftiges Konzept zur Qualifizierung von Gefangenen undenkbar. Dazu brauchen die anstaltseigenen Betriebe eine moderne Struktur und eine gute Auftragslage.

Die Antworten des Senats auf unsere Große Anfrage beschreiben umfassend den Ist-Zustand und zeigen damit aber auch auf, wie weit wir noch von einem zufriedenstellenden Ergebnis entfernt sind.

Lassen Sie mich zunächst einmal etwas zur schulischen Qualifizierung von jugendlichen und erwachsenen Gefan-

(Manfred Mahr GAL)

A genen anmerken. Wie mir von unterschiedlichen Stellen bestätigt worden ist, stellt der Analphabetismus ein großes Problem bei vielen Gefangenen dar. Viele Gefangene haben keine abgeschlossene Schulbildung, was sicher auch damit kausal zusammenhängt. Wenn mir auch genaue Zahlen nicht vorliegen, so werden doch die wenigen ausgewiesenen Angebote zur Alphabetisierung dem Problem nicht ansatzweise gerecht. Wer sich in der immer komplizierter werdenden Welt zurechtfinden soll, muß doch wenigstens lesen und schreiben können. Ohne Alphabetisierung werden viele Angebote zur Qualifizierung von Gefangenen letztlich ihre Zielgruppe nicht erreichen können, und das muß geändert werden.

Beschämend ist die Feststellung, daß sich zum Stichtag der Beantwortung der Großen Anfrage, wenn ich das richtig verstanden habe, kein einziger Gefangener im sogenannten QUAS-Programm – ich übersetze das für die Nichtschulpolitiker: Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger – des Arbeitsamtes befand. Gefangene werden leider auch im Politikalltag bei Projekten zu schnell übersehen und vergessen. Warum soll dieses Programm eigentlich nur für Freigänger gelten? Das ist kaum einsehbar.

Die GAL-Fraktion ist darüber hinaus der Auffassung, daß das QUAS-Programm unbedingt mit dem Sofortprogramm der Bundesregierung gegen Jugendarbeitslosigkeit verknüpft werden sollte. Damit ließen sich dann auch die Resozialisierungschancen vieler junger Gefangener deutlich erhöhen. Insofern ist es auch erfreulich, daß, wie uns kürzlich vom Arbeitsamt signalisiert wurde, künftig auch jugendliche Gefangene vom Sofortprogramm der Bundesregierung profitieren sollen. Bereits jetzt informieren Arbeitsberater, die in den Jugendknast gehen, in Einzelfallberatungen über dieses Sofortprogramm.

B Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage setzt sich auch intensiv mit der Frage der beruflichen Qualifizierung auseinander. Hier spielt natürlich auch die Frage der Gefangenenentlohnung eine große Rolle. Der Senat teilt uns in diesem Zusammenhang mit, daß durch ein erhöhtes Arbeitsentgelt und durch Beiträge zur Sozialversicherung der Haushalt der Hansestadt erheblich belastet werden würde und wahrscheinlich auch belastet wird. Dies ist zunächst einmal sicher plausibel, würde sich aber erheblich relativieren lassen, wenn die berufliche Qualifizierung der Gefangenen und damit die von ihnen erbrachte Leistung verbessert werden würde. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf, der auch etwas mit eingefahrenen Bahnen und mangelnder Flexibilität zu tun hat. Ich werde darauf noch zurückkommen.

In der Presseberichterstattung ist kürzlich das sogenannte Hamburger Modell in die Kritik geraten. Dieses Modell eröffnet Strafgefangenen, die nicht im Freigang sind, die Möglichkeit, im Rahmen freier Beschäftigungsverhältnisse im Strafvollzug zu marktüblichen Bedingungen zu arbeiten. Der Senat begründet nun den Rückzug eines Betriebes aus diesem Modell fast ausschließlich damit, daß das Leistungsniveau der Gefangenen angeblich so schlecht sei. Dies ist aber nur eine eindimensionale Betrachtung.

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Nach unserer Kenntnis hat hier vor allem auch die mangelnde Auftragslage eine Rolle gespielt. Das besteht eher im Verhältnis 70 zu 30. Deshalb wird an diesem Punkt einmal mehr deutlich, daß neue Wege sowohl bei der Akquirierung von Aufträgen als auch bei der Leistungssteigerung der Gefangenen beschritten werden müssen. Es wäre des-

halb mehr als ärgerlich, wenn das bundesweit als Vorbild gehandelte Hamburger Modell stillschweigend beerdigt würde, weil – wie es in der Senatsantwort heißt – „freie Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen des Freigangs aus vollzughlichen Gründen weiterhin den Vorrang genießen“ würden. Dabei, denke ich, wird völlig vernachlässigt, daß sich die wenigsten Gefangenen wirklich im Freigang befinden, wenn auch der offene Vollzug eigentlich der Regelvollzug sein sollte.

Glauvt man einem Bericht von Dr. Otmar Hagemann über leistungsgerechte Entlohnung von Gefangenen am Beispiel des Hamburger Modells, würden sich notwendige Investitionen – die sind allerdings erforderlich – mittelfristig amortisieren und ein Abbau des zunächst auftretenden Defizits eintreten, während der Zuschußbedarf beim herkömmlichen System weiterhin steigen wird.

Seit 1998 sind die anstaltseigenen Betriebe budgetiert und haben eine eigenständigere Wirtschaftsführung. Daß nach einem Jahr noch keine nennenswerten Erfolge zu verbuchen sind, ist bedauerlich. Ich hoffe aber gleichwohl, daß die Betriebe künftig ein Eigeninteresse entwickeln werden, mehr in die Ausbildung der Gefangenen zu investieren und/oder die Entlohnung zu erhöhen, weil natürlich durch mehr Motivation und Effizienz auch das Betriebsergebnis erhöht werden kann, denn das Neue Steuerungsmodell, meine Damen und Herren, ist schließlich kein Selbstzweck.

Insgesamt ist verständlich, daß die Einführung des Neuen Steuerungsmodells mit erheblichen Mehrbelastungen und Umstellungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden ist und deswegen eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Das sehen wir auch bei anderen Behörden. Neue Entscheidungsstrukturen, Leistungsvereinbarungen und neue Techniken werden nicht über Nacht angenommen. Hieran muß aber mit Hochdruck gearbeitet werden.

Die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu verbessern und auf ein kaufmännisches Rechnungswesen mit Kostentransparenz und Kontrolle umzustellen, ist ebenfalls nicht einfach. Trotzdem verwundert, daß eine Buchführung mit einer Kosten- und Leistungsrechnung noch immer nicht eingeführt worden ist, denn bereits 1994 hat der Rechnungshof dieses angemahnt und 1998 diese Forderung wiederholt. Bereits 1979 hatte der Rechnungshof die Justizbehörde aufgefordert, eine Kosten- und Leistungsrechnung für Arbeitsbetriebe einzuführen, vor jetzt immerhin 20 Jahren.

Eine spannende Frage ist, ob möglicherweise Jungunternehmer bereit wären, sich im Arbeitsbereich des Strafvollzuges zu engagieren. Der Senat hat nun erklärt, daß man bisher davon abgesehen habe, junge Unternehmer in der schwierigen Aufbauphase auf eine derartige Produktionsmöglichkeit gezielt hinzuweisen. Aber ist nicht gerade hier ein Punkt, wo möglicherweise neue Ideen entwickelt werden könnten, weil gerade Jungunternehmer in ihren Betriebsabläufen noch nicht völlig festgelegt sind? Wäre nicht auch hier eine neue Initiative, zum Beispiel gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Handelskammer, denkbar? Es ist doch eigentlich für diese beiden Kammern ziemlich peinlich, daß – wie aus der Antwort des Senats hervorgeht – sie bisher die am Hamburger Modell beteiligten Unternehmen in keiner Weise unterstützt haben. Die Kammern sind sonst ziemlich schnell dabei, den Staat aufzufordern, in ihrem Sinne initiativ zu werden. Hier könnten die beiden Kammern einmal einen besonderen Beitrag zur gesellschaftlichen Mitverantwortung leisten. Mit ihrem Sachverstand und ihrer Kompetenz ließen sich möglicherweise noch Spielräume für intelligente Initiativen finden, die

(Manfred Mahr GAL)

- A noch gar nicht ausgeschöpft worden sind, weil an sie bisher noch niemand gedacht hat. Ich denke, es lohnt sich, an diesem Punkt weiterzuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Zur Wirtschaftlichkeit der Betriebe sind die Ausführungen des Senats im Ergebnis leider eher deprimierend. Nicht wirklich beantwortet wurden zum Beispiel die Fragen nach Maßnahmen zur Ansiedlung von Unternehmen im Strafvollzug nach dem Hamburger Modell. Immerhin ist es erfreulich, daß die allgemeinen Vertragsbedingungen nach jetzt über 30 Jahren den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt werden sollen, denn diese Vertragsbedingungen müssen natürlich so gestaltet werden, daß Unternehmen nicht abgeschreckt, sondern motiviert werden, sich auf diesem Feld zu engagieren. Berechtigte Wünsche der Unternehmen sollten deshalb berücksichtigt werden, natürlich im Rahmen dessen, was möglich ist. Das ist ganz klar. Denn letztlich hat auch hier der Rechnungshof zu Recht insistiert, daß „die Rahmenbedingungen für Aufträge an den Vollzug zu untersuchen“ seien, um die Auftragslage auch durch zusätzliche Behördenaufträge zu verbessern und allen Gefangenen Arbeit oder eine angemessene Beschäftigung zu ermöglichen.

Ich komme zum Schluß. Der Senat hat uns mit der Beantwortung der Großen Anfrage einen guten Überblick darüber verschafft, was auf dem Gebiet der Qualifizierung von Gefangenen läuft oder nicht läuft und wie sich die Situation der Betriebe darstellt. Damit sind aber auch die unzureichend bestellten Bereiche deutlich geworden. Justiz und Wirtschaftsbehörde sind, denke ich, aufgefordert, gemeinsam mit Handwerkskammer und Handelskammer die Arbeits- und Ausbildungssituation in den Vollzugsanstalten zu verbessern. Eine Verbesserung der Lage wird sich nur erreichen lassen, wenn alte Strukturen und altes Denken aufgegeben werden. Daß man offensichtlich weitgehend noch nach alten Denkmustern lebt, läßt sich an den Ausbildungsangeboten ablesen. Was fehlt, ist nach unserer Auffassung eine strategische Neuausrichtung auf zukunftsfähige Berufsbilder, wie zum Beispiel im Computer- und Medienbereich, wenn es auch einen begrüßenswerten Versuch im Frauenvollzug gibt, der mit EU-Mitteln gefördert wird. Das kommt offenbar bei den Frauen so gut an, daß alles getan werden sollte, dieses Projekt weiterzuführen.

- B In der geplanten neuen Anstalt in Billwerder-Moorfleet sind diese neuen Berufsbilder in der vorläufigen Planung – soweit ich es sehen konnte – noch nicht vorgesehen. Aber was noch nicht ist, kann noch werden.

Meine Damen und Herren, Tage der offenen Tür in den Vollzugsanstalten könnten für Unternehmerinnen und Unternehmer Berührungspunkte abbauen und neue Kontakte anbahnen helfen. Es sind auf diesem Gebiet in der Tat neue Wege gefragt. Auch Modelle aus dem europäischen Ausland, wie zum Beispiel – ich weiß nicht, ob ich es richtig ausspreche – das „Roustabout-Projekt“ in Amsterdam, das 90 Prozent der aus der Haft Entlassenen einen Arbeitsplatz vermitteln konnte, sollten hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit ernsthaft geprüft werden; auch wenn sie sicher nicht eins zu eins bei uns übernommen werden können. In diesem Sinne sollten wir im Ausschuß weiter diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die Aufgabe der Resozialisierung zu erfül-

len, müssen mit den Gefangenen während der Haftzeit C möglichst wirksame Perspektiven für die Zeit nach der Haft erarbeitet werden. Wenn dies gelingt, ist das ein sehr entscheidender Beitrag zum inneren Frieden in diesem Land. Das Leben im Strafvollzug soll dabei – soweit es geht – möglichst den allgemeinen Lebensverhältnissen angeglichen werden. Dazu gehört es, dazu beizutragen, daß der Gefangene schulisch und beruflich gefördert, beraten und vermittelt wird.

Dies wird zu Beginn im Rahmen eines individuellen Vollzugsplans mit dem Gefangenen erarbeitet und laufend überprüft. Dabei müssen aber auch der Gesundheitszustand und die Haftdauer als äußerer Rahmen beachtet und berücksichtigt werden sowie die vorhandenen beziehungsweise nicht vorhandenen schulischen und beruflichen Voraussetzungen des Gefangenen. Der Bericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 1998 führt die entsprechenden Zahlen auf. Bei den Erwachsenen haben 50 Prozent keinen Schulabschluß oder keine Berufsausbildung. Bei den jugendlichen Gefangenen ist es noch dramatischer, hier sind es 70 und 90 Prozent.

Der Rechnungshof beklagt in diesem Jahresbericht die rückläufigen Schulabschlußzahlen und die Dominanz klassischer Handwerksberufe. Er fordert Erhöhungen beziehungsweise die Ausschöpfung der Klassenfrequenzen und die Einführung dienstleistungsorientierter Ausbildungsmöglichkeiten.

Gleichzeitig aber konstatiert der Rechnungshof, daß – ich zitiere –

„... Umfang und Qualität der Maßnahmen wesentlich bestimmt sind durch Sozialisationsdefizite, Suchtprobleme und einen hohen Ausländeranteil.“

D Begrüßt wird in diesem Bericht die Einrichtung von Förderkursen zur Elementarbildung, Alphabetisierung und Vermittlung von Deutschkenntnissen an Ausländer sowie die insbesondere im Jugendvollzug eingeführten Vorschaltmaßnahmen zur Berufsorientierung und Berufsgrundbildung. Gerade diese Bildungs- und Sozialisationsdefizite der Häftlinge erfordern es zunehmend, Voraussetzungen für eine Beschulung oder eine Arbeitsaufnahme erst herzustellen.

Begleitend zu diesen Planungen mit Gefangenen gehört notwendig zum Beispiel auch die Behandlung von Sucht. Wir haben es hier auch schon erörtert, daß 35 Prozent der Häftlinge in Hamburger Haftanstalten drogensüchtig sind. Die Zeit im Vollzug kann sicherlich nicht ein ganzes Leben umkrepeln, aber sie kann, wenn sie optimal genutzt wird, im Sinne des Resozialisierungsgedanken für den Häftling und für die Sicherheit der Allgemeinheit genutzt werden.

Der Jahresbericht des Rechnungshofes zeigt hierbei aber eine grundsätzliche Krux auf. Zum einen verschlechtern sich die Voraussetzungen bei den Häftlingen – ich erwähnte es –, so daß vielfach erst an den Grundlagen für die schulischen oder beruflichen Maßnahmen oder eine Arbeitsaufnahme überhaupt gearbeitet werden muß. Der Rechnungshof weist darauf hin – auch Herr Mahr hat es als Grundintention genannt –, daß gleichzeitig an einer Modernisierung des Ausbildungsplatzangebotes hin zu Dienstleistungsorientierung, EDV-Angeboten und ähnlichem gearbeitet werden soll. So wie die Lage ist, wird man nicht das eine tun und das andere lassen können, sondern man wird an beidem gleichzeitig arbeiten müssen, eben an diesen vorgeschalteten Maßnahmen, um den realen Voraussetzungen der Häftlingspopulation gerecht zu werden und

(Dr. Andrea Hilgers SPD)

- A dort, wo es geht, entsprechend dem Gesundheitszustand und der Vorbildung eine Stabilisierung und/oder eine Qualifikationsverbesserung zu erreichen. Auch die Orientierung auf moderne Berufsfelder ist sicherlich nicht verkehrt.

Wie dies unter den gestiegenen Anforderungen möglich ist, erfordert – denke ich – noch weitere Überlegungen. Daher sollten wir im Ausschuß darüber ausführlich debattieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Sodann erhält der Abgeordnete Lüdemann das Wort.

Carsten Lüdemann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die schulische Qualifizierung und Ausbildung der Strafgefangenen ist ein wesentlicher Beitrag zur Resozialisierung. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, möglichst viele Strafgefangene, besonders in der Jugendstrafanstalt, zu unterrichten, um sie mit einem Schulabschluß zu entlassen. Frau Hilgers sagte es eben schon, daß unter den jungen Gefangenen 70 Prozent ohne Schulabschluß und 90 ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind.

Ohne Abschluß haben Haftentlassene kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt und laufen Gefahr, wieder kriminell zu werden. Natürlich kann man den Unterricht und die Situation in einer Vollzugsanstalt nicht mit der Situation an einer öffentlichen Schule vergleichen. Dort gibt es einen wesentlich höheren Ausländeranteil, mit einem völlig unterschiedlichen Vermögen, sich in der deutschen Sprache auszudrücken oder sich überhaupt zu verständigen. Es gibt einen völlig unterschiedlichen Leistungsstandard bis hin zu Analphabeten, die überhaupt nicht in der Lage sind, zu schreiben oder zu lesen.

- B Dementsprechend findet der Unterricht auch wie an einer Dorfschule statt, indem acht oder zehn Schüler in einem Unterrichtsraum sitzen und jeder seine eigenen Aufgaben hat. Ein gemeinsamer Unterricht kann gar nicht stattfinden, denn der Lehrer kann nur versuchen, jedem einzelnen Schüler eine Aufgabe zu geben, die dieser dann lösen muß.

Auch die Belastbarkeit der Gefangenen, die zum großen Teil aus dem Drogenmilieu kommen und schwer erkrankt sind, ist eine ganz andere als von Schülern an öffentlichen Schulen. Diese jugendlichen Gefangenen müssen dann erst einmal lernen, sich an einen – für uns – normalen Tagesablauf zu gewöhnen, das heißt morgens aufzustehen, sich zu waschen, zu frühstücken und dann vielleicht zur Arbeit oder zur Schule zu gehen.

Darüber hinaus haben sie Konzentrationsprobleme und sind es überhaupt nicht mehr gewohnt, eine Stunde stillzusitzen und jemandem zuzuhören oder sich wieder mit Schule zu beschäftigen. Auf der anderen Seite ist es ein großer Vorteil – das will ich jetzt einmal sehr vorsichtig sagen –, daß die Jugendlichen dort geschlossen untergebracht sind, so daß man einmal die Chance hat, mit ihnen in Ruhe zu sprechen. Da sie dort nicht mehr weg können, aus ihrem Milieu und ihrer Gang heraus sind und nach einiger Zeit zur Ruhe kommen, kann man mit ihnen darüber sprechen, wie sie sich die Zukunft vorstellen und wie sie leben wollen. Viele, die alleine und aus ihrem bisherigen Alltag herausgerissen sind, kommen zu der Erkenntnis, daß sie doch etwas tun wollen und wenigstens einen Schulabschluß anstreben.

Das hat den Vorteil, daß, wenn sie sich entschlossen haben, einen Schulabschluß zu machen, man kein Druck-

mittel mehr braucht, denn sie tun es aus freier Entscheidung. Anders als an öffentlichen Haupt- oder Realschulen können sie dort nicht schwänzen und sind auch bestrebt, ihr Bestes zu geben, um irgendwann den Schulabschluß zu erreichen. Kritisch ist es hierbei allerdings, daß die Zahl der erreichten Schulabschlüsse rückläufig ist. Nach Angaben des Rechnungshofs beträgt die Zahl der erreichten Schulabschlüsse nur noch ein Drittel der früheren Ergebnisse. Auch die Zahl der Lehrabschlüsse geht zurück. 1988 waren es noch 45, 1997 waren es 14 und 1998 nur noch 18. Das sind sehr magere Zahlen.

Guter Unterricht verlangt aber auch, daß alle 13 Lehrstellen für Unterrichtszwecke mit Lehrern besetzt werden, die auch unterrichten und nicht wie in der Anstalt Hahnöfersand, wo der Leiter der Berufsbildung als Vollzugsleiter eingesetzt wird – sein Kontingent wird zwar durch externe Lehrkräfte wahrgenommen – oder eine andere Stelle für einen Oberamtsrat vergeben wird. Aber so kann man natürlich nicht unterrichten.

In diesem Zusammenhang noch einige kritische Worte zu den Lehrkräften. Was mich dabei am meisten ärgert – das hat der Rechnungshof auch schon bemängelt –, ist die Ferienregelung für sieben der 13 Lehrer. Sie haben aufgrund eines alten Vertrages zwölf Wochen Urlaub, das heißt drei Monate, obwohl sie Lehrer im Knast sind. Beamten- und tarifrechtlich stehen ihnen maximal 30 Tage zur Verfügung. Ich frage mich, warum ein Lehrer im Knast drei Monate Urlaub haben muß. Das kann mir hier bestimmt niemand erklären. Die Strafgefangenen sind nicht sechs Wochen in den Sommerferien wie Schüler an öffentlichen Schulen, sondern sie sind immer im Knast und brauchen auch immer Unterricht.

Hinsichtlich der sieben betroffenen Lehrer, die sich ganz locker zurücklehnen und sagen: „Wir haben aber unseren Vertrag, und uns ist es relativ egal“, finde ich das Verhalten den Strafgefangenen gegenüber sehr unsozial. Ich verstehe nicht, warum man nicht die Entscheidung trifft, sie in den normalen Schuldienst zu versetzen und an öffentlichen Schulen unterrichten zu lassen, und in der Vollzugsanstalt andere Lehrer einstellt, die eine normale Urlaubsregelung nach Tarifrecht haben.

In der Arbeits- oder Ausbildungssituation ist es ähnlich wie in der Schule. Die Häftlinge haben Sprachprobleme, und man muß sehr darauf achten, welche Gruppen gemeinsam und welche ethnischen Gruppen beispielsweise nicht zusammen arbeiten dürfen; hier gibt es Probleme. Mir wurde einmal berichtet, daß man keine sechs Rumänen in einer Gruppe zusammen lassen kann. Wenn sie innerhalb der Vollzugsanstalt zusammenkommen, haben sie den Auftrag, sofort einen Ausbruch zu planen; sie sind völlig schmerzfrei und versuchen alles, um sofort herauszukommen.

Ferner gibt es aber auch Motivationsprobleme, wenn es sich um einfache Arbeit handelt, wie Tüten kleben oder Sachen zu verpacken oder ähnliches. Ich kann angesichts der Bezahlung, die sie dafür bekommen, verstehen, daß sie nicht besonders motiviert sind. Andererseits muß man sehen, daß es sich um eine sehr einfache und anspruchslose Arbeit handelt, bei der einige Gefangene auch damit schon überfordert sind.

Bedauerlich ist aber auch, daß die Ausbildungsmöglichkeiten zum Teil weggefallen sind. So sind bei der Ausbildung zum Schriftsetzer vier Ausbildungsplätze weggefallen, weitere drei Plätze beim Polsterer und Raumausstatter, fünf

C

D

(Carsten Lüdemann CDU)

- A Plätze in der Schlosserei und drei in der Schuhmacherei. Dadurch erklärt sich auch, daß die Anzahl der Lehrabschlüsse zurückgegangen ist. Wie schon von Herrn Mahr erwähnt, müssen noch andere Berufsfelder angeboten werden. In diesem Zusammenhang weise ich auf die EDV-Ausbildung für Frauen in Hahnöfersand hin; sie wird sehr gut angenommen. Allerdings handelt es sich dort nur um sechs Plätze, und das ist nicht sehr viel.

In der Anstalt VI gibt es für Frauen dann wieder nur die Tätigkeiten wie Reinigerinnen, Näherinnen und Friseurinnen, die für Frauen klassischen Bereiche kochen, flicken und putzen. Das ist natürlich keine Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt und nützt überhaupt nicht.

Als Fazit läßt sich nur sagen, daß die Arbeits- und Ausbildungsangebote erheblich ausgedehnt werden müssen. Darüber müssen wir im Rechtsausschuß ausführlich sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit, bitte.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage betrifft in der Tat ein außerordentlich wichtiges Thema im Strafvollzug. Die vielen detaillierten und sehr ausformulierten Fragen zeigen die Bedeutung dieses Themas. Schon die einleitende Vorbemerkung dieser Großen Anfrage, in der die entscheidende Rolle der beruflichen und schulischen Qualifizierung sowohl von jugendlichen als auch von erwachsenen Gefangenen für ihre Resozialisierung hervorgehoben wird, findet auch unsere absolute Zustimmung.

- B Ich will hier kein Bekenntnis größerer Art abgeben, will aber sagen, daß mir dieses Thema ganz besonders am Herzen liegt. Richtig ist auch, daß die Budgetierung Auswirkungen auf die bisherige Struktur und Wirtschaftlichkeit der Anstaltsbetriebe haben wird.

Ich will mich insbesondere mit diesem Thema beschäftigen, weil wir alle wissen, daß das im einzelnen natürlich noch im Rechtsausschuß besprochen werden wird und muß. Die Budgetierung fördert das Eigeninteresse der Anstalten an der Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe. Das Wecken des Eigeninteresses gilt für alle Budgetierungen; das schaffen wir auch bei den Anstalten. Weil es so ist, verstärken wir die Bemühungen, Aufträge von draußen zu erhalten, entwickeln Marketingstrategien und modernisieren das betriebliche Kalkulationswesen.

Darüber hinaus entfalten wir weitere Aktivitäten, die das Ziel haben, die Leistungsfähigkeit der Anstaltsbetriebe zu erhöhen. Dabei setzen wir nicht etwa nur auf unsere eigenen Erfahrungen, sondern vor allen Dingen auf externen Sachverstand. In der neu geschaffenen betriebswirtschaftlichen Abteilung Fuhlsbüttel soll beispielsweise der Dienstposten des Stellvertreters, der bisher mit einem Beamten des gehobenen Dienstes besetzt war, künftig mit einem angestellten Betriebswirt besetzt werden.

Das zentrale Referat für Arbeit und berufliche Bildung bei uns im Strafvollzugsamt ist bereits seit letztem Jahr mit einem angestellten Betriebswirt, der Erfahrungen aus der freien Wirtschaft mitbringt, besetzt worden. Es wird jetzt durch die Vergabe eines Beraterauftrages an einen Wirtschaftsfachmann noch eine Verstärkung eintreten. All dies hat das Ziel, die herkömmlichen Betriebsstrukturen in den

Vollzugsanstalten zu überprüfen und ein gesamtbetriebliches Marketingkonzept für alle Anstalten zu entwickeln. Ich habe mit diesem Angestellten wiederholt intensive Gespräche geführt, und wir stimmen völlig darin überein, daß wir gewisse herkömmliche Erfahrungen zwar verwenden können, daß aber neu und anders, mit frischen Ideen und frischer Phantasie an die Dinge herangegangen werden muß.

Schließlich hat der Vollzug damit begonnen, in einigen Anstaltsbetrieben neben Werkbeamten angestellte Handwerker einzusetzen, die ihre Erfahrungen in Betrieben der freien Wirtschaft gemacht haben und sie jetzt für den Vollzug nutzbar machen.

In Zukunft soll das weiterhin so geschehen. Natürlich können wir auf die gelernten Vollzugsbeamten im Werkdienst und deren besondere vollzugliche Kenntnisse und Erfahrungen nicht verzichten, zum Beispiel soweit es um das Gebiet der Sicherheit geht. Mit dem Thema Sicherheit sind wir bei einem Problem, bei dem ich Sie bitten möchte, noch etwas Geduld aufzubringen.

Sicherheit führt nämlich zu Einschränkungen, die im Vollzug sozusagen systemimmanent sind, die wir nicht oder kaum beeinflussen können. Für diejenigen, die sich nicht häufig mit Vollzugsproblemen beschäftigen, will ich sagen, daß im Strafvollzug vieles nicht nur miteinander vernetzt ist – das gilt draußen für die Wirtschaftswelt wahrhaftig auch –, sondern es ist dort geradezu verknotet. Dadurch kann vieles nicht oder nicht so zügig umgesetzt werden, wie wir alle es uns bei isolierter Betrachtung wünschen würden. Das gilt insbesondere für die Sicherheit, die nahezu bei allen Maßnahmen im Vollzug bedacht werden muß. Wirtschaftlich sinnvolle und wünschenswerte Entwicklungen müssen stets daran gemessen werden, ob sie sich mit den allfälligen Sicherheitserfordernissen vertragen.

Ich will dazu ein Beispiel bilden. Alles, was als Waffe benutzt oder umfunktioniert werden kann, darf nicht oder nur unter strengster Kontrolle in der Produktion vorkommen. Stellen Sie sich eine Metallverarbeitung vor. Da leuchtet natürlich unmittelbar ein, daß dort mit Werkzeugen gearbeitet werden muß, die fast ausnahmslos als Waffen oder als Ausbruchswerkzeuge verwendbar sind; ich denke an Sägen, an Hieb- und Stichwerkzeuge, an Blechscheren, an Bohrmaschinen und ähnliches mehr.

Ähnliches gilt für die Holzbearbeitung. Wenn Sie an EDV, eine moderne Datenverarbeitung denken und eine solche Ausstattung und deren Potenzierung fordern, muß der Vollzug sozusagen stets gleichzeitig im Hinterkopf haben, daß sich auf diese Weise vortrefflich Urkunden und Unterlagen fertigen lassen, die wir in allen größeren Betrugs- und Untreueverfahren wiederfinden. Wir haben dort eben eine besondere Klientel, die auf „Ober- und Unterbühne“ gleichzeitig tätig wird.

Daß die Haushaltslage Druck zur Senkung der Kosten auch bei den Betrieben erzeugt, liegt auf der Hand. Vielleicht, Herr Lüdemann, noch einmal – zum wiederholten Male – ein Wort zu den allfälligen und immer wieder gern hervorgekramten Lehrern. Wenn das unser Problem im Vollzug wäre, könnten wir sehr glücklich sein. Von allen Lehrern, die wir im Vollzug haben, haben wir noch sechs – ich darf das mal so etwas salopp sagen –, die ein „Auslaufmodell“ bilden. Sie sind nämlich vor einem bestimmten Stichtag zu uns gekommen und haben eine Besitzstandswahrung. Früher war es in der Tat so, daß die Lehrer im Vollzug in ihrem Ferienverhalten denen draußen folgten.

C

D

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A In meiner ersten Amtszeit ist das bereits abgeschafft worden. Seither sind alle Lehrer, die wir einstellen, nur mit einem üblichen 30-Tage-Urlaubsanspruch ausgestattet. Wir haben eben noch ein paar aus „vorkonstitutioneller“ Zeit – wenn ich es einmal so nennen darf –,

(Carsten Lüdemann CDU: Warum gehen die nicht an die Schulen?)

die mit diesem älteren Anspruch „herumlaufen“, der auch arbeits- und beamtenrechtlich völlig in Ordnung ist. Natürlich können Sie keinen einzigen Lehrer, der einen Anspruch auf eine bestimmte Wochenzahl Ferien hat, inzwischen mal woanders beschäftigen; das wissen Sie ganz genau.

(Carsten Lüdemann CDU: Doch, in den Schulen!)

– Ja das ist klar; wahrscheinlich zu Zeiten, in denen dort Ferien sind.

(Beifall bei der SPD)

Die hohe Überbelegung der Justizvollzugsanstalten, die umfänglichen Umbaumaßnahmen in überbelegten Anstalten, von denen ich hier immer wieder berichtet habe, und der hohe Ausländeranteil binden Kräfte in den Anstalten und bestimmen das Entwicklungs- und Umsetzungstempo bei den angestrebten Verbesserungen auf den Gebieten der Gefangenenarbeit und -qualifizierung.

Daß wir bei den meisten Gefangenen einen geringen Ausbildungsstand antreffen, ist im einzelnen dargestellt. Die Gründe sind vielfältig; ich will sie nicht wiederholen. Insbesondere ist von Analphabetismus die Rede gewesen, ich möchte es genereller sagen: Es ist sehr häufig die fehlgelaufene Sozialisation, die selbstverständlich in einer Vollzugsanstalt nun keineswegs vollständig, schnell und mit großem Gelingen nachgeholt werden kann. Man muß sich vor Augen führen, daß unsere jungen Gefangenen auf Hahnöfersand durchschnittlich 19 Jahre alt sind. Stellen Sie sich bitte vor, was davor in 18 Jahren in schiefgelaufener Sozialisation abgelaufen ist. Dann wissen Sie, was wir in vielleicht einem, eineinhalb oder zwei Jahren Dauer höchstens erreichen können.

B

Der Vollzug reagiert neben den hergebrachten und schon dargestellten Maßnahmen auch mit ganz neuen – und das war mir wichtig, hier noch einmal zu sagen – Qualifizierungsmaßnahmen. So haben wir neu eingerichtet Förderunterricht, zur Erreichung von Basisqualifikationen, zur Unterstützung berufsqualifizierender Maßnahmen. Dieser Unterricht bildet jetzt die zweite Säule neben dem traditionellen Schulabschlüssen. Das gilt vor allem für die Gefangenen, die nicht lange bei uns sind, die bei uns auf diese Weise einen Schulabschluß schon aus Zeitgründen nicht erreichen können; wir geben ihnen Förderunterricht.

Zweitens haben wir Ausbildungsmodule für Teilqualifikationen. Sie nehmen neben den Abschlüssen einer Langzeitausbildung einen immer breiteren Raum ein. Auch insoweit versuchen wir, auf der Höhe der Zeit zu bleiben und vor allen Dingen auch für die Gefangenen, die nicht sehr lange bei uns sind, wirksam etwas zu tun. Wir denken, daß wir mit unseren Maßnahmen für eine effektivere Ausbildung und Arbeit auf dem richtigen Wege sind, aber wir verkennen überhaupt nicht, daß noch ganz große Anstrengungen zu leisten sind. Ich bin Ihnen im Namen des Vollzuges dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer stimmt der Überweisung federführend

an den Rechtsausschuß und mitberatend an den Wirtschaftsausschuß zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltenungen? – Dann ist das einstimmig überwiesen.

C

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 36 auf, Antrag der CDU über Erhebung von Unterrichtsausfall.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Erhebung von Unterrichtsausfall
– Drucksache 16/2057 –]**

Hierzu ist Ihnen als Drucksache 16/2183 ein Antrag der SPD zugegangen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und
zur Organisation von Vertretungsunterricht
– Drucksache 16/2183 –]**

Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Beuß bekommt es.

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Übel Unterrichtsausfall ist eines der gravierendsten Probleme, das wir in den Hamburger Schulen haben. Er brennt Eltern, Schülern, aber auch den Lehrern auf den Nägeln und treibt zu täglicher Besorgnis.

Gestern gab nun die Schulbehörde in einer Presseerklärung bekannt: „Ausmaß des Unterrichtsausfalls wird erhoben“; frei nach dem Motto, Frau Senatorin – nachdem unser Antrag vorlag –, Angriff ist die beste Verteidigung.

Dieses, was Sie in Ihrem Pressepapier als große Maßnahme gegen den Unterrichtsausfall und für die Erhebung dieser Daten ankündigen, nenne ich Etikettenschwindel.

(Beifall bei der CDU)

D

Ihr Verweis auf die Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall und zur Organisation von Vertretungsunterricht macht deutlich, daß Sie die Latte, die wir mit unserem Antrag aufgehängt haben, mühelos unterqueren. Denn in dieser Richtlinie steht lediglich:

„Diese Richtlinie legt unter anderem eine Dokumentationspflicht der Schulen über Unterrichtsausfälle und Vertretungsunterricht gegenüber der Schulkonferenz, dem Elternrat, dem Schülerrat und der Schulaufsicht fest.“

Was wir aber meinen, ist etwas ganz anderes. Wir möchten nicht – wie von Ihnen vorgesehen – eine einmonatige Probeerhebung im April 1999. Wir wollen auch keine Erhebung, bei der ein Datum von vornherein angekündigt wird, damit sich möglicherweise bestimmte Leute darauf einstellen können. Wir möchten auch nicht – wie von Ihnen vorgesehen – eine Einschränkung lediglich auf die Sekundarstufe I und II, sondern auf das gesamte Hamburger Schulsystem.

Sie sprechen sich gegen eine ständige Totalerhebung aus, die wir für bitter nötig halten, um die Lage an den Hamburger Schulen hinsichtlich des Unterrichtsausfalls wirklich untersuchen zu können. Was wir brauchen, sind klare Fakten und Daten, und die lassen sich nur ermitteln, indem man eine Untersuchung über den Unterrichtsausfall seriös an allen Hamburger Schulen durchführt. Das kleine Einmaleins der Empirie sagt dazu aus, daß man dazu eine Längsschnittuntersuchung braucht, die mindestens – aus unserer Sicht – über zwölf Monate gehen muß. Man muß Spitzenwerte von Unterrichtsausfall genauso wie Flauten dokumentieren, nur so können Rückschlüsse auf die Ursachen gestellt werden. Wir brauchen eine Stichprobenerhe-

(Wolfgang Beuß CDU)

A bung, die repräsentativ ist. Was Sie vorsehen, ist nicht repräsentativ, wenn Sie zum Beispiel wie geplant lediglich den Monat April herausgreifen, in dem die Lehrer gut erholt aus den Ferien zurückkommen oder wo die Osterfeiertage dazwischenliegen.

Die von Ihnen geplante Erhebung hält den Validitätsstandards der Empirie nicht stand, denn sie messen damit in einem Monat nicht das, was an Unterrichtsausfall jährlich an Hamburger Schulen und in besonders schlechten Zeiten stattfindet.

Sie lassen auch die Frage offen – oder beantworten sie zumindest nur zum Teil –, ob Sie eine qualitative oder quantitative Untersuchung wollen. Sie definieren keine Erhebungssituation. Das ist alles unrepräsentativ, und die Folge einer solchen einmonatigen Erhebung wird sein, daß wir zu keinen wirklichen Aussagen kommen werden. Das aber wollen wir mit unserem Antrag erreichen. Rückschlüsse auf Basis einer einmonatigen Untersuchung zu ziehen, ist eine ungeeignete Methode. Das ist pure Zahlenklempnerei, die keinem etwas nützt und die ohne Aussage sein wird. Es ist Aktionismus, gepaart mit einem Dilettantismus, den wir ja seit Jahren aus Ihrem Hause gewohnt sind und den wir so nicht mitmachen werden.

(Beifall bei der CDU)

Fazit: Ihr Plan ist ungeeignet. Ich empfehle der Behördenchefin und ihren Mitarbeitern in der Behördenleitungsetage einen Grundkurs in empirischer Sozialforschung und Statistik, um zu lernen, wie man so etwas wissenschaftlich angeht. Wenn sie das nicht tun, werden die Probleme des Unterrichtsausfalls nicht gelöst werden. Die Probleme bestehen zur Zeit nämlich darin, daß alle von Unterrichtsausfall reden, daß schier im Nebel herumgestochert wird, ohne daß konkret klar ist, worum es dabei geht und wie stark die Ausmaße des Unterrichtsausfalls wirklich sind.

B

Wir brauchen eine Qualitätsgarantie auf erteilten Unterricht im Interesse der Zukunft unserer Kinder. Das Gegenteil dieser Qualitätsgarantie ist Unterrichtsausfall. Unterrichtsausfall bedeutet weniger Wissen, weniger Qualifikation und weniger Zukunftschancen für unsere Kinder. Deshalb benötigen wir eine vernünftige, abgesicherte Untersuchung zum Unterrichtsausfall an Hamburger Schulen, wie es im CDU-Antrag vorgesehen ist.

Der wirklich erteilte Unterricht ist der Dreh- und Angelpunkt von guter Schule, und deswegen müssen wir wissen, wo die Ursachen für Stundenausfälle liegen. Wir müssen sehen, wo und wie wir diese Problematik in den Griff bekommen. Dazu brauchen wir einen vernünftigen Überblick und dieses nicht, wie Sie das vorgesehen haben, über ein paar Tage hinweg.

Unterrichtsfall ist kein gottgegebenes Problem, sondern ein einschneidendes und kostspieliges Problem zu Lasten der Schüler. Jedes Wirtschafts- und Handelsunternehmen, jeder mittelständische Betrieb würde, wenn er Schwierigkeiten in seinen eigenen Reihen bekommt, anfangen, nach den Ursachen für diese Probleme zu suchen. Er würde seine Abteilung für Controlling oder eine Unternehmensberatung zu Rate ziehen, um durch eine Ist-Analyse festzustellen, warum beispielsweise das Produkt nicht wie erwartet verkauft wird. Er würde eine Ursachenanalyse machen und versuchen, auf dieser Basis die bestehenden Probleme zu beheben. Er würde flexibel reagieren. Dies können Sie nicht mittels einer geplanten einmonatigen Untersuchung.

Seit Jahren ist das Problem Unterrichtsausfall bekannt, aber die Behörde hat es jahrelang geleugnet. Noch im März 1998 wurde gesagt, daß die Lehrerstellen und Unterrichtsstunden für alle Schulkapitel ausreichend bemessen worden sind, um Unterrichtsausfall wirksam und wirkungsvoll entgegenwirken zu können. Erst im Juni 1998, Frau Senatorin Raab, haben Sie auf Druck der Öffentlichkeit zugegeben, es gebe Anlaß, die Frage des Unterrichtsausfalls ernster zu nehmen. Diese Einsicht kam sehr spät, aber gefolgt sind Taten seitdem nicht.

C

Wir haben die Situation, daß Eltern von der Schulleitung als Vertretungsreserve in den Schulen eingesetzt und von vornherein eingeplant werden. Wir haben Riesenprobleme in der Verlässlichen Halbtagsgrundschule, in der oftmals nur Aufbewahrung stattfindet und in denen Video-Sessions abgezogen werden, damit Kinder verlässlich betreut werden können.

(Michael Dose SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Ich frage Sie nochmals, Frau Raab – Sie sind mir die Antwort bisher schuldig geblieben –, wann sind Sie eigentlich das letzte Mal in den Schulen gewesen, um dieses Chaos am Morgen, wenn die Vertretungsregelungen gemacht werden, mitzubekommen?

(Dr. Monika Schaal SPD: Wo denn, wo denn? – Michael Dose SPD: Wann waren Sie denn das letzte Mal in der Schule?)

Die Aufstellung solcher Vertretungspläne ist eine ganz wichtige Sache, wo Sie dann durch ihre Anwesenheit den Kollegen vor Ort wirklich das Gefühl geben können, daß Sie wissen, wovon Sie reden.

Sie verweisen immer wieder auf Ihre Richtlinie, die Grundlage dafür sein sollte, jetzt für diese vier Wochen eine Erhebung zu machen. Die Richtlinie ist sicherlich ein erster Ansatz, um das leisten zu können, allerdings nicht für diesen kurzen Zeitraum. Was sie aber bestimmt nicht sein sollte, ist eine Art „Kontrollettsystem“, wo schulintern Plus- und Minuskonten geführt werden, aber ansonsten alles liegenbleibt. Wichtig ist, daß die Grundlage dieser Richtlinie dafür genutzt wird, um statistisch sauber zu erheben und zu veröffentlichen, wie die Lage zum Thema Unterrichtsausfall ist und welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.

D

(Dr. Monika Schaal SPD: Ist bei Ihnen auch so ein Chaos an der Schule?)

Das sind wir unseren Kindern, Frau Dr. Schaal, schuldig. Mit dem, was Sie, Frau Raab, angekündigt haben, erreichen wir nicht das, was der CDU-Antrag vorsieht. Was Sie hingegen wollen, ist im Grunde genommen ein angekündigter Murks; eine einmalige Erhebung bringt nichts.

Meine Damen und Herren von der SPD! Zu Ihrem Zusatzantrag, der auf einen Bericht des Schulausschusses verweist, der sich auf einen Antrag, den die CDU vor zwei Jahren auch zum Thema Unterrichtsausfall gestellt hat, bezieht. Im Bericht Drucksache 15/7810 heißt es:

„Etwa ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes – so kündigten sie an – werde der Senat einen ersten Erfahrungsbericht über die Umsetzung der Informationsrechte und -pflichten vorlegen. Erforderlichenfalls könne man dann noch nachsteuern.“

Mit „nachsteuern“ war ja wohl gemeint, daß der Senat spätestens nach einem Jahr Stellung dazu bezieht, wie es um den Unterrichtsausfall an den Hamburger Schulen steht.

(Wolfgang Beuß CDU)

A Bisher ist jedoch nichts erfolgt. Jetzt ist etwas angekündigt. Was Sie mit Ihrem Antrag fordern, hätte schon lange durch die Behörde umgesetzt werden müssen.

Ich hoffe nun, daß wir auf ihrer Grundlage und im Zusammenhang mit dem, was wir hier heute mit unserem Antrag vorgelegt haben, im Interesse der Hamburger Schüler ein vernünftiges Ergebnis zustande bringen werden, damit Unterrichtsausfall an Hamburger Schulen nicht zur Normalität, sondern zum Seltenheitsfall und zur Ausnahme wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Beuß, dieser Erfahrungsbericht, den Sie bezüglich des neuen Schulgesetzes erwähnt haben, bezieht sich auf mehrere Aspekte und nicht unbedingt auf Unterrichtsausfall. Der ist so ausdrücklich gar nicht erwähnt.

(Wolfgang Beuß CDU: Auch darauf!)

Es ist sehr erstaunlich, daß die in der Deputation beschlossene Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall, die am 1. Februar 1999 in Kraft getreten ist, die Zustimmung aller Deputierten – auch der CDU-Deputierten – gefunden hat und die CDU-Opposition in diesem Hause diesen Beschluß praktisch wieder aufkündigt. Das ist nicht nur erstaunlich, sondern Sie haben auch übersehen, was die Deputierten klugerweise darüber hinaus beschlossen haben. Sie haben sich nämlich darauf verständigt, daß ihnen nach Ablauf eines Jahres ein Bericht vorgelegt werden soll, auf dessen Grundlage gegebenenfalls Änderungen der Richtlinien vorgenommen werden können, und daß ihnen die Ergebnisse der Optimierung der bisherigen Verfahren zur Kenntnis gegeben werden.

B

Dieses widersprüchliche Bild der CDU ist der Öffentlichkeit kaum zu vermitteln, aber das, meine Damen und Herren, ist Ihr Problem.

Herr Beuß, es gibt Punkte, in denen wir vielleicht sogar einig sind. Wir sind uns aber zunächst nicht einig in der Dramaturgie. Sie versuchen, dieses Thema zu skandalisieren. Das ist Ihr Recht als Opposition, aber Sie können das, was Sie sagen – ich habe auch Ihre Presseerklärung gelesen –, weitgehend nicht belegen. Sie behaupten immer nur, obgleich Sie selbst in Ihrer Pressekonferenz einräumen, daß es noch keine verlässlichen Daten gibt.

(Wolfgang Beuß CDU: Deshalb brauchen wir sie!)

Der Stil, daß Eltern „berichten“, aber auf Nachfrage nichts Konkretes kommt, ist nicht seriös.

Man darf bei dieser Gelegenheit auch nicht verschweigen, daß Hamburg eine Vertretungsreserve in einer Größenordnung von 475 Stellen, einschließlich der sogenannten Raab-Mittel, vorhält, die sich im Bundesvergleich sehen lassen kann. Wie in allen Arbeitsorganisationen – seien es Betriebe oder sei es Verwaltung – wird es auch in Schulen immer Fehlzeiten von Lehrerinnen und Lehrern geben: wegen Krankheit, aus schulorganisatorischen Gründen, dienstlichen oder privaten Gründen. Das ist unvermeidbar. Das ist in Bayern so, Herr Beuß, in Berlin, und das ist in Hamburg auch nicht anders. In Bayern wird diese – und damit wir uns richtig verstehen – notwendige Diskussion nicht anders geführt, nur mit anderen Vorzeichen, denn Ihre Parteifreunde gestalten Schulpolitik in Bayern.

(Wolfgang Beuß CDU: Da müssen Sie mich ja gut verstehen können, Herr Frank!)

C

Die nennen das mobile Reserve. Diese mobilen Reserven fehlen in vielen bayerischen Schulen total. Ich könnte auch sagen, die Vertretungsreserven fehlen in vielen bayerischen Schulen total. In Volks- und Förderschulen beispielsweise ist in neuen Krankheitsfällen keine Reserve mehr vorhanden. Bayernweit fehlten im letzten Schuljahr für circa 5000 Tage Vertretungsreserven. Die SPD fordert dort eine Verdoppelung der Vertretungsreserven. Die SPD ist dort bekannterweise in der Opposition.

(Dr. Roland Salchow CDU: Na klar, deswegen fordert sie sie ja auch!)

– Ja, so wie Sie hier.

Auf die Fragen der SPD im Bildungsausschuß des Landtags nach der Erfassung von Unterrichtsausfällen – so etwas hat man in Bayern bisher noch nicht erfaßt – war die Antwort des Kultusministeriums, daß die Ermittlung der Unterrichtsausfälle zu aufwendig sei. Sie sollten die Staatsministerin Frau Hohlmeier einmal darüber informieren, daß Sie das hier monatlich wollen. Sie sollten dann darüber berichten, weil es mich interessiert, wie die Reaktion dieser Staatsministerin war.

Wie schwierig das ist, sehen Sie jetzt in Hessen, wo die CDU eine sofortige Unterrichtsgarantie im Wahlprogramm hatte und sich nun schrittweise davon verabschiedet.

(Wolfgang Beuß CDU: Wer sagt das denn?)

Wir sind uns einig darin, daß Unterrichtsausfall dann, wenn er die Qualität von Schulabschlüssen berührt, ein ernstes Problem ist. Deshalb haben Sie zumindest in der Deputation und meine Fraktion diese Richtlinie ausdrücklich begrüßt.

D

(Wolfgang Beuß CDU: Ich nicht!)

– Ich habe gesagt, Ihre Deputierten und meine Fraktion. Das ist der Widerspruch in Ihrer Partei, aber das Problem haben Sie zu lösen und nicht wir.

(Johannes Mertens CDU: Die Deputierten sind ja unabhängig!)

Vermeidung von Unterrichtsausfall, schulinterne Vertretungskonzepte, Organisation von Vertretung und das Dokumentieren von Unterrichtsausfall – auch von Unterrichtsvertretung und ihrer Qualität – ist das Thema dieser Richtlinie. Die Schulen müssen das jetzt dokumentieren, und an dem Wie – an der Umsetzung – muß und wird kräftig gearbeitet. Das muß so gestaltet werden – das wird Ihnen nicht fremd sein –, daß der Verwaltungsaufwand, den wir alle gar nicht wollen, für Schulen vertretbar ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Opposition das anders sieht.

Wie mit diesem Steuerungsinstrument dann der Unterrichtsausfall minimiert und die Qualität von Vertretungsunterricht gewährleistet werden kann und ob die Vertretungsreserven erhöht werden müssen, wird die Entwicklung und die Auswertung zeigen. Sie haben es vorhin erwähnt, Sie wissen, es erfolgt seitens der Schulbehörde in den allgemeinbildenden Schulen eine Probeerhebung von Unterrichtsausfall und über die Gründe für den Monat April. Auch die Schulen werden ihre Verfahren zu den Konzepten Unterrichtsausfall und Vertretung erst entwickeln müssen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, daß die Themen Unterrichtsausfall – ich nenne an dieser Stelle auch Schulorganisation – höchste Priorität behalten müssen.

(Glocke)

(Günter Frank SPD)

- A **Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Beuß?

(Günter Frank: Ja, bitte!)

Zwischenfrage von Wolfgang Beuß CDU: Vielen Dank, Herr Frank. Sie haben eben die allgemeinbildenden Schulen erwähnt. Rechnen Sie die Grundschulen nicht dazu, oder warum sind die von dieser Untersuchung ausgenommen?

(Michael Dose SPD: Weil diese verlässlich sind!)

Günter Frank (fortfahrend): Herr Beuß, ich habe mir das eben noch einmal von der Senatorin bestätigen lassen, sie machen eine Erhebung.

Eine weitere Zwischenfrage lasse ich nicht zu.

(Petra Brinkmann SPD: Setzen, sechs!)

Ich möchte jetzt fortfahren, das dauert mir sonst alles viel zu lange; soviel Redezeit habe ich gar nicht.

Sie werden verstehen, daß wir uns dieser Problematik nur schrittweise und auch mit Probeuntersuchungen und -erhebungen nähern können. Das ist nicht mit einem Antrag getan, das jeden Monat zu erheben, und damit ist das Problem gelöst. Das ist viel zu simpel.

Die Bürgerschaft, die Elternschaft und insbesondere die Schülerschaft haben zu Recht eine hohe Erwartung an die Schulbehörde. Die Schulbehörde ist mit der Richtlinie und deren Umsetzung auf dem richtigen Weg. Das wird vermutlich auch niemand bestreiten wollen.

- B Zum jetzigen Zeitpunkt eine monatliche Erhebung zu fordern, ist ein populistischer Schnellschuß, unangemessen und unterschätzt die Umsetzungsfragen. Insofern können wir Ihrem Antrag jetzt nicht zustimmen.

Was wir aber vom Senat fordern müssen, ist ein Bericht über die Umsetzung dieser Richtlinie. Ich verweise auf unseren Antrag. Sie haben das Thema schon zitiert, es steht unter Zeitdruck, und daher sollte der Bericht rechtzeitig zum Schuljahr 2000/2001 mit hoffentlich erkenntnisreichen Ergebnissen vorgelegt werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete de Lorent.

(Petra Brinkmann SPD: Herr Frank hat doch alles gesagt!)

Dr. Hans-Peter de Lorent GAL: Ein paar wichtige Sachen müssen noch gesagt werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vorweg erst einmal die Opposition loben. Das macht man ab und zu als Pädagoge.

(Beifall bei der CDU – Anja Hajduk GAL: Guck mal, wie glücklich du die gemacht hast!)

– Freuen Sie sich nicht zu früh.

Loben möchte ich Sie, weil Sie zum ersten Mal einen Antrag zur Schulpolitik einbringen und den nicht mit Bildungsoffensive überschrieben haben.

(Heino Vahldieck CDU: Sie sind ja ziemlich bescheiden!)

C

Das ist der erste Schritt, der zeigt, daß Lernfähigkeit vorhanden ist.

Außerdem haben wir eine zweite Neuigkeit festgestellt: Die CDU macht jetzt immer bei schulpolitischen Themen am Tag vor der Bürgerschaftssitzung eine Pressekonferenz. Damit nimmt sie ein bißchen den Drive aus dieser Diskussion, aber sie ermöglicht es uns, schon einmal zu gucken, wie da argumentiert wird. Da wir alles belebte Menschen sind, haben wir uns auch mit der Literatur beschäftigt. Ich habe in der „Bild“-Zeitung folgenden Bericht über die Pressekonferenz gelesen:

„Grippewelle in Hamburg. Die Folgen spüren vor allem die Schulen. ‚Wir haben Unterrichtsausfälle bis zu 25 Prozent‘, klagt Wolfgang Beuß, schulpolitischer Sprecher der CDU. Der Schulbehörde wirft die CDU vor, keine Erhebungen über das Ausmaß der Unterrichtsausfälle zu führen. Ohne eine solche Übersicht aber könnten keine vernünftigen Maßnahmen eingeleitet werden, um das Debakel zu beheben.“

Herr Kollege Beuß, das ist genau das Problem. Auch eine Statistik, die ein Schulleiter führt und an die Zentrale weiterleitet, wird die Grippewelle nicht besiegen. Kein Management der Welt – ich werde hoffentlich von den kritischen Fraktionskolleginnen, die immer sehr aufmerksam gucken, was hier von uns zur Schule gesagt wird, den Beifall finden – und auch keine üppige Personalausstattung wird es vermeiden können, daß es zu Unterrichtsausfällen kommen kann.

(Petra Brinkmann SPD: Daß es Grippe gibt!)

D

Ich werde Ihnen das an zwei Beispielen deutlich machen: Im November und im Februar – dazu brauchen wir keine Untersuchung über Jahre hinweg, das weiß man aus jedem Jahr – gibt es einen überdurchschnittlich hohen Krankenstand. Darauf müssen Schulen flexibel reagieren. Das ist an kleinen Schulen mit wenig Lehrern besonders schwierig. Das werden alle Kollegen aus der Praxis bestätigen können. Wenn morgens ein Anruf kommt und sich beispielsweise drei Lehrkräfte krank melden, dann gibt es Schwierigkeiten. Dann kann es nicht garantiert werden, daß der Unterricht tatsächlich so, wie er sein muß, stattfindet. Es ist schwierig genug, die Verlässlichkeit in der Verlässlichen Halbtagsgrundschule unter diesen Bedingungen zu garantieren. Ich habe jahrelang an einer Ganztagschule gearbeitet. Es ist schwierig, wenn man garantieren muß, daß die Kinder, wie die Eltern es erwarten, nicht vor halb vier nach Hause kommen, und mehrere Kollegen krank werden. Dann müssen manchmal zwei Klassen gleichzeitig betreut werden. Das ist dann nicht gerade ein Qualitätsbeweis von Unterricht, aber es ist manchmal nicht anders machbar.

Ich will noch ein anderes Problem erwähnen: Manchmal ist der Unterrichtsausfall nicht unbedingt das größte Problem. Die Maßnahmen, die man im Notfall ergreifen muß, sind auch nicht unbedingt ein Beispiel für qualitative Arbeit, wenn man eine Doppelbesetzung auflösen muß, wenn die Teilungs- und Förderstunden gestrichen werden und die Bedingungen des Unterrichtens ganz anders sind.

Nun stellt sich die Frage, was über das Führen einer Statistik hinaus zu tun ist. Es ist natürlich notwendig, daß die Schulen so organisiert sind, daß es – so etwas kommt auch vor – nicht vom Beginn des Jahres an Defizite gibt, denn

(Dr. Hans-Peter de Lorent GAL)

- A dann ist es ein Problem, in schwierigen Zeiten die Unterrichtsversorgung zu garantieren.

Das zentrale Krisenmanagement muß natürlich funktionieren. Wenn Kollegen überraschend langfristig krank werden, muß es eine qualifizierte Vertretung geben. Aber auch dieses Problem, meine Damen und Herren von der CDU, kann man nicht leicht lösen. Es hat früher „Lehrerfeuerwehren“ gegeben. Da wurden die Lehrer, wenn irgendwo eine Lücke war, wie ein „mobiles Einsatzkommando“ zentral eingesetzt. Da konnte der Unterrichtsausfall beseitigt werden, aber das hat auch etwas mit Qualität von Unterricht zu tun, das heißt, dieses System hat sich nicht bewährt. Es ist schon ein bewährtes System, wenn es langfristigen Unterrichtsausfall gibt, dann Kollegen mit Lehraufträgen einzusetzen, die drei Monate überbrücken, die eingearbeitet werden und eine gewisse Kontinuität gewährleisten.

Es ist richtig, das System nach einiger Zeit zu überprüfen – die Richtlinie sieht das vor –, ob es sich bewährt hat und welche Lösungswege die Schulen gefunden haben.

Noch ein paar Bemerkungen zum CDU-Antrag. Ich weiß nicht, ob einer der anwesenden Parlamentarier oder einige über die Schulpolitiker hinaus den Antrag genau studiert haben. Ich habe es so verstanden – Sie müssen mich korrigieren, wenn ich das falsch verstanden habe –, daß ein bißchen in Frage gestellt wird, wer das geeignete Personal ist, um bei Unterrichtsausfall einzuspringen. Da wird von pädagogischer Mindestqualifikation, von nicht im Schuldienst beschäftigten Lehrkräften mit abgeschlossener Ausbildung, pensionierten Lehrkräften und Personen mit erstem Staatsexamen gesprochen. Das klingt so, als seien das Leute, die man eigentlich nicht auf die Schüler loslassen könnte. Das wundert mich. Gucken Sie den Kollegen Johannes Mertens an oder Ingeborg Knipper, die wären eine Zierde für jede Schule, wenn da Not am Mann ist.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Alter ist also kein Kriterium dafür, daß es nicht funktioniert. Leute, die ein erstes Staatsexamen gemacht haben, unterrichten ohnehin, und zwar nicht nur in Hamburg; Referendare machen bedarfsdeckenden, eigenverantwortlichen Unterricht. Zu dem Konzept des Herrn Koch in Hessen gehört beispielsweise, daß er mehr Referendare einstellen will, weil sie in der Bezahlung natürlich relativ günstig sind und eigenverantwortlich unterrichten.

(Günter Frank SPD: Zwei Stunden mehr!)

Im übrigen unterrichten die mehr als in Hamburg.

(Rolf Harlinghausen CDU: Hamburg erhöht die Stundenzahl der über Sechzigjährigen um zwei Stunden mehr!)

– Ich weiß, das finde ich auch problematisch.

Zu Hessen möchte ich noch folgendes sagen: Günter Frank weiß manchmal mehr als andere, oder zumindest hinterläßt er diesen Eindruck.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Was er über Hessen weiß, ist mir nicht bekannt. Ich bin sehr gespannt. In Hessen wurde der Wahlkampf unter anderem auch mit dem Thema Bildungspolitik gewonnen. Das ist für uns interessant, das sollten wir uns merken. Es sind 2000 Neueinstellungen versprochen worden. Das finde ich sympathisch. Ich finde aber auch einige Punkte in dem Pro-

gramm der Hessen gegen den Unterrichtsausfall überhaupt nicht sympathisch. Zwei habe ich genannt. Ein Punkt ist, daß alle sogenannten Verwaltungsstunden gestrichen werden sollen. Das möchte ich sehen, wenn Verwaltung beispielsweise von Schulleitern und allen möglichen Leuten gemacht werden soll. Wir werden sehen, ob man in Hessen dann noch mit der CDU zufrieden ist.

(Hartmut Engels CDU: 600 neue Lehrer!)

Ich finde es nicht gut, daß eine Maßnahme zur Sicherung der Unterrichtsgarantie die Streichung des muttersprachlichen Unterrichts ist. Damit geht man auf ein ausgesprochen problematisches Feld. So etwas sollte man in Hamburg auf keinen Fall streichen, nicht einmal um Unterrichtsausfall zu beseitigen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wir haben mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, daß 171 Lehrerstellen in Hamburg nicht weniger eingerichtet werden sollen – oder wie man das diplomatisch genau formuliert. Wir haben weiterhin mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, daß im Schulbereich bis zum Ende der Legislaturperiode geklärt ist – nicht nur im Hochschulbereich, da war es vorher schon –, wie die Versorgung ist. Aus meiner Sicht ist es jetzt Aufgabe der Schulen, dafür zu sorgen, daß Unterrichtsausfall und die Frage der Unterrichtsqualität vor Ort und nicht zentral geregelt werden. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den CDU-Antrag abstimmen. Wer demselben zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem SPD-Antrag 16/2183 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf: Gemeinsamer Antrag der SPD und der GAL zur Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung – Drucksache 16/2147 (Neufassung) –]

Die Vorlage möchte die CDU-Fraktion an den Wissenschaftsausschuß überweisen. Wer wünscht das Wort? – Der Abgeordnete Dr. Petersen hat es.

Dr. Mathias Petersen SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Jahrzehnten wird eine grundlegende Reform des Medizinstudiums gefordert. Unser Antrag legt Ihnen dar, in welcher Form wir es umsetzen wollen. Ziel muß es sein, daß Studentinnen und Studenten Erkrankungen und deren Therapie anhand konkreter Patientenbeispiele erlernen können.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir sind in der letzten Debatte des heutigen Tages. Deshalb wünsche ich die gebührende Aufmerksamkeit für den Redner.

C

D

A **Dr. Mathias Petersen** (fortfahrend): Ich mache es auch kurz.

Dabei muß es möglich sein, daß alle Aspekte eines Krankheitsbildes zum gleichen Zeitpunkt besprochen werden können. Ein wichtiger Punkt hierbei ist, daß die Studentinnen und Studenten in kleinen Gruppen arbeiten können und somit die komplexen Krankheitsbilder im Gesamtzusammenhang erkennen können.

Die Umsetzung unseres Antrags beinhaltet, daß das nur möglich ist, wenn es zu einer Anpassung, das heißt zu einer Reduzierung, der Studienanfängerzahlen kommt. Das Medizinstudium ist jetzt schon das teuerste Studium. Wir können es uns nicht erlauben, daß die Zahl der arbeitslosen Mediziner weiterhin ansteigt. Obwohl eine Intensivierung der praktischen Studieninhalte auch eine intensivere Betreuung der Studenten bedeutet, darf es aber nicht dazu kommen, daß die Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung zu einem Anstieg der finanziellen, sachlichen und personellen Mittel führt.

Es wird Zeit, daß die Jahre der fruchtlosen Debatte um die Novellierung der Approbationsordnung endlich zu einem Ergebnis führen. Künftige junge Ärztinnen und Ärzte und vor allem die Patienten verdienen das. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort hat der Abgeordnete Wersich.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Petersen, das war die Alternative zur Abgabe der Rede an das Protokoll.

B (Dr. Roland Salchow CDU: Wir sind ja unter uns! – Michael Dose SPD: Das war beispielhaft!)

Ich möchte Ihnen eingangs ganz herzlich gratulieren, denn offenbar ist die Koordination zwischen Ihrer Fraktion und der Bundestagsfraktion wesentlich besser als die Koordination in der Bundesregierung selber, denn Ihr Antrag zur Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung entsprach fast wortgleich einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion. Schön abgeschrieben, soweit.

(Anja Hajduk GAL: Wenn Sie wüßten, wie der entstanden ist!)

Aber das sollte Ihnen keine Schamesröte ins Gesicht treiben, denn Ihre Bundestagsfraktion hat diese Leistung noch getopt, denn die Spiegelstriche Ihres Antrags entsprechen genau den Überschriften eines alten Novellierungsentwurfs der vorhergehenden Bundesregierung aus dem Jahre 1997.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dieses umfassende Reformwerk konnte nur deshalb nicht realisiert werden, weil der Bundesrat seine Zustimmung verweigerte. Wer dort die Mehrheit hatte, das wissen Sie selbst.

Meine Damen und Herren! Aus dem Gesagten ergibt sich, daß viele der Vorschläge gut sind. Das ist klar, denn sie waren auch von unserer Regierung,

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

aber sie sind natürlich nicht besonders originell. Was die Forderung nach der Abschaffung des Arztes im Praktikum angeht, so war das ebenfalls bei Seehofer schon so vor-

C gesehen, dort aber in eine umfangreiche Studienreform eingebettet, die insbesondere die Anzahl der Studenten verringert hat, was in bezug auf die Kapazitätsordnung wiederum eine Landesangelegenheit ist. In dieser Richtung, Herr Petersen, Sie haben das angedeutet, wäre eine Initiative tatsächlich wünschenswert, denn für die Studienbedingungen am UKE ist natürlich Hamburg in erster Linie verantwortlich. Die dort bestehenden Defizite sind bekannt, und da könnte diese Regierung etwas tun.

Meine Damen und Herren, über den Wert der Ausbildung beim AiP läßt sich streiten; auch die Bezahlung ist sicherlich unbefriedigend. Festzustellen ist aber, daß die Krankenversorgung ohne die Ärzte im Praktikum, bei einer Abschaffung von heute auf morgen, nicht mehr gesichert wäre. Im übrigen ist der AiP für den Nachwuchs überhaupt eine Chance, ins Berufsleben einzusteigen. Sie wissen, daß aus einer Assistenzarztstelle zwei oder drei AiP-Stellen gemacht wurden. Eine solche Abschaffung würde eine erhebliche Anzahl von ärztlichen Arbeitsplätzen kosten. Auch das sollte man bei einer solchen Reform sensibel berücksichtigen.

Alles in allem erschöpft sich Ihr Antrag in lange bekannten Reformenvorstellungen ohne neue Impulse, bis heute morgen. Dann kam eine Neufassung. Dazu muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Man kann nicht am Tag der Debatte sagen,

(Elke Thomas CDU: Genau!)

man habe einen konkret vorgeschlagenen Modellversuch für einen Studiengang und erwarten, daß sich die Fraktion der CDU dazu eine Meinung bilden kann.

(Elke Thomas CDU: Richtig!)

In diesem Sinne möchte ich Sie wirklich sehr herzlich bitten, diesen Antrag heute zu überweisen. Das Verfahren ist so nicht parlamentarisch seriös. Ich denke, wenn Sie es ernst meinen, dann stimmen Sie dieser Überweisung zu, denn es gibt noch erheblichen Beratungsbedarf. Andernfalls wären wir zu einer Ablehnung des Gesamtantrages gezwungen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Dann erhält der Abgeordnete Zamory das Wort.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, ich denke, daß wir heute durchaus einen Beschluß über diesen Antrag fassen können. Meine Fraktion hat nichts dagegen, ihn nachträglich an den Wissenschaftsausschuß zu überweisen. Außerdem haben wir ein Berichtersuchen an den Senat gerichtet, uns genau über den Stand bestimmter Gespräche mit dem UKE bezüglich der Projekte zu berichten, die von Herrn Kahlke von der Abteilung der Hochschuldidaktik in der Medizin vorgeschlagen wurden, und ob sie umgesetzt oder nicht umgesetzt werden können. Wenn dieser Bericht vorliegt, haben wir die Möglichkeit, das im Wissenschaftsausschuß zu diskutieren.

D Grundsätzlich kann ich mich nur Herrn Petersen anschließen; es gibt einen jahrzehntelangen Reformstau im Medizinstudium. Ich selbst habe aber das alte Studium mehr erlitten, als daß ich mich darüber gefreut habe, und mußte mir meine Praxisbezüge durch Arbeit im Krankenhaus selber suchen. Es wäre sehr sinnvoll, den Studiengang „Problemorientiertes Lernen“, der schon an anderen medizinischen Fakultäten im In- und Ausland praktiziert

(Peter Zamory GAL)

A wird, in Hamburg mit 40 Studenten, die randomisiert werden, im Vergleich zu einer Gruppe, die das herkömmliche Studium absolviert, auszuprobieren. Das ist der von Herrn Kahlke gemachte Vorschlag, der bei der Wissenschaftsbehörde liegt und über den Sie von der CDU sich längst hätten informieren können.

Es ist auf jeden Fall sinnvoll, diesen Reformstudiengang auszuprobieren, weil er in den ersten sechs Semestern nicht isoliertes Fachwissen vermittelt, sondern krankheitsbild- und patientenorientiertes Lernen. Ich mußte noch in 24 Fächern Fachwissen lernen und mich Multiple-choice-mäßig prüfen lassen – das ist jedenfalls etwas, was sinnvoll und notwendig ist, was heute auch hier in Hamburg schon gemacht werden könnte, wenn es nicht Widerstände im UKE gäbe, die überwunden werden müssen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag heute. Ich habe nichts gegen eine nachträgliche Diskussion im Wissenschaftsausschuß.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann komme ich zunächst zu dem Antrag auf Überweisung an den Wissenschaftsausschuß. Wer diesem Überweisungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Überweisungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung in der Sache. Wer dem SPD-GAL-Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Weitere Anträge liegen mir nicht vor.

Nunmehr wird doch die nachträgliche Überweisung an den Wissenschaftsausschuß begehrt. Wer der nachträglichen Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses so einstimmig überwiesen.

Nunmehr sind wir tatsächlich am Ende der Sitzung. Ich schließe dieselbe.

Schluß: 20.35 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Dr. Barbara Brüning, Axel Bühler, Sybill Buitrón Lübcke, Sonja Deuter, Karl-Heinz Ehlers, Uwe Grund, Dr. Sieghard-Carsten Kampf und Bettina Machaczek.

B **Anlage**

D

Zu Punkt 3**Anlage**

(Siehe Seite 1904 A)

Wahl von 13 Mitgliedern zur elften Bundesversammlung

Gewählt wurden

a) auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

Helmut Schmidt

Ute Pape

Dr. Holger Christier

Rosemarie Raab

Roland Issen

Jörg Kuhbier

b) auf Vorschlag der CDU-Fraktion:

Ole von Beust

Ludger W. Staby

Antje Blumenthal

Klaus Francke

Dr. Klaus Asche

c) auf Vorschlag der GAL-Fraktion:

Antje Möller

Peter Schaar